

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**DEMOKRATISIERUNGS- UND
ENTWICKLUNGSPROZESSE IN GAMBIA.
Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung:
1960-1975 und 1990-2007 im Vergleich**

Verfasserin

Nina Smolen-Wilson

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, August 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Walter Schicho

Eidesstattliche Erklärung:

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet und alle wörtlichen oder sinngemäßen Entlehnungen deutlich als solche gekennzeichnet habe.

Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

I. THEORETISCHER RAHMEN	9
Einleitung.....	10
1. Diskurs- und Konzeptebene	12
1.1 Entwicklung.....	12
1.1.1 Begriffsklärung und Definitionen	14
1.1.2 Entwicklungsforschung – Development studies	16
1.2. Demokratie und Demokratisierung	24
1.2.1 Begriffsklärung und Definitionen	25
1.2.2 Theorien und Ansätze zu Demokratisierung und Demokratiemessung.....	31
1.3 Diskursverlauf ‘Demokratie und Entwicklung’	37
2. Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse in Afrika	45
2.1 Entwicklungsprozesse in Afrika	45
2.2 Demokratisierungsprozesse in Afrika.....	54
2.3 Hindernisse für Demokratisierung und Entwicklung in Afrika	61
3. Kritische Hinterfragung der behandelten Konzepte	67
II. LÄNDERBEISPIEL GAMBIA.....	73
Einleitung.....	74
4. Demokratiepolitische & sozioökonomische Entwicklung: 1960-1975.....	76
4.1 Politische Entwicklung vor der Unabhängigkeit	76
4.1.1 Unabhängigkeitsverhandlungen	77
4.1.2 Koloniales Erbe	78
4.1.3 Entstehung politischer Parteien.....	78
4.2. Ökonomie in den letzten Jahren des kolonialen Gambias	80
4.3 Demokratiepolitische Entwicklung: Von der Unabhängigkeit bis 1975	82
4.3.1 Gambia: Die Geburt eines souveränen Staates	82
4.3.2 Erfolgsgeschichte der „People’s Progressive Party“.....	84
4.3.3 Politische Parteien in der politischen Landschaft nach 1965.....	85
4.4 Soziökonomische Entwicklung: Von der Unabhängigkeit bis 1975.....	87
4.4.1 Entwicklungsplanung.....	88
4.4.2 Landwirtschaft	89
4.4.3 Tourismus	90
4.4.4 Gesundheit und Bildung	91
5. Wichtige Ereignisse zwischen 1975-1990	93

5.1. Wirtschaft	93
5.1.1 Entwicklungspläne	93
5.1.2 Strukturanpassungsprogramm: Economic Recovery Programme	93
5.2 Politik.....	95
5.2.1 Putschversuch 1981	95
5.2.2 Konföderation Senegambia 1982-1989	95
6. Demokratiepolitische & sozioökonomische Entwicklung: 1990-2007	97
6.1 Demokratiepolitische Entwicklung 1990 – 2007	97
6.1.1 Politische Parteien und Wahlen Anfang der 1990er Jahre:	97
6.1.2 Ereignisse kurz vor dem Putsch	98
6.1.3 Militärputsch und Militärregierung 1994-1996	99
6.1.4 Politische Entwicklungen in der 2. Republik – Redemokratisierung?.....	103
6.1.5 Dominanz der APRC unter Yahya Jammeh	106
6.2 Sozioökonomische Entwicklung 1990 - 2007	107
6.2.1 Entwicklungsplanung von innen und außen	108
6.2.2 Landwirtschaft.....	111
6.2.3 Tourismus	111
6.2.4 Bildung und Gesundheit	112
7. Demokratie und Entwicklung - Vergleich der untersuchten Zeiträume	115
7.1 Demokratie.....	115
7.1.1 Politische Ebene: Präsident, Parteien und Wahlen.....	117
7.1.2 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit	123
7.1.3 Menschenrechte, Zivilgesellschaft und andere wichtige Gruppen	128
7.2 Entwicklung	131
7.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung: Infrastruktur, Landwirtschaft, Tourismus....	132
7.2.2 Soziale Entwicklung: Bildung und Gesundheit.....	134
7.3 Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung in Gambia.....	137
Conclusio	144
Literatur- und Quellenverzeichnis	149
Weiterführende Literatur	163
Anhang	165

Abkürzungsverzeichnis

AFPRC – Armed Forces Provisional Ruling Council
APPER – African Priority Programme for Economic Recovery
APRC – Alliance for Patriotic Reorientation and Construction
AU – African Union
CEPAL – Comisión Económica para América Latina
CODESA – Convention for a Democratic South Africa
DCA – Democratic Congress Alliance
DP – Democratic Party
ECOMOG – ECOWAS Monitoring Group
ECOWAS – Economic Community of West African States
EPA – European Partnership Agreement
ERP – Economic Recovery Programme
ESAF – Enhanced Structural Facility
FAO – Food and Agricultural Organisation
GATU – Gambia Amalgamated Trade Union
GCP – Gambia Congress Party
GLU – Gambia Labour Union
GNP – Gambia National Party
GNU – Gambia National Union
GOMB – Gambia Oilseed Marketing Board
HDI – Human Development Index
HIPC – Highly Indebted Poor Countries
IWF – Internationaler Währungsfond
JAS – Joint Assistance Strategy
MCP – Muslim Congress Party
MDGs – Millenium Development Goals
NADD – National Alliance for Democracy and Develoment
NCP – National Convention Party
NEPAD – New Partnership for Africa's Development
NIA – National Intelligence Agency
NLP – National Liberation Party
NRP – National Reconciliation Party
OAU – Organisation of African Unity

OECD – Organisation for Economic Cooperation
PDOIS – People’s Democratic Organisation for Independence and Socialism
PPA – Progressive People’s Alliance
PPP – Protectorate People’s Party bzw. People’s Progressive Party
PRSP – Poverty Reduction Strategy Paper
PSD – Programme for Sustainable Development
SAP – Structural Adjustment Programme
SPA – Strategy for Poverty Alleviation
UDP – United Democratic Party
UN – United Nations
UNECA – United Nations Economic Commission for Africa
UNDP – United Nations Development Programme
UNPAAERD – United Nations Programme of Action for African Economic Recovery
UP – United Party

I. THEORETISCHER RAHMEN

Einleitung

Seit langer Zeit beschäftigen sich die Menschen mit der Frage, welche die beste Staatsform ist. Die Phänomene Demokratie und Entwicklung standen (und stehen) vor allem innerhalb der letzten Jahrhunderte im Zentrum dieser Überlegungen. Was ist Entwicklung? Was ist Demokratie? Welche zentralen Elemente beinhalten demokratische Systeme? Wie kann wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden und wer bestimmt, was demokratisch bzw. wer oder was entwickelt ist oder nicht.

Im 20. Jahrhundert beschäftigten sich viele WissenschaftlerInnen mit Fragen zu diesen komplexen Phänomenen. Wie lässt sich Demokratie messen? Welche Indikatoren können erstellt werden, um Entwicklung aufzuzeigen? Kann Demokratie als universelles Konzept verstanden werden und ist Entwicklung einfach mit wirtschaftlichem Vorankommen gleichzusetzen? Beeinflussen, ja bedingen Entwicklung und Demokratisierung einander? Wie verhalten sich diese beiden zueinander? Welche Konzepte, Zugänge, Kontexte und Interessen stehen hinter den Herangehensweisen der unterschiedlichen WissenschaftlerInnen, Organisationen und Nationen, die sich mit Entwicklung und Demokratisierung befassen? Und wie haben sich die jeweiligen Diskurse verändert?

Demokratisierung und Entwicklung sind Schlagworte, die ganz besonders oft in Bezug auf den afrikanischen Kontinent genannt wurden. Eines der kleinsten Länder Afrikas ist Gambia, welches lange Zeit als Vorzeigebispiel für Demokratie in Afrika galt. Zentraler Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind jene Prozesse, die in Gambia zu Demokratie und Entwicklung führten oder auch nicht.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Fragestellung, wie sich der Diskurs über das Verhältnis von „Demokratie“ und „Entwicklung“ in den zeitlichen Phasen rund um die Unabhängigkeit (1960-1975) und innerhalb der letzten Jahre (1990-2007) verändert hat; und wie Gambia in diesem Diskurs dargestellt wurde. Die dazugehörige These lautet:

Der Diskurs über das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung hat sich in den letzten 15 Jahren im Vergleich zu den 1960er Jahren in die konträre Richtung verändert (zu Zeiten der Entkolonialisierung wurde die Formel „Development first, Democracy second“ propagiert, während es heute so scheint, als ob die „Gebergemeinschaft“ Demokratie als Bedingung für

Entwicklung sieht und diese daher auch als Konditionalität für diverse Unterstützungen aufstellt). Trotz der Veränderung des Diskurses bestehen und bestanden auf politischer Ebene in Gambia Kontinuitäten.

Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit verschiedenen Konzepten und Definitionen von „Demokratie“ und „Entwicklung“. Der Fokus ist dabei auf das Verhältnis von „Demokratie“ und „Entwicklung“ im Diskursverlauf der beiden verglichenen zeitlichen Phasen (1960-1975 und 1990-2007) gerichtet. Im Weiteren werden die Diskurse im afrikanischen Kontext analysiert und abschließend auf ihre Anwendbarkeit hin überprüft.

Der zweite Teil der Diplomarbeit konzentriert sich auf die heutige Republik Gambia. Es wird auf Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse in den zwei verschiedenen zeitlichen Phasen eingegangen. Die involvierten Akteure werden beschrieben, wobei der Fokus auf der politischen Ebene liegt. Der vorherrschende Diskurs wird anhand des konkreten Länderbeispiels Gambia überprüft. Das abschließende Kapitel soll die Ergebnisse des zeitlichen Vergleichs zusammenfassen.

Die Analyse des Diskurses und des Länderbeispiels ist historisch-vergleichend, insofern sie sich auf zwei zeitliche Phasen konzentriert. Die Verifizierung bzw. Falsifizierung der These und die Beantwortung der Fragestellungen werden durch intensive Literaturanalyse des relevanten Materials erarbeitet.

1. Diskurs- und Konzeptebene

“There is no doubt, however, that the substance or content of what is described as democratic is a function of the ideological part of the user of the term”
(Gitonga 1988: 6)

Der theoretische Rahmen von Untersuchungen innerhalb der Sozialwissenschaften ist oft mit der Lebensrealität der in einer Gesellschaft lebenden Menschen verknüpft. Entwicklungen und Prozesse, werden meist schnell in wissenschaftlichen Diskursen aufgegriffen. So haben sich die verschiedenen Konzeptionen von Entwicklung und Demokratie bzw. Demokratisierung und somit auch die Diskurse darüber innerhalb der letzten fünfzig Jahre wesentlich verändert. Inwiefern unterscheiden sich diese Konzepte voneinander? Welche Diskurse waren zur Zeit der Dekolonisierung und zur Jahrhundertwende prägend? Diese Fragen sollen im Laufe dieses Kapitels beantwortet werden um die komplexen Phänomene besser begreifen zu können.

1.1 Entwicklung

Dem Begriff „Entwicklung“ wurden im Lauf der Zeit verschiedene Bedeutungen zugeschrieben; er war Inhalt vieler Theorien. Die Ursprünge der modernen Entwicklungstheorien reichen Jahrhunderte weit zurück.

Der Terminus Entwicklung wurde schon Mitte des 17. Jahrhunderts in der deutschen Philosophie verwendet. Für Gottfried Wilhelm Leibnitz bedeutet Entwicklung *„nicht das Entstehen von grundsätzlich Neuem, sondern nur die Entfaltung des Vorhandenen“* (Kolland 2005: 10).

Erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Begriff Entwicklung mit dem sozialen Wandel verbunden (Kolland 2005: 20). Davor war er in der Theologie, der Biologie, und erst später in der Philosophie zu finden.

Geschichte der Entwicklungstheorien

Die moderne Entwicklungsforschung etablierte sich erst nach dem zweiten Weltkrieg als eigenständige Disziplin. Sie entstand in den 1940er Jahren im angloamerikanischen Raum. Die Entwicklungstheorie war seit ihrer Geburt Disziplinen-übergreifend; sie entwickelte sich aus Teilgebieten der Ökonomie, der Soziologie und der Politikwissenschaft. Untersuchungsgegenstand der Entwicklungstheorien sind die der Entwicklung und Unterentwicklung in den

Entwicklungsländern zugrundeliegenden Ursachen. *„Entwicklungstheorien wollen auf die eine oder andere Weise erklären, wie Entwicklung in der Vergangenheit möglich wurde oder warum sie ausblieb und wie sie in Zukunft erreicht werden kann“* (Fischer et al. 2008: 12). Die starke Tendenz der Entwicklungstheorien, normativ orientierte Handlungsanleitungen zu geben, wurde oft kritisiert, da hinter den Handlungsanweisungen bestimmte Interessen und Ideologien stehen. Die Entwicklungsdisziplin ist somit keine wertfreie Disziplin (Fischer et al. 2008: 12-13).

Schon im 19. Jahrhundert beschäftigte man sich mit Strategien, die zum Wohlstand führen sollten. So wurden beispielsweise die Ideen von Adam Smith, David Ricardo und Friedrich List im 20. Jahrhundert teilweise wieder aufgegriffen und revitalisiert. Adam Smith und David Ricardo sahen als Vertreter der ökonomischen Klassik den freien Welthandel als Weg zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle an. Ihre Überlegungen müssen im Kontext des damals zur Weltmacht aufsteigenden Großbritanniens gesehen werden. Friedrich List, der seine Thesen für Deutschland formulierte, welches erst seine Industrie aufzubauen begann, nahm eine entgegengesetzte Position ein. Er betonte die Wichtigkeit von protektionistischen Maßnahmen für Staaten, deren Industrien noch nicht ausgereift waren (Fischer et al. 2004: 33-34). Die Entwicklungstheorien wurden auch durch Max Weber, seiner Theorie über die Protestantische Ethik, und von Karl Marx geprägt. Für Marx war die Geschichte geprägt von Klassenkämpfen; eine prozesshafte Abfolge verschiedener Formen von Herrschaft und Ausbeutung (Kolland 2005: 22-23).

Die teils parallel ablaufenden Phasen der modernen Entwicklungstheorien begannen mit der modernisierungstheoretischen Denkrichtung. Sie versuchte, die Unterentwicklung „rückständiger“ Staaten zu erklären und diese durch diverse Handlungsanweisungen zu beheben (Fischer et al. 2008: 15). In den 1960er Jahren entwickelten sich die Dependenztheorien als zweite bedeutende Denkschule innerhalb der Entwicklungstheorien. Die Dependenztheorien waren sehr heterogen, verschiedene Strömungen wurden ihnen zugeordnet. Anfang der 1980er Jahre entwickelte sich der Neoliberalismus mit seiner Ideologie der kapitalistischen Weltwirtschaft zum hegemonialen Paradigma. Ab den 1990er Jahren gewannen alternative, globalisierungskritische Ansätze an Bedeutung (Fischer et al. 2004: 36-41). Neben den hier erwähnten vorherrschenden Theorien, entstand eine Vielzahl anderer Ansätze und Konzepte innerhalb der Disziplin der Entwicklungsforschung. Beispiele sind unter anderem Konzepte, wie die Weltsystemtheorie, die

Regulationstheorie, die (Neo-)Gramscianische Theorie, diverse feministische Theorien, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Uma Kothari fasste die Geschichte der Entwicklungstheorien, wie sie von den meisten AutorInnen beschrieben wurde, wie folgt zusammen:

„With a few notable exeptions the history often rehearsed in development research and teaching has tended towards a compartmentalization of clearly bounded, successive periods characterized by specific theoretical hegemonies that articulate a singular theoretical genealogy. Typically, the story commences with economic growth and modernization theories, moves on to discuss theories of ‘underdevelopment’, and culminates in neo-liberalism and the Washington Consensus” (Kothari 2005 a: 1).

Die Autorin kritisierte, dass die „Mainstreamgeschichte“ der Entwicklungstheorien durch das stetige Wiederholen bestimmter Ansätze in der Entwicklungsforschung zu der hegemonialen Stellung gewisser Theorien beitrug. Auch die zweite Variante der Periodisierung der Geschichte der Entwicklungstheorie, die durch die Unterteilung in die verschiedenen Entwicklungsdekaden erfolgte, sieht Kothari kritisch:

„An alternative version is one that is mapped on to particular events and processes; a political economy trajectory that traces by decade the history of development from the golden years of the 1950s through import substitution industrialization in the 1960s to the dept crisis in the 1970s, structural adjustment programmes in the 1980s and subsequently alternative development and the Millenium development Goals in the 1990s and after” (Kothari 2005 b: 51).

Mit ihrer Kritik am Entwicklungsdiskurs werden Kotharis Überlegungen dem Post-Development-Ansatz¹ zugeordnet.

1.1.1 Begriffsklärung und Definitionen

Da der Begriff Entwicklung normativ ist, kann er niemals ganz wertfrei sein. Dies schlägt sich somit auch in den einzelnen Theorien nieder. In verschiedenen geschichtlichen Abschnitten hat sich das Verständnis für den Entwicklungsbegriff gewandelt und es gab für ihn unterschiedliche Erklärungen bzw. Formeln.

So war man beispielweise in der Klassik davon überzeugt, dass Freihandel und Arbeitsteilung Wirtschaftswachstum bringen würden. Durch dieses käme es zu Wohlstand und zu einer positiven Entwicklung (Fischer et al. 2004: 33). Die Modernisierungstheoretiker orientierten sich an gelungenen Beispielen in einigen europäischen Staaten und glaubten an die Formel: Industrialisierung = Wirtschaftswachstum = Entwicklung (Fischer et al 2003: 19). Dependenztheoretische

¹ Auf den Post-Development Ansatz wird in diesem Kapitel später eingegangen.

Ansätze sahen die Abkoppelung vom Weltmarkt als eine Lösung des Dilemmas der Unterentwicklung. Dies würde ihrer Meinung nach zu Entwicklung führen (Fischer et al. 2003: 30-31). Die Neoliberale Theorie verfolgte mit einschlägiger Durchsetzungskraft die Strategie, dass Staaten durch freien Handel, Liberalisierung und Privatisierung eine positive Entwicklung stimulieren würden (Fischer et al. 2003: 32).

Ein neuer Ansatz stammte vom Nobelpreisträger Amartya Sen. Er plädierte dafür die Komplexität von Entwicklung anzuerkennen, und betonte, dass Entwicklung Freiheit und Befreiung sei (Sen 1999a: 281-291).

Für Nuscheler und Nohlen bestand Entwicklung aus mindestens fünf Komponenten bzw. Zielen, welche sie in dem *magischen Fünfeck* des Entwicklungsbegriffs zusammenfassten. Dieses ergab sich aus: Arbeit/Beschäftigung, wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Gerechtigkeit/Strukturwandel, Partizipation, und politischer wie wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Nohlen 2002: 228).

Eine menschenzentrierte und den Menschen Respekt entgegenbringende Definition wurde 1990 von der South Commission formuliert:

„[Entwicklung ist] ein Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Sie ist ein Prozess, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung. ... eine Bewegung, die im wesentlichen in der Gesellschaft entsteht, die sich entwickelt. ... Entwicklung ist gleichbedeutend mit wachsender individueller und kollektiver Eigenständigkeit. Grundlage für die Entwicklung einer Nation müssen ihre eigenen personellen und materiellen Ressourcen sein, die im vollen Umfang für die eigenen Bedürfnisse genutzt werden (Südkommission 1991: 34, zit. n. Schicho 2003: 11).

Solch eine Definition räumte allen Menschen die Teilhabe am Entwicklungsprozess ein. Akteuren der sogenannten „entwickelten Welt“ wurde mit dieser Definition die Möglichkeit entzogen alleinig über den Begriff und seine Operationalisierung zu bestimmen (Schicho 2003: 11).

Wie aber lässt sich der Begriff exakt definieren und greifbarer machen? Nun, es gibt keine universell anerkannte Definition und der Definitionsprozess ist problematisch. Die Definition ist dem Wandel der Zeit unterworfen und so änderte sich die Bedeutung des Begriffs nicht nur von Jahrhundert zu Jahrhundert, sondern innerhalb der letzten Jahrzehnte sogar von Dekade zu Dekade. Die in den Definitionen enthaltenen Ideologien und Interessen sind dabei nicht außer Acht zu lassen (Nohlen 2002: 227-229).

1.1.2 Entwicklungsforschung – Development studies

Was ist Entwicklungsforschung? Die Antworten darauf fallen unterschiedlich aus. Es bestehen, wie bei der Definition des Entwicklungsbegriffs, unterschiedliche Auffassungen darüber womit sich die Entwicklungsforschung beschäftigt bzw. beschäftigen sollte. *„There are diverse views concerning what development studies is or should be [...]. These contesting points of view reflect competing understandings of development and the nature of the relationship between theories, ideologies, policies and practices”* (Kothari 2005 a: 3).

Die Rolle der Entwicklungstheorien veränderte sich im Laufe der Jahrzehnte. *„Entwicklungstheorien hatten bis in die 1980er-Jahre die Aufgabe, jene Faktoren aufzuzeigen, die den tatsächlichen Entwicklungsprozess eines Landes bestimmen“* (Kolland 2003: 56). Allgemein beschäftigte sich die Entwicklungsforschung mit Veränderungsprozessen unterschiedlicher Staaten. Je nachdem, welcher Autor oder welche Autorin nach welcher Denkschule zur Theoriebildung beitrug, war die Schwerpunktsetzung unterschiedlich.

„Most commonly, development studies is seen to be concerned with processes of change in so-called ‘Third World’ or ‘developing countries’, and more recently this has been widened to encompass transitional economies. For some, there is also a narrowing of focus on studies of poverty and poverty alleviation while others have become increasingly concerned with socio-economic dimensions of global inequalities and exclusionary processes” (Kothari 2005 a: 4).

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Modernisierungs- und die Dependenztheorie(n) zu den zwei vorherrschenden Denkrichtungen innerhalb der Entwicklungstheorien.

Modernisierungstheorie

Die Modernisierungstheorie stieg in den 1950er Jahren zum vorherrschenden Paradigma auf. ModernisierungstheoretikerInnen gingen von dem Modell der nachahmenden bzw. nachholenden Entwicklung aus, das wesentlich durch die Antrittsrede des wiedergewählten amerikanischen Präsidenten Truman geprägt wurde. Truman meinte in dieser am 20. Jänner 1949 gehaltenen Rede, dass die armen und „unterentwickelten“ Länder mithilfe der Technologie, Wissenschaft und dem Demokratiemodell entwickelter Länder schon bald die Entwicklung der Industriestaaten aufholen könnten. Durch die Nachahmung der Entwicklung der Industriestaaten würde es zu Wirtschaftswachstum und Industrialisierung kommen. Ideologischer Hintergrund der von ihm versprochenen Entwicklungshilfe war es,

neue unabhängig gewordenene Staaten in das kapitalistische Weltsystem einzugliedern und sie nicht dem Kommunismus zu überlassen (Fischer et al. 2004: 14-17 und Kolland 2005: 11)

Einer der bedeutendsten Vertreter der Modernisierungstheorie war Walt Whitman Rostow². Sein Werk „*The Stages of Economic Growth*“ war eine Entgegnung auf die Thesen von Karl Marx (Fischer et al. 2008: 39). Rostow war davon überzeugt, dass jede Gesellschaft fünf Wachstumsstadien der Entwicklung durchmachen müsste (Rostow 1960: 40). Er schrieb:

„Es ist möglich jede Gesellschaft in wirtschaftlicher Hinsicht einer von fünf Kategorien zuzuordnen: der traditionellen Gesellschaft; der Anlaufperiode, in der die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg (take off) geschaffen werden; der Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs; der Entwicklung zur Reife; und dem Zeitalter des hohen Massenkonsums“ (Rostow 1960: 40).

Die traditionelle Gesellschaft sei durch die Abwesenheit bzw. Nichtanwendung von Wissenschaft, sowie von traditionellen Werten und Überzeugungen gekennzeichnet. Wesentliches Merkmal der Anlaufperiode sei der Aufbau und die Formierung eines zentralisierten Nationalstaates. Die Phase des *take off* wurde von Rostow (1960: 45) als „*Wendepunkt im Leben moderner Gesellschaften*“ beschrieben. Ab dieser Phase sei das Wirtschaftswachstum nicht mehr aufzuhalten. Die Periode des wirtschaftlichen Aufschungs fand in England Ende des 18. Jahrhunderts, in Frankreich und Nordamerika etwa Mitte des 19. Jahrhunderts statt. Im vierten Wachstumsstadium werde die Technik auf alle wirtschaftlichen Bereiche ausgedehnt. Das Zeitalter des hohen Massenkonsums sei durch die Verschiebung der Wirtschaftssektoren in den Dienstleistungsbereich und durch die Entstehung des Wohlfahrtsstaates gekennzeichnet (Rostow 1960: 40-49).

In der Modernisierungstheorie war die Idee des Wirtschaftswachstums durch wirtschaftliche Planung zentrales Element. Der Staat hat eine starke Position und lenkt die Entwicklungsprozesse. „*[T]he goal of development was growth: the agent of development was the state and the means of development were national economic planning in the context of the macro-policy instruments established at Bretton Woods*“ (Leys 1995: 7 in Harris 2005: 19). Ab den 1960er Jahren kam es seitens der DependenztheoretikerInnen zu radikaler Kritik an den Konzepten der Modernisierungstheorie (Harris 2005: 21).

² 1916-2003

Dependenztheorie

Die Dependenztheorien etablierten sich in den 1960er Jahren. Prägend für die Dependenztheorien war Raúl Prebisch mit seiner Theorie von der Verschlechterung der *'terms of trade'*. Mit dieser Theorie, die er nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte, beschrieb Prebisch das immer größer werdende Ungleichgewicht zwischen den Durchschnittspreisen von Industriegütern und Rohstoffen. Während die Durchschnittspreise für Industriegüter anstiegen, sanken die Durchschnittspreise für Rohstoffe, was sich auf die rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer negativ auswirkte. Als Lösung schlug Prebisch die Intensivierung der Import-substituierenden Industrialisierung vor, die schon seit den 1930er Jahren betrieben wurde. Die Thesen Prebischs wurden später von der UN- Wirtschaftskommission für Lateinamerika, der CEPAL aufgenommen (Fischer et al. 2008: 13-14). Er kritisierte die protektionistischen Maßnahmen der USA und machte deren Wirtschaftspolitik für die ungleichen Verhältnisse in der Weltwirtschaft verantwortlich. Prebischs Annahmen beeinflussten die Dependenztheorien maßgeblich (Fischer et al. 2008: 30). Die Entwicklungsländer hatten mit der Veränderung der Weltwirtschaftsordnung im 20. Jahrhundert und dem Aufstieg der USA zur führenden Wirtschaftsmacht zu kämpfen. Die Industriestaaten reduzierten ihre Exporte und förderten ihre landwirtschaftliche Selbstversorgung. Dadurch verloren die Rohstoffexporte der Entwicklungsländer im Vergleich zu den Industriegütern noch mehr an Wert. Westeuropa begegnete diesem Problem nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Erhöhung seiner Exporte und einer gezielten Integrationspolitik, die sich negativ auf den Dollar auswirkte (Prebisch 1964: 131-132). „Der Zusammenbruch der alten Handelsordnung schuf für die Entwicklungsländer neue Probleme“ (Prebisch 1964: 133). Durch die Importbeschränkungen der Industriestaaten verschärfte sich die Situation der Entwicklungsländer weiter (Prebisch 1964: 38-139). Da sich die Ungleichheit zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern aufgrund der Verschlechterung der *terms of trade* vergrößerte, forderte Prebisch Ausgleichszahlungen zugunsten der Entwicklungsländer: „Zusätzliche Ressourcen [...] sollen durch eine Ausgleichsfinanzierung zur Verfügung gestellt werden, wenn sie nicht durch höhere Preise erzielt werden können [...]. Ausgleichende Maßnahmen müssen zu einem integralen Bestandteil einer vernünftigen Politik der Entwicklungsfinanzierung werden“ (Prebisch 1964: 145).

Ein wichtiger Vertreter der Dependenztheorien war der Ökonom Andre Gunder Frank. Geprägt von seinen zahlreichen Lateinamerika-Aufenthalten und von den Ansätzen der CEPAL und des Marxismus, war er seit Anfang der 1960er Jahre ein vehementer Gegner der Modernisierungstheorien. Er zählte gleichzeitig zu den bekanntesten und radikalsten Vertretern der Dependenztheorien (Fischer et al. 2008: 147). Frank kritisierte an der Entwicklungsforschung, dass sie sich fast ausschließlich mit der Entwicklungsgeschichte Europas und Nordamerikas auseinandersetzte und so die Realität der als „unterentwickelt“ bezeichneten Länder nicht kennen und verstehen könne (Frank 1966: 148).

„Unsere Unkenntnis der Geschichte der unterentwickelten Länder lässt uns vermuten, ihre Vergangenheit und ihre Gegenwart entsprächen früheren Stadien der Geschichte der jetzt entwickelten Länder. Diese Unkenntnis und diese Vermutung bewirken vollkommen falsche Vorstellungen von heutiger Unterentwicklung und Entwicklung. Außerdem verabsäumen es die meisten Studien über Entwicklung und Unterentwicklung, die wirtschaftlichen und andere Beziehungen zwischen der Metropole und ihren ökonomischen Kolonien während der weltweiten Expansion und Entwicklung des merkantilistischen und kapitalistischen Systems zu berücksichtigen“ (Frank 1966: 148).

Weiterhin kritisierte Frank, dass die Ursachen für die heutige Unterentwicklung der Entwicklungsländer in den Ländern selbst gesucht wurde, anstatt sie in einem globalen Zusammenhang zu sehen:

„Weithin wird auch angenommen, dass die heutige Unterentwicklung eines Landes als Produkt oder Ausdruck seiner eigenen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Merkmale oder Strukturen verstanden werden kann. Die historische Forschung zeigt jedoch, dass die heutige Unterentwicklung zu einem großen Teil aus vergangenen und andauernden wirtschaftlichen und anderen Beziehungen zwischen den unterentwickelten Satelliten und den nunmehr entwickelten metropolitenen Ländern entstanden ist“ (Frank 1966: 149).

Immanuel Wallerstein, der sich zwar keiner Denkschule genau zuordnen lässt, dessen antikapitalistische Grundhaltung aber seine Nähe zu den Dependenztheorien ausdrückt, wurde durch seine *Weltsystemanalyse* bekannt. In der Weltsystemtheorie, der er sich seit den 1970er Jahren widmete, beschäftigte er sich mit dem *Zentrum-Peripherie-Modell*, mit dem er die Ausbeutung der Entwicklungsländer erklärte (Fischer et al. 2008: 168). Wallerstein ging davon aus, dass sich die kapitalistische Weltwirtschaft, ausgehend von Europa, ab dem 16. Jahrhundert entwickelte. Das „*Gesamtsurplus*“, das aus den Produktionsprozessen erzielt wurde, wurde ungleich über die unterschiedlichen Regionen der Erde verteilt. Wallerstein bezeichnete jene Regionen, die bei der Verteilung wenig oder gar nichts erhielten, als *Peripherien*, und jene, die viel erhielten als Zonen des *Zentrums* (Wallerstein 1988: 170). Nach

Wallerstein kann die Entwicklung einzelner Regionen nicht innerhalb nationalstaatlicher Grenzen beeinflusst werden, da sie von globalen wirtschaftlichen Prozessen abhängig ist: *„Nationale Entwicklung ist heute eine Illusion, ganz gleich, welche Methode man befürwortet oder anwendet“* (Wallerstein 1988: 190).

Neoliberalismus

Der Neoliberalismus stieg in den 1980er Jahren zum hegemonialen Paradigma auf. Der Markt trat in den Vordergrund: *„Im Selbstverständnis neoliberaler TheoretikerInnen werden Entwicklungsfragen nicht als spezieller Bereich betrachtet. Vielmehr glauben sie, dass ökonomische Mechanismen (insbesondere jene des Marktes) weltweit in gleicher Weise wirksam sind bzw. wirksam werden sollten“* (Fischer et al. 2008: 20).

Wichtige Vertreter neoliberaler Ansichten waren u.a. Milton Friedman, Friedrich A. Hayek, Peter T. Bauer und Deepak Lal. Die Ansätze Bauers wurden in den 80er Jahren von Deepak Lal, dem damaligen Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank aufgegriffen. Deepak Lal war später wesentlich an der Formulierung des Washington Consensus beteiligt (Fischer et al. 2008: 194 und 212). Seine neoliberalen Ansichten verdeutlichte Peter T. Bauers durch folgende Aussage:

„Wir sollten nationale und nationalistische Planungsmaßnahmen nicht fördern, sondern minimieren, da sie sowohl inländische als auch ausländische unternehmerische Aktivität unterbinden. Wir sollten Wirtschaftssysteme fördern, die auf beschränktem Regierungseinfluss basieren, und wieder eine vernünftige internationale Ordnung herstellen“ (Bauer 1958: 209).

Deepak Lal forderte die weitgehende Liberalisierung des internationalen Handels und Zahlungsverkehrs. Er untermauerte seine Argumentation mit den wirtschaftlichen Erfolgen der Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong (Lal 1994: 218). Die neoliberalen Veränderungen hin zur Marktwirtschaft äußerten sich u.a. durch die Struktur- und Stabilisierungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) (Lal 1994: 226).

Feministische Ansätze

Die feministischen Ansätze vertraten diverse Denkschulen. Eine der ersten Frauen, die sich auf dem Gebiet der Entwicklungsforschung Gehör verschaffte, war Esther Boserup³. Sie erforschte, wie unterschiedlich sich Entwicklungsprozesse auf Männer

³ 1910-1999

und Frauen auswirkten und hinterfragte die Thesen der Modernisierungstheorie. „Heute gilt Boserup als Wegbereiterin einer feministischen Entwicklungsforschung und – praxis“ (Fischer et al. 2008: 111). Boserup wurde häufig kritisiert, da sie Aspekte und Prozesse der Weltwirtschaft vernachlässigte und in ihren Lösungsvorschlägen nicht über modernisierungstheoretische Ansätze hinauswuchs (Fischer et al. 2008: 111).

Die Subsistenzperspektive wurde der feministischen Kritik am kapitalistischen System zugeordnet. Sie wurde von den Autorinnen Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof im Kontext der „Bielefelder Schule“ entwickelt und bekannt gemacht. Die Autorinnen wurden v.a. kritisiert, da sie das Patriarchat idealisierten (Fischer et al. 2008: 248). Anhand des Eisberg-Modells stellten Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen die Ausbeutung der Nicht-Lohnarbeitsbereiche durch das Kapital bzw. die Lohnarbeit dar. Während die Lohnarbeit nur die Spitze des Eisbergs, die aus dem Wasser ragt, ausmacht, basiert die Wirtschaft im Wesentlichen auf dem großen, unsichtbaren Teil des Eisbergs, der aus der Nicht-Lohnarbeit und der Produktion aus Subsistenz, Kolonien und Natur besteht (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 251).

Als wichtige Vertreterin feministischer Ansätze ist auch Ruth Pearson zu nennen, die in ihrem Text „*The rise and rise of gender and development*“ den Aufstieg des Gender-Themas in der Geschichte der feministischen Entwicklungsforschung zusammenfasste (Pearson 2005: 157-179). Pearson kritisierte die Weltbank, da diese zwar die zentrale Rolle von Geschlechtergerechtigkeit für den Entwicklungsprozess anerkannte und die Gender-Forschung in ihre neoliberalen Reformen einbaute, diese Erkenntnisse aber nicht entsprechend umsetzte.

„The conclusion [of the World Bank] is not that women’s unpaid work should be valued; that gender divisions of labour should be challenged; that women’s empowerment and autonomy, education and training should be strengthened and macroeconomic policy should be modified – instead the Bank’s position is that parallel investment in some social services should be instigated in order to free women to work more effectively in the market economy“ (Pearson 2005: 171).

Post-Development

Der Post-Development-Ansatz entstand Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre. Seine Kritik zentrierte sich um die Konzeptualisierung von Entwicklung selbst (Fischer et al. 2008: 15). Neben Gustavo Esteva, Nandy und Rahnema war u.a. auch Arturo Escobar ein wichtiger Vertreter des Post-Development-Ansatzes. Er lehnte

den Entwicklungsdiskurs ab, da er seiner Meinung nach zu einem hegemonialen Machtinstrument geworden war, das gegen die Entwicklungsländer eingesetzt wurde (Fischer et al. 2008: 263). Im Gegensatz zu anderen AutorInnen innerhalb der Entwicklungsforschung, die versuchten bestehende Konzepte und Theorien zu verändern und zu verbessern, wandte sich Escobar wie andere VertreterInnen des Post-Development-Ansatzes gegen den Diskurs und das Entwicklungsparadigma an sich (Escobar 1992: 268-269). Da es sein Ziel war, den Diskurs zu demontieren, fragte er sich, ob Ansätze, die die Entwicklungstheorien nur verbessern wollten, weit genug gingen, um diese tatsächlich zu transformieren (Escobar 1992: 269):

„[D]iese Veränderungen bedeuten keine radikale Infragestellung des Diskurses; vielmehr belegen sie die Schwierigkeit, sich etwas wirklich Anderes vorzustellen. Kritische Ansätze sollten die durchdringende Eigenart und Funktion von Entwicklung als Paradigma der Selbstdefinition aufzeigen. Aber können sie auch noch weitergehen und zur Transformation und Demontage dieses Diskurses beitragen?“ (Escobar 1992: 269).

Uma Kothari (2005b: 47-66), die immer wieder betonte, dass die Entwicklungstheorie die koloniale Vergangenheit komplett ausblendete und somit ahistorisch sei, fasste die Kritik am Entwicklungsparadigma wie folgt zusammen:

„Influenced by the types of analysis that underpinned dependency and world system theories in the 1970s, much critical literature from the 1980s that emerged out of post-colonial and post-development critiques focused on how the development project creates and perpetuates uneven and unequal development between First and Third World countries. These approaches centre on an analysis of development discourse and how it shapes and defines different realities“ (Kothari 2005b: 48).

So sei der Entwicklungsdiskurs durch die Schaffung bestimmter Realitäten maßgeblich an der ungleichen Entwicklung von Industriestaaten und Entwicklungsländern beteiligt. Kothari (Kothari 2005b: 48) fügte dem weiters hinzu, dass durch das Entwicklungsprojekt Ungleichheit reproduziert und die Dominanz des Nordens über den Süden aufrechterhalten wurde: *„Some critics have argued that development is a ‘neo-colonial’ project that reproduces global inequalities and maintains the dominance of the South, through global capitalist expansion, by the North“ (Kothari 2005b: 48).*

Amartya Sen

Amartya Sens Analysen über Entwicklung, die auch in dem Buch „Development as Freedom“ beschrieben sind, wurden von unterschiedlichen ideologischen Einflüssen, die er in Einklang miteinander brachte, geprägt. So befanden sich darin sowohl

Ansätze des Keynesianismus als auch des Neoliberalismus; auch Ethik und Moralphilosophie fanden Eingang in seine Entwicklungstheorie. In Sens Verständnis von Entwicklung geht es um die Entfaltung der Fähigkeiten der Menschen. Er entwickelte Kriterien zur Messung von Entwicklung, die auch in den Human Development Index aufgenommen wurden, und erklärte die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen für Armut (Fischer et al. 2008: 280).

„Entwicklung lässt sich [...] als Prozess der Erweiterung realer menschlicher Freiheiten verstehen. Diese Konzentration auf menschliche Freiheiten steht im deutlichen Gegensatz zu engeren Auffassungen von Entwicklung, in denen diese mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts, dem Anstieg des persönlichen Einkommens, mit Industrialisierung, technischem Fortschritt oder gesellschaftlicher Modernisierung gleichgesetzt wird“ (Sen 1999 a: 181)

Sen beschreibt welche Maßnahmen notwendig sind, um Entwicklung zu erreichen: *„Entwicklung erfordert, die Hauptursachen von Unfreiheit zu beseitigen: Armut sowie Despotismus, fehlende wirtschaftliche Möglichkeiten sowie systematische soziale Deprivation, die Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen sowie die Intoleranz oder Überaktivität repressiver Staaten“ (Sen 1999a: 281-282).*

Nach Sen konzentriert sich das freiheitszentrierte Verständnis von Entwicklung auf das handelnde Subjekt (Sen 1999a: 290).

„Räumt man den Individuen angemessene gesellschaftliche Möglichkeiten ein, dann sind sie in der Lage, ihr eigenes Schicksal erfolgreich zu gestalten und einander zu helfen. Sie sollten nicht in erster Linie als passive Empfänger der Wohltaten ausgeklügelte Entwicklungsprogramme gesehen werden. Vielmehr spricht alles dafür, die segensreiche Rolle freien und nachhaltigen Handelns – ja sogar schöpferischer Ungeduld – anzuerkennen“ (Sen 1999a: 290-291).

Er plädierte dafür, den Menschen Möglichkeiten zu eröffnen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen (Sen 1999a: 290).

„Im Gegensatz zu Neoliberalismus und Post-Development stellt das Denken Amartya Sens den Versuch dar, Entwicklung als Gegenstand von Theorie und als gesellschaftliches Ziel zu rehabilitieren. Dass er dabei unterschiedliche Ansätze synthetisierte und um neue Konzepte anreicherte, trug [...] dazu bei, dass sein Werk auf ungewöhnlich breite Akzeptanz stieß“ (Fischer et al 2008: 21).

Viele weitere Konzepte und Ansätze entstanden im Rahmen der Entwicklungsforschung. Konzepte wie *nachhaltige Entwicklung* und die *Millenium Development Goals* traten in den letzten Jahren im entwicklungspolitischen Diskurs in den Vordergrund.

1.2. Demokratie und Demokratisierung

Die ideengeschichtlichen Wurzeln der Demokratie im politischen System entstammten den Gedanken der griechischen Philosophen der Antike. Diese sahen das tägliche Leben des Menschen in zwei Bereiche geteilt, einen eigenen privaten und einen gemeinsamen öffentlichen Bereich. Griechische Denker wie Sokrates, Aristoteles und Plato verorteten die Familie und das Haus bzw. den Haushalt im (privaten) „naturhaften“ Bereich eines Bürgers, den sie entschieden vom politischen Raum bzw. öffentlichen Bereich, der Polis, trennten. In der Polis waren alle frei und gleich; alle Angelegenheiten wurden durch argumentativ überzeugende Reden und gegenseitiges Einverständnis geregelt, frei von Zwang, Gewalt oder Herrschaft. Im Gegensatz dazu galten im Bereich der Familie und des Haushalts strenge Hierarchien. Die Familie und die Sklaven unterstanden der Herrschaft des Patriarchen. Das gesicherte Eigentum galt als Voraussetzung zur Teilnahme am öffentlichen Leben in der Polis. Menschen außerhalb der Polis waren nach geltender Meinung präpolitische Barbaren oder Sklaven. Die Egalität der Menschen innerhalb der Polis war daher eine Gleichheit unter Ebenbürtigen. Diese Gleichheit setzte jedoch die Existenz von Ungleichen (denjenigen außerhalb der Polis) voraus, welche die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. (Arendt 2005: 35-40).

In der Neuzeit wurde diese Trennung überwunden, indem man die alltäglichen Geschäfte der Familie und des Haushalts enorm ausdehnte und auf das gesamte politische Gemeinwesen bezog. Somit entstand die Idee des „kollektiven Haushaltens“, welches sich in der Nation organisierte. In den Wissenschaften kam es dadurch zu einem Wechsel von Politik zu Volkswirtschaft beziehungsweise „Nationalökonomie“. Im Zuge dieser Entwicklungen kam es auch zu einer Neulokalisierung von Freiheit und Macht. Gewalt und Zwang wurden dem Politischen zugeordnet. Der Staat hielt das Machtmonopol, während die Freiheit im Gesellschaftlichen zu finden war. So verlangte und rechtfertigte *„die Freiheit der Gesellschaft [...] eine Beschränkung der politischen Machtvollkommenheit“* (Arendt 2005: 41). Der Gedanke der Gleichheit wurde mit der Idee von Gerechtigkeit verknüpft (Arendt 2005: 39-43).

Im Laufe der Geschichte wurde der Begriff „Demokratie“ unterschiedlich bewertet und verstanden. Er wurde in den letzten Dekaden zum Modebegriff der

Entwicklungsforschung. Oft wurden die Begriffe „Demokratie“ und „Demokratisierung“, welche den Transitionsprozess zur Erreichung des Demokratiestatuses meint, im Kontext der „Entwicklungsländer“ in einem Atemzug mit Begriffen wie „Good Governance“ „Accountability“ und „Ownership“ etc. genannt. Sie wurden als Konditionalität, mit der Bereitstellung von Ressourcen der „Gebergemeinschaft“ verknüpft. Was jedoch ist mit „Demokratisierung“ bzw. „Demokratie“ genau gemeint und gibt es ein grundlegendes Einverständnis über der Definition des Begriffs?

Die Begriffe „Demokratie“ und „Demokratisierung“ wurden in den letzten Jahrzehnten in der Wissenschaft vielfach definiert und theoretisiert. Es gibt keine universell geltende Definition von Demokratie. Je nach theoretischem Zugang unterscheiden sie sich erheblich. Demokratisierung wird im Allgemeinen als Prozess mit dem Endziel der hergestellten Demokratie umschrieben und fordert auch in anderen nicht-staatlichen Bereichen demokratische Beschlussfassungen. Auf welche Definitionen von Demokratie bezieht sich diese Umschreibung und wie unterscheiden sich die jeweiligen Definitionen?

1.2.1 Begriffsklärung und Definitionen

In gängigen Definitionen sind Wahlen, Verfassung, Parteipolitik und Pressefreiheit immer wiederkehrende wichtige Elemente von Demokratie. Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Konzepte und Definitionen zum Demokratiebegriff.

Die klassische Definition von Demokratie leitet sich aus dem griechischen ([*démos*] „Volk“ und [*kratia*] „Herrschaft“) ab und heißt übersetzt „Herrschaft des Volkes“. Eine weit akzeptierte und sehr allgemein formulierte Definition von Demokratie, im Sinne politischer Systeme lautet: Demokratie ist *„eine Staatsform, in der alles Recht vom Volk ausgeht“* (Österreichisches Wörterbuch 1999: 249).

Im deutschen Lexikon des Meyer Verlags von 2003 wird „Demokratie“ auch sehr allgemein, aber umfangreicher definiert: Demokratie ist *„eine Form des polit. Lebens, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und die Willensbildung der Gemeinschaft oder des Staates vom Willen des gesamten Volkes ableitet“* (Meyers Lexikonredaktion 2003: 1337).

Es wird heute zwischen verschiedenen Formen der Demokratie unterschieden. So werden „direkte Demokratien“⁴ von „repräsentativen Demokratien“ unterschieden, in

⁴ Das Volk wählt hier durch Mehrheitsentscheidungen direkt.

denen das Volk seine Meinung durch gewählte Abgeordnete vertreten lässt. Beide Formen der Demokratien sind in ihrer ursprünglichen Form kaum mehr vorhanden. Die häufigste Form der Demokratie ist eine repräsentative Demokratie mit plebiszitären Elementen. Neben dieser Kategorisierung, werden auch parlamentarische Demokratien, in der die Regierung durch die gewählten Abgeordneten kontrolliert wird, von Präsidialdemokratien unterschieden. In präsidentialen Demokratiesystemen wählt das Volk den Präsidenten, der gleichzeitig Staatsoberhaupt und Regierungschef ist. Im Weiteren bestehen auch Mischsysteme, in denen sich das Staatsoberhaupt die Macht mit einem Ministerpräsidenten teilt. Zentrales Element demokratischer Staaten ist eine demokratische Verfassung in der die Wahlen⁵, die Gewaltenteilung – Trennung von Judikative, Legislative und Exekutive – und die Grundrechte geregelt sind. Weitere wichtige Merkmale sind im Allgemeinen verfassungskonforme Staatshandlungen, die gleichzeitig mit der Mehrheit des Volkswillens übereinstimmen müssen; Bestehen einer bzw. ungehinderte Möglichkeit zur Bildung einer Opposition, welche die Regierung kontrolliert; Schutz und gesetzliche Regelungen für Minderheiten; friedliche Regierungs- bzw. Machtwechsel; und Unabhängigkeit der Meinungsbildungsorgane (Medien etc.) vom Staat. Geschichtlich wurde der Begriff Demokratie als Staatsform im englischsprachigen Raum vor allem von der englischen Revolution im 17. Jahrhundert und der Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776 beeinflusst; in Europa prägten die Aufklärungsphilosophie und die französische Revolution die Ausbreitung demokratischer Ideen. Seither wurden in verschiedenen Theorien, Konzepte der Demokratie untersucht, kritisiert, und interpretiert (Meyers Lexikonredaktion 2003: 1337-8)

Die Prinzipien⁶ Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bzw. Kontrolle sind trotz unterschiedlicher Auslegungen wesentlichste Bestandteile der meisten Definitionen und Konzepte von Demokratie:

“Central to any conception of democracy are the principles of freedom, equality and social justice. However, democracy, both as a concept and as a social, economic and political system, has, throughout history, been variously defined and interpreted both by theorists and practitioners” (Nzomo 1988: 139).

⁵ Die Wahlen sollten allgemein, frei, geheim und in bestimmten Perioden bzw. Abständen wiederkehrend stattfinden.

⁶ Kapitel 1.2.2 geht näher auf die drei Prinzipien ein.

Nzomo betonte, dass Demokratie als Konzept, und ebenfalls als politisches und wirtschaftliches System verstanden werden kann, jedoch verschiedenartig definiert und interpretiert wurde (Nzomo1988:139).

Die Vereinten Nationen (UN) konkretisierten die Werte und das Verständnis von Demokratie im folgenden Zitat:

“We reaffirm that democracy is a universal value based on the freely expressed will of people to determine their political, economic, social and cultural system and their full participation in all aspects of their lives. We also reaffirm that while democracies share common features, there is no single model of democracy, that it does not belong to any country or region, and reaffirm the necessity of due respect for sovereignty and the right of self-determination. We stress that democracy, development and respect for all human rights and fundamental freedoms are interdependent and mutually reinforcing”. (UNDEF: 2008)

Mit dieser Aussage verknüpften die Vereinten Nationen Demokratie mit Entwicklung⁷ und betonten die gegenseitige Wechselwirkung der beiden Konzepte. Der UNDEF (United Nation Democracy Fund) erklärte Demokratie zu einem universellen Wert, dessen Definitionen bzw. Konzeptionen allerdings verschiedenartig sind. Selbstbestimmung und Souveränität standen im Zentrum der Definition und es wurde betont, dass „Demokratie“ nicht einer Region oder einem Land alleine zugehörig sei. Der Wille zur Mitbestimmung des Volkes bei politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten ist die Grundlage der Definition. Die Essenz der „Demokratie“ sei die Selbstbestimmung des Volkes durch periodisch wiederkehrende Wahlen. Diese Wahlen sollten in einem Prozess demokratischer Transition und verantwortungsbewusster Regierungsführung eingebunden sein, der u. a. Partizipation und Rechenschaftspflicht beinhaltet. Der Democracy Fund der UN benennt folgende in Beziehung stehende Elemente als wichtigste Bestandteile von Demokratie:

- *“Constitutional design and /or reform”*
- *“Electoral processes”*
 - *“National election”*
 - *“Sub-national election”*
- *“Parliamentary processes”*
 - *“National parliament”*
 - *“Sub-national councils”*
- *“Justice and rule of law”*

⁷ Auf das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung wird im Kapitel 1.3 näher eingegangen.

- *“Human rights, including freedom of expression and of association”*
- *“Civil society participation”*
- *“Existence of political parties”*
- *“Access to information and transparency”*
- *“Accountable executive and public administration”*
 - *“National administration”*
 - *“Decentralized administration”*

(UNDEF 2008)

Die Formulierung dieser Elemente verweist auf die Bedeutung des Demokratisierungsprozess nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene. So spielte hier die Dezentralisierung der Macht eine zentrale Rolle. Wie auch in anderen Konzepten fanden sich, wie in dieser Aufreihung Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Verfassungsmäßigkeit und Transparenz als Faktoren für „Demokratie“. Die UN verstanden Demokratie als „work in progress“, und unterschieden zwischen fünf Systemen: *„Etablierte Demokratien“*; *„Fragile Demokratien“*, *„Aufkommende bzw. junge Demokratien“*, *„Demokratisierungsprozesse in ehemaligen Konfliktgebieten“*; und *„Nicht-demokratische Staaten“* (UNDEF 2008).

In Mugajus Definition wurden Indikatoren von Demokratie, z.B. wiederkehrende faire und freie Wahlen, wettbewerbsfähige Parteien, parlamentarisches System, Institutionenbildung und Meinungsfreiheit, genannt.

“A democracy should express the sovereignty of a country’s adult population through a system of representative and accountable institutions, competitive party politics, periodic elections and free and open dissent. All parties are supposed to abide by the rules of the game and accept the electorate’s verdict” (Mugaju 1988: 86).

Er betonte die Wichtigkeit der friedlichen Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen und der Einhaltung der Regeln durch alle Parteien.

Vanhanen, der durch seine umfassenden Demokratiemessungen bekannt wurde, verstand Demokratie als politisches System. *„I mean by democracy a political system in which ideologically and socially different groups are legally entitled to compete for political power and in which institutional power holders are elected by the people and are responsible to the people”* (Vanhanen 2003: 49). Zentral war für ihn jedoch die Verteilung der Machtressourcen (Vanhanen 2003: 132).

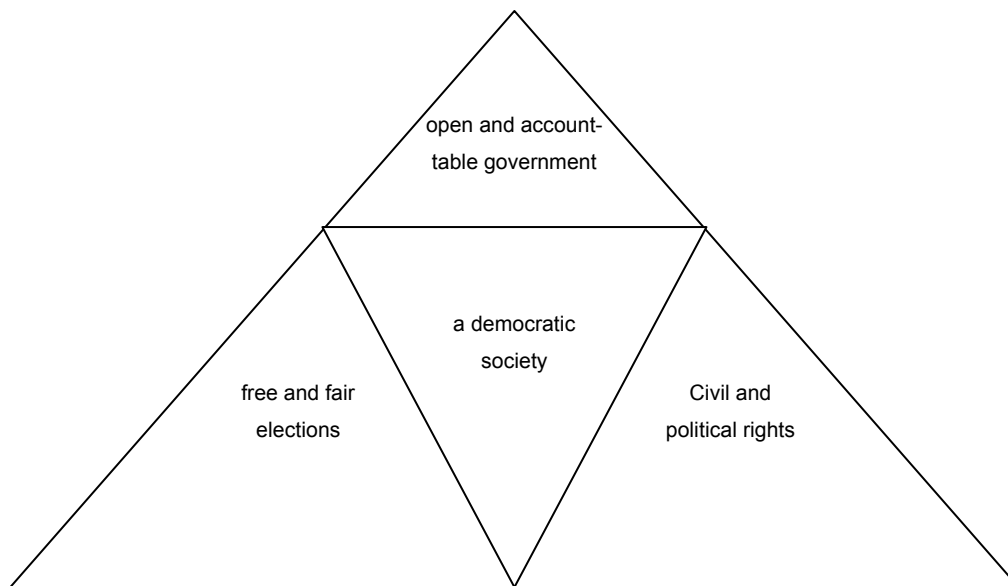
Kritische Zugänge im Demokratiediskurs betonten die mögliche Instrumentalisierung von Begriffen und Konzepten. So könne der Begriff je nach Ideologie unterschiedlichen Interessen dienen. Michael Saward (1994:7) schrieb: „*Defining Democracy is a political act.*“ Er hinterfragte die Herangehensweise vieler definitorischer Prozesse und betonte, dass Annahmen und Auswahl von Grundprinzipien und Indikatoren begründet und explizit gerechtfertigt werden müssten, zudem müsste die Definition in einer Theorie eingebettet sein (Saward 1994: 7).

David Beetham beschäftigte sich mit der Messbarkeit von Demokratie. Auch er betonte die Uneinstimmigkeit über das umkämpfte Konzept Demokratie. „*Through frequent misuse the term ‘democracy’ in popular parlance has come to mean whatever political arrangements the speaker personally approves of, and has become emptied of any objective referent*“ (Beetham 1994: 26).

Die Interpretation des Begriffs sei abhängig von der Ideologie und den Annahmen der Person, die ihn verwendet. Auch Gitonga schrieb Ende der 1980er Jahre: „*There is no doubt, however, that the substance or content of what is described as democratic is a function of the ideological part of the user of the term*“ (Gitonga 1988: 6) und wies somit auf die Gefahr der missbräuchlichen Verwendung des Begriffs hin. Beetham kam dennoch zu einer Definition in der die `Kontrolle durch das Volk` (popular control) und die `politische Gleichheit` (political equality) grundlegende Prinzipien waren:

*“Democracy is a political concept, concerning the collectively binding decisions about the rules and policies of a group, association or society. It claims that such decision-making should be, and it is realized to the extent that such decision-making actually is, subject to the control of all members of the collectivity considered as equals. That is to say, that democracy embraces the related principles of **popular control** and **political equality**“* (Beetham 1994: 28. [Herv.h. Beetham]).

Auch er unterschied in weiterer Folge zwischen den verschiedenen Formen der „direkten“ und der „repräsentativen“ Demokratie. Beetham (1994: 30) teilte `popular control` in vier Bereiche, die für ihn gleichzeitig die Hauptdimensionen von Demokratie bildeten: Öffentliche, freie und unabhängige Wahlen; eine aufrichtige und rechenschaftspflichtige Regierung mit einer funktionierenden Gewaltenteilung; garantierte zivile und politische Rechte und Freiheiten; und eine aktive Zivilgesellschaft. Diese vier miteinander in Verbindung stehenden Segmente stellte er in einem Dreieck dar:



(Abbildung: The democratic Pyramide. In Beetham 1994: 30)

Hans-Joachim Lauth untersuchte verschiedene prozedurale⁸ Definitionen und verglich sie miteinander. Er kam zu einer Definition, welche die gemeinsamen Elemente der gängigen Definitionen abstrahierte und miteinander verband:

„Demokratie ist eine rechtsstaatliche Herrschaftsform, die eine Selbstbestimmung für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Sinne der Volkssouveränität ermöglicht, indem sie maßgebliche Beteiligung von jenen an der Besetzung der politischen Entscheidungspositionen (und/oder an der Entscheidung selbst) in freien, kompetitiven und fairen Verfahren (z.B. Wahlen) und die Chancen einer kontinuierlichen Einflussnahme auf den politischen Prozess sichert und generell eine Kontrolle der politischen Herrschaft garantiert“ (Lauth 2004: 100).

Seine Demokratiedefinition bezog sich auf die Funktionsweise der Demokratie, nicht auf ihr Institutionsdesign⁹. Er unterschied funktionierende und defizitäre Demokratien innerhalb der Kategorie Demokratie, die wiederum Teil der bekannten Kategorisierung in totalitäre, autoritäre und demokratische Regime war. Um Demokratie klar abzugrenzen, wurden totalitäre Regime mit der Abwesenheit bzw. Negation der zentralen Demokratiedimensionen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle beschrieben. Autoritäre Regime unterschieden sich von Demokratien und totalitären Systemen, indem sie diese Dimensionen zwar anerkannten, aber nicht ausreichend

⁸ Prozedurale Modelle reflektieren weitgehend die Charakteristika bestehender Demokratien. Im Vergleich dazu steht bei substantiellen Demokratiemodellen der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit im Zentrum (Vgl. Lauth 2004: 25 ff). die weitere Verwendung des Demokratiebegriffes in dieser Arbeit bezieht sich auf prozedurale Definitionen von Demokratie.

⁹ z.B. parlamentarische, präsidentielle, semi-präsidentielle Demokratie; zentralistische vs. föderale Demokratie und Mehrheitsdemokratie vs. Konsensdemokratie.

umsetzten. „Defizitäre Demokratien“ überschritten die Schwelle in die Demokratiekategorie, unterschieden sich aber noch deutlich von „funktionierenden Demokratien“, in denen alle drei Dimensionen ausreichend erfüllt waren. Für defizitäre Demokratien gab es weitere Subtypologien, wie z.B. „*Illiberale Demokratie*“¹⁰, „*Inegalitäre Demokratie*“¹¹ und „*unkontrollierte Demokratie*“¹² (Lauth 2004: 108-118).

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass sich einzelne Kriterien, Inhalte und Versuche der Operationalisierung der verschiedenen Definitionen zwar stark unterschieden, jedoch trotzdem ein allgemeiner Konsens über die zentralen Dimensionen der Demokratie ausgemacht werden konnte.

1.2.2 Theorien und Ansätze zu Demokratisierung und Demokratiemessung

Es gibt verschiedene Herangehensweisen zur Messung des Demokratiegrades und der Demokratisierung bzw. der Transition eines Staates. Durch die Verwendung verschiedener Indikatoren kamen die ForscherInnen zu unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Ergebnissen.

Die bekanntesten Projekte im Rahmen der Demokratiemessung stammen zu Beginn von Dahl (1956) und Lipset (1959), später von Hadenius (1992), Coppedge und Reinicke (1991), Bollen (1980), Gastil (Freedom House), Gurr und Jagers (Polity III), sowie Tatu Vanhanen mit seinen Studien über die 1980er und 90er Jahre. Diese Ansätze hatten als Gemeinsamkeit ihre vorwiegend quantitative Natur. ForscherInnen wie Beetham, Saward und Gasiorowski (u.a.), deren Konzeptionen qualitativ ausgerichtet waren, bildeten die Ausnahme (Lauth 2004: 237ff).

Hans-Joachim Lauth (2004) analysierte die gängigen prozeduralen Konzeptionen und konstatierte durch Abstraktion drei zentrale Dimensionen, die in allen gängigen Definitionen und Konzepten enthalten waren. Somit traf der Autor eine normative Vorentscheidung, schloss an den *mainstream* – Diskurs an und fasste den Stand der Diskursbildenden Forschung zusammen. Durch diese Analyse versuchte Lauth zu einer genauen Definition zu kommen, welche die Kernstücke der geläufigen Demokratiedefinitionen im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaften umfasste. Diese drei zentralen Dimensionen von Demokratie waren nach Lauth

¹⁰ defizitär in der Dimension der Freiheit .

¹¹ defizitär im Bereich der Gleichheit.

¹² defizitär im Bereich der Kontrolle.

Freiheit, Gleichheit und Begrenzung bzw. Kontrolle politischer Herrschaft (Lauth 2004: 17-31). Diese sollen nun näher beleuchtet werden.

Dimension der Gleichheit:

Es wurden die Konzepte von Dahl, Bollen, Coppedge/Reinicke und anderen AutorInnen untersucht und verglichen. Dahls Polyarchie-Konzept umfasste die zwei zentralen Dimensionen *'Inklusivität' ('participation')* und *'Wettbewerb' ('public contestation')*, die er in acht funktionsbedingende Kriterien unterteilte: „1. *Freedom to form and join organizations*, 2. *Freedom of expression*, 3. *Right to vote*, 4. *Eligibility for public office*, 5. *Right of political leaders to compete for support and for votes*, 6. *Alternative sources of information*, 7. *Free and fair elections*, 8. *Institutions for making government policies depend on votes and other expressions of preference*“ (Dahl 1971: 3. zit. in: Lauth 2004: 38).

Kenneth Bollen (1991: 6f, in: Lauth 2004: 33) griff Dahls Überlegungen auf und modifizierte die zwei Hauptdimensionen zu *'politischen Freiheiten'* und *'politischen Rechten'*, während Coppedge und Reinicke die Inklusionsdimension eliminierten (Coppedge/Reinicke 1991: 52, in: Lauth 2004: 33).

Basierend auf den Konzepten von Dahl (1971), Bollen (1991) und Coppedge/Reinicke (1991) u.a. stellte Lauth (2004: 54) fest:

„Zusammenfassend wird die Dimension der Gleichheit verstanden als politische Gleichheit, die auf der einen Seite eine faire formale Gleichbehandlung der Bürger durch den Staat (legaler Egalitarismus) einschließt und auf der anderen Seite allen Bürgern die Chance auf eine faire und effektive Mitwirkung an den demokratierelevanten formalen Institutionen ermöglichte (Input-Egalitarismus).“

Die Idee der substantiellen Gleichheit war in dieser Dimension nicht einbezogen; vielmehr wurde Chancengleichheit eher als Ziel formuliert, das sich nur auf die Garantie der Grundrechte beziehen konnte (Lauth 2004: 54).

Dimension der Freiheit:

Auf Grundlage der gängigen theoretischen Modelle und Definitionen¹³ von Demokratie fasste Lauth (2004: 76) bezüglich der Freiheitsdimension zusammen:

¹³ u. a. von Dahl 1971, Bleckmann 1998, Merkel 1994, Dworkin 1994, Hadenius 1992, Saward 1994, Offe 1994 und Diamond 1997.

„Die Dimension der Freiheit zielt auf die freie Selbstregulierung der Bürger in einem politischen Gemeinwesen. Der damit gegebene Zugang zur Herrschaft findet seinen Ausdruck in einer spezifischen Herrschaftsform. Diese beinhaltet den Transfer von Individualpräferenzen durch die Auswahl von politischen Entscheidungsträgern in einem kompetitiven, freien und fairen Verfahren, das auf Mehrheitsentscheidungen basiert, und schließt die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen Partizipation mit ein, die im Rahmen der Öffentlichkeit maßgeblich durch konkurrierende intermediäre Organisationen strukturiert wird. Die Beteiligung der Bürger an den relevanten politischen Verfahren, die auch direktdemokratische Beteiligungsformen einbeziehen können, und die Einflussnahme auf politische Entscheidungen werden durch die Existenz der hierzu notwendigen bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte garantiert.“

Die Souveränität des Volkes implizierte für Lauth, dass die gewählten politischen Entscheidungsträger mit der politischen Macht die Präferenzen des Volkes vertraten und nicht zu Marionetten anderer Interessensgruppen wurden. Gleichzeitig musste der Minderheitenschutz gegeben sein, um eine eventuelle Willkür bei Mehrheitsentscheidungen zu verhindern (Lauth 2004:76-77).

Dimension der Kontrolle:

Ableitend von den Überlegungen verschiedener Autoren, wie Beetham (1994), Vanhanen (1990), Pennock (1979), Sartori (1992) u.a. beschrieb Lauth die Kontrolldimension zweigeteilt in die zentralen Elemente rechtliche Kontrolle und politische Kontrolle (Lauth 2004:77ff).

„Kontrolle bildet die komplementäre Dimension von Freiheit und Gleichheit, indem sie die Chance skizziert diese beiden durchzusetzen und aufrechtzuerhalten [...]. Kontrolle ist kein Wert an sich und begründet sich nicht selbst, sondern fußt auf den normativen Grundlagen der Demokratie, in der Verteidigung der Freiheits- und Gleichheitsrechte. Erst in diesem Zusammenspiel erwacht ihr die Bedeutung einer eigenen Dimension [...]. Die Kontrolle ergibt sich somit unabwendbar aus der Begrenzung des Majoritätsprinzips und sie verweist zwingend darauf, dass ein maßgeblicher Impetus der Demokratie in der Beschränkung politischer Herrschaft liegt“ (Lauth 2004: 95).

Die rechtliche Kontrolle verfolgt das Ziel, die Machtausübung innerhalb rechtstaatlicher Bahnen ablaufen zu lassen und durch die Rechtssprechung zu begrenzen und zu überprüfen. Dies sollte durch die Justiz, die sich auf das geltende Recht bezieht, geschehen. Die politische Kontrolle wird durch politische Akteure, wie Parlament, parlamentarische Opposition und Prüfungsämter ausgeübt. Ziel ist die Begrenzung der Macht durch eine Gegenmacht und Transparenz; politische Entscheidungen müssen öffentlich gerechtfertigt werden und gegebenenfalls musste es zu einer Kurskorrektur bzw. einem Machtwechsel kommen. Maßstab und Methode der Kontrolle ist die Rechtsstaatlichkeit (Lauth 2004:77-96).

Lauths Analysen führten ihn zu folgender Aussage, über die zentralen Elemente einer Demokratie.

„Eine demokratische Herrschaftsform umfasst die Wahl der Regierungs- und Mandatsträger und die direkte Beteiligung an Entscheidungen, die kontinuierliche politische Partizipation von individuellen und kollektiven Akteuren, das Regierungshandeln (im Sinne der Herrschaftsweise) und dessen Kontrolle und somit auf der einen Seite einen zentralen, aber eher punktuellen Akt (der Wahl) und auf der anderen Seite den demokratischen Prozess über die gesamte Regierungsperiode [...]. Die Möglichkeit einer demokratischen effektiven Regierung setzt die Existenz eines Rechtsstaates voraus, der zugleich die Freiheits- und Gleichheitsrechte garantiert“ (Lauth 2004: 96-97).

Diese zusammenfassenden Überlegungen mündeten schließlich in seiner prozeduralen Definition¹⁴ von Demokratie.

Auch Samuel P. Huntington vertrat einen prozeduralen Zugang. Für ihn waren Wahlen die Essenz der Demokratie. *„The central procedure of democracy is the selection of leaders through competitive elections by the people they govern“* (Huntington 1991: 6). Er folgte der Tradition Schumpeters, welcher für ein Demokratiekonzept eintrat, dass auf der institutionellen Ausgestaltung basiert, sich durch freie, faire und periodische Wahlen messen lässt und sich von idealistischen oder utopischen Demokratiedefinitionen abgrenzt. Diese Ansicht setzte sich im vorherrschenden Diskurs in den 1970er Jahren durch. Huntington betonte jedoch, dass Zensur, Militärcoups, manipulierte Wahlen, Bedrohung der Opposition und Inhaftierung politischer Gegner mit „Demokratie“ nicht vereinbar wären. Dennoch begann die *„dritte Welle der Demokratisierung“*, 1974 in Portugal mit einem Militärputsch. Huntington entschied sich für eine dichotome Kategorisierung in *nicht-demokratische* und *demokratische bzw. semidemokratische* Staaten. Bei den nicht-demokratischen, autoritäreren Regimen unterschied er zwischen *Einparteiensystemen, totalitären Systemen, personenbezogenen Diktaturen, und Militärregimen* (Huntington 1991: 6-13).

Huntingtons Theorie über die Wellen der Demokratisierung entwickelte die Vorstellung, dass es weltweit zu drei Wellen der Demokratisierung gekommen sei. Diese waren teils auch von gegensätzlichen Bewegungen (*reverse waves*) begleitet. Die erste und lange Welle der Demokratisierung fand zwischen 1828 und 1926 statt und umfasste u. a. Länder wie die USA, Frankreich, Großbritannien, später auch Italien und Argentinien, insgesamt circa 30 Länder. Die erste *reverse wave* begann etwa 1922 und endete 1942 und beinhaltete hauptsächlich Länder in denen

¹⁴ Wurde in Kapitel 1.2.1 zitiert.

demokratische Prozesse erst in der Zeit des Ersten Weltkrieges gefestigt wurden. Die zweite, kurze der Welle der Demokratisierung fand ihren Anfang 1943 und endete 1962. Huntington zählt u. a. Länder wie Österreich, Japan, die Türkei, Peru, Indien, Israel, Botswana, und Gambia in diese Phase. Sie wurde zum Teil von der zweiten *reverse wave* (1958-1975) begleitet. Viele lateinamerikanische Länder (Peru, Brasilien, Ecuador, Uruguay, Bolivien, Argentinien, Chile etc.), aber auch Pakistan, die Philippinen, Nigeria, Griechenland und die Türkei bewegten sich von Demokratien hin zu nicht-demokratischen Prinzipien. Die dritte Welle der Demokratisierung beginnt 1974 und dauert nach Huntington jedenfalls bis in 1990er Jahre an. Diese letzte Welle umfasste rund 30 Länder die demokratisch geworden waren (z.B. Guatemala, El Salvador, Haiti, Namibia, Senegal, Bulgarien, die Dominikanische Republik etc). Die dritte Umkehrung bzw. *reverse wave* könnte mit der Übernahme nicht demokratischen Tendenzen in Haiti, Sudan und Suriname begonnen haben. Die „reverse waves“ ließen Zweifel an der Anwendbarkeit des Konzeptes auf „Entwicklungsländer“ entstehen. Huntingtons Demokratiekonzeption stellte die Freiheit des Individuums als besonderen Wert in den Vordergrund (Huntington1991: 14-27).

Für Saward, der einen qualitativen Zugang wählte, stand die Annahme im Zentrum, dass alle Staatsbürger dasselbe Recht haben, die politischen Abläufe ihrer Gemeinschaft mit zu entscheiden („equality assumption“); die politischen und administrativen Aktivitäten der Regierung müssen den Präferenzen der Mehrheit der Staatsbürger entsprechen bzw. mit ihnen übereinstimmen („responsive rule“). Sawards Annäherung an die Definition von Demokratie war ergebnisorientiert. Er kategorisierte die Eigenschaften von Demokratie in die fünf Bereiche *Grundfreiheiten, Staatsbürgerschaft und Partizipation, Administrative Kodizes und Richtlinien, Öffentlichkeit, und Soziale Rechte* und ordnete ihnen weitere Eigenschaften zu, die als Indikatoren angesehen werden konnten. (Saward 1994: 13-14).

Die *Grundfreiheiten* bzw. Rechte bestünden aus Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, Bewegungsfreiheit, Organisationsfreiheit (Bildung von Vereinen und Verbänden), Gleichbehandlung aller BürgerInnen vor dem Gesetz und Freiheit der Religionsausübung. Die Kategorie *Staatsbürgerschaft und Partizipation* beschäftigte sich mit dem Zugang und den gleichen Rechten der Bevölkerung z.B. für politische Ämter zu kandidieren und an Wahlen und Referenden teilzunehmen. Ein Aufbau des

Wahlsystems, der zulasse, dass Wahlen in bestimmten Intervallen regelmäßig abgehalten werden und Wettbewerb zwischen den Parteien zugelassen wird, sei wünschenswert. Die Entscheidungsmechanismen müssten so standardisiert sein, dass die Entscheidung der Bürger ausschlaggebend sei und gleichzeitig den Grundrechten entspreche. Im dritten Bereich, der *Administration*, wären angemessene Kodizes für Angestellte von öffentlichen Ämtern erforderlich; die zeitgerechte Umsetzung von Entscheidungen müsse offengelegt werden. Institutionalisierte Entschädigungs- und Berufungsmechanismen müssten gegeben sein. Die Informierung der *Öffentlichkeit* über staatliche Angelegenheiten durch öffentliche Bekanntmachung von Entscheidungen, wichtigen Themen, Argumenten, Möglichkeiten und Ergebnissen in ständigen formellen Prozessen sei essentiell. Im Bereich der *Sozialen Rechte* erwähnte Saward das Recht auf adäquate Gesundheitsversorgung und Ausbildung jedes Bürgers (Saward 1994: 15-17).

Beetham, der Demokratie in die vier Dimensionen: öffentliche, freie und unabhängige Wahlen; eine aufrichtige und rechenschaftspflichtige Regierung mit einer funktionierenden Gewaltenteilung; garantierte zivile und politische Rechte und Freiheiten; und eine aktive Zivilgesellschaft unterteilte, stellte u. a. folgende Fragen zu den vier Segmenten, um sich der Messbarkeit von Demokratie anzunähern: Stehen die Wahlen im Zeichen des offenen Wettbewerbs zwischen den kandidierenden Akteuren? Sind sie allgemein zugänglich, geheim, fair und frei von Bestechung? Wird der Zugang der Bevölkerung zu unabhängigen Gerichten sichergestellt und existiert eine funktionsfähige Gewaltenteilung? Sind politische und zivile Rechte und Freiheiten rechtlich verankert und werden sie auch umgesetzt? Werden die Staatsangehörigen über ihr Rechte und Freiheiten informiert, und wie verbreitet ist die politische Partizipation? Wie effektiv sind die Organisationen der Zivilgesellschaft und wie frei und unabhängig können diverse Medien agieren? (Beetham 1994: 36-39).

Wie bei Saward waren auch Beethams Überlegungen zum Demokratiebegriff zielorientiert. Er lehnte daher eine Auslegung des Begriffs in unterschiedliche Arten der Demokratie, wie sie beispielweise Schumpeter vorschlug, ab. Schumpeter unterschied zwischen dem Modell einer Idealdemokratie und einer realen, auf den existierenden Institutionen aufbauenden Demokratiekonzeption (Schumpeter 1952: Kap.22. in: Beetham 1994: 26). Viele Autoren griffen diese Unterscheidung auf und modifizierten sie.

Im Bereich der Demokratiemessung und der Analysen über den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung sind besonders Vanhanen, Coppedge und Reinicke, Bollen, Hadenius, Gurr und Jagers (Polity), Gastil (Freedom House) Lijphart, und Diamond, Gasiorowski, sowie Errson und Lane zu nennen.

1.3 Diskursverlauf `Demokratie und Entwicklung`

Innerhalb der letzten Dekaden beschäftigten sich viele Studien und empirische Analysen mit dem Verhältnis von Demokratie und Entwicklung. Es wurden sowohl die Auswirkungen von Entwicklung auf Demokratie als auch vice versa die Effekte der Demokratie auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung untersucht. Dabei wurden im Laufe der 50er und 60er Jahre die analysierten Variablen mit der Modernisierungstheorie erklärt. Die Meinungen, ob und wie Demokratie und Entwicklung sich gegenseitig beeinflussen, waren jedoch auch hier unterschiedlich. Muno meinte, dass in den verschiedenen Studien zwei kontroverse Hypothesen entstanden wären; einerseits die optimistische Konvergenzhypothese und andererseits die pessimistische Divergenz- bzw. Konflikthypothese. Ein wesentlicher Vertreter der optimistischen Konvergenzhypothese war Seymour Martin Lipset. Die optimistische Konvergenzhypothese stand in der Tradition von klassischen Modernisierungstheorien wie beispielsweise Rostow und Lipset. Politische Entwicklung und wirtschaftliche Entwicklung mit den Zielen Demokratie und Marktwirtschaft standen in positiver Beziehung zueinander. Lipsets Arbeiten gelten als der Ausgangspunkt des modernisierungstheoretischen Diskurses über das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung (Muno 2001:1-4).

„Wirtschaftliche Entwicklung, so Lipset, bewirke eine Zunahme von Wohlstand, Bildung, Urbanisierung, besserer Kommunikation und materieller Gleichheit, eine sozioökonomische Entwicklung, die eine größere Mittelschicht entstehen ließe, welche nun toleranter, moderater und für extremistische oder demagogische Ideologien weniger empfänglich und somit demokratieförderlich sei“ (Muno 2001: 6).

Lipset ging also davon aus, dass ökonomische Entwicklung, die zu sozioökonomischer Entwicklung führen solle, die Voraussetzung für Demokratie sei. Er konstatierte: *„Das Einkommensniveau eines Landes hat ferner einen Einfluß auf die Empfänglichkeit dieses Landes für demokratische Regeln“* (Lipset 1962: 58).

Kritisiert wurde Lipset später, weil er aus einem beobachteten Zusammenhang Kausalität schloss (Muno 2001: 6).

Für Barrington Moore war das Vorhandensein einer starken bürgerlichen Klasse eine wichtige Voraussetzung für Demokratisierung. „*Ohne Bourgeoisie keine Demokratie*“ (Moore 1969. zit. n. Muno 2001: 8).

Wie die optimistische Konvergenzhypothese knüpfte auch die pessimistische Divergenzhypothese an die Arbeiten einiger klassischer Modernisierungstheoretiker, wie beispielsweise Löwenthal und Huntington, an. Die Divergenzhypothese sah Demokratie und Entwicklung als zwei divergierende bzw. in negativer Beziehung stehende Prinzipien. Löwenthal brachte seine Meinung mit folgendem Satz auf den Punkt: „*Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt*“ (Löwenthal 1963: 266f. zit. n. Muno 2001: 8). Auch Huntington meinte, dass Demokratie in Entwicklungsländern die Entwicklung hemme und autoritäre Regime die bessere Staatsform für „unterentwickelte“ Länder seien (Huntington 1968 zit. n. Muno 2001:10). Auch die lateinamerikanischen Dependenztheorien können der pessimistischen Hypothese zugeordnet werden (Muno 2001: 11).

Auch neuere Studien, größtenteils aus den 1990er Jahren, untersuchten den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung. Die meisten Studien knüpfen an die Ansätze der älteren Arbeiten an. Erwähnenswert sind vor allem die Studien von Errson und Lane (1996), Leblang (1997) Vanhanen (1997), Gasiorowski (2000), Burns (2000) und Przeworki et al (2000), aber auch die 1992 erschienenen Arbeiten von Hadenius und Diamond (Muno 2001: 47).

Leblangs Studie (1997) war eine Zeitreihenanalyse von 1960 bis 1989 und umfasste 91 Länder der sogenannten „1. und 3. Welt“. Er maß Entwicklung anhand sozioökonomischer Faktoren und Demokratie mithilfe des Polity II Index. Das Polity Projekt wurde von Jagger und Gurr entwickelt; es umfasste eine Demokratie- und Autokratieskala. Leblang folgerte, dass ein positiver Kausalzusammenhang bestand, da Demokratie Entwicklung fördere: „*it is clear that democracy has a positive effect on economic growth*“ (Leblang 1997: 43. zit. n. Muno 2001: 25). Auch Burns kam zu dem Schluss, dass sozioökonomische Entwicklung Demokratie fördere, aber nur wenn die Einkommensungleichheit sinken würde, ansonsten wäre das Wirtschaftswachstum behindert.

„*They [the findings] show that although an increased level of political and democratic freedom in a country has the potential to facilitate economic growth, this is only possible in a climate of decreasing income inequality. Increased democratic freedom working simultaneously with increased income inequality stifles, at a statistically significant level, economic growth*“ (Burns 2000: 23. zit. n. Muno 2001: 27).

Ein rein ökonomisches Entwicklungskonzept stehe in keinem Zusammenhang mit Demokratie. Burns analysierte also sowohl ökonomisch als auch sozioökonomisch und maß Demokratie mithilfe des Freedom House Datensatzes. Seine Zeitreihenanalyse (1979-1988) beinhaltete 113 Länder weltweit. Anderer Meinung war Gasiorowski (2000). Er untersuchte in seiner Zeitreihenanalyse (1968-1991) 49 „Dritte-Welt-Länder“ rein ökonomisch und Demokratie mit dem weiterentwickelten Polity III Index und folgte, dass Demokratie Entwicklung hemme. Er stand somit in einer Linie mit den Ansichten Huntingtons und Löwenthals, die heute jedoch nur noch von wenigen Wissenschaftlern vertreten werden. Errson und Lane analysierten in ihrer 1996 erschienen Studie 130 Länder weltweit. Ihre Zeitreihenanalyse (50er – 90er Jahre) legte den Schwerpunkt auf die 1980er Jahre und verwendete zur Demokratiemessung ebenfalls den Polity II Datensatz. Entwicklung wurde ökonomisch und sozioökonomisch gemessen. Bei der rein ökonomischen Messung stellten sie keinen Zusammenhang der untersuchten Variablen fest; bei der sozioökonomischen Messung kamen sie zu dem Schluss, dass eine positive Korrelation bestand. Sie machten allerdings keine Aussagen über Kausalzusammenhänge, konstatierten jedoch, dass Demokratie kein Hemmnis für Entwicklung sei und vertraten somit eine Gasiorowski gegenüber divergente Ansicht. Diamond untersuchte 142 Länder weltweit in Form einer Zeitpunktanalyse (1989/90). Er maß Entwicklung sowohl rein ökonomisch als auch sozioökonomisch und Demokratie anhand der Daten des Freedom House und kam zu dem Ergebnis, dass Entwicklung Demokratie fördere.

*“[S]ocioeconomic development promotes democracy in two senses. Where democracy already exists, sustained development contributes significantly to its legitimacy and stability, especially in the early life of the regime. Where democracy does not exist, it leads (sooner or later) to the eventually (if not initially) **successful** establishment of democracy” (Diamond 1992: 125 [Hervorhebung Diamond], zit. n. Muno 2001: 22).*

Somit knüpfte er an Lipsets Ansicht und den verbreiteten Diskurs der 1960er Jahre an. Tatu Vanhanen untersuchte 1997 in einer Zeitreihenanalyse von 1850 bis 1993 172 Länder weltweit, erstellte zur Messung von Demokratie einen eigenen Index und seine Konzeption von Entwicklung war sozioökonomisch. Seine Kernaussage bestand in der Annahme, die Verteilung von Machtressourcen führe zu Demokratie (Muno 2001: 19-47). Vanhanens zentrale Definition und Hypothese lautete wie folgt: *„Briefly defined, democracy is the government of the many, and autocracy is the*

government of the few. The concentration of power resources leads to autocracy, and the distribution of power resources among the many leads to democracy" (Vanhanen 2003: 28). Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung war für Vanhanen jedoch stets abhängig von der Verteilung der Machtressourcen. Er argumentierte: *„According to my theoretical argumentation, economic development or modernization furthers democracy only to the extent that it causes various socio-economic power resources to become more widely distributed among different sections of the population"* (Vanhanen 2003: 132). Vanhanen, der als Professor für Politikwissenschaften in Finnland arbeitete, ging davon aus, dass sich wirtschaftliche Entwicklung – bis auf einige Ausnahmen – positiv auf sozioökonomische Faktoren auswirkt, falls die entsprechenden Mittel weitreichend verteilt werden. Dies treibt wiederum Demokratisierung voran.

Bleibt noch Hadenius, der wie Diamond eine Zeitpunktanalyse des Jahres 1988 vornahm. Er entwickelte ebenfalls einen eigenen Index, mit dessen Hilfe er Demokratie maß; Entwicklung wurde anhand sozioökonomischer Daten in 132 Staaten der „3. Welt“ gemessen. Hadenius kam aber zu keinen aussagekräftigen Ergebnissen (Muno 2001: 19-47).

1994 schrieb Hadenius jedoch: *“According to the theory of modernization, which is here at issue, development in these areas will bring about a general change of society that will promote democratic rule"* (Hadenius 1994: 75). Er bezog sich auf die ehemaligen britischen Kolonien, als er im modernisierungstheoretischen Kontext darlegte, dass Entwicklung demokratische Herrschaft begünstigen würde. In seinen Ausführungen griff er unter anderem auf die Arbeiten von Apter (1987: 25), Randall und Theobald (1985: 18-21) und Pennock (1979: 223-232) zurück. Er meinte, dass ein höherer Ausbildungsstand innerhalb der Bevölkerung zu mehr Offenheit und Toleranz führen könne und den Individuen der Gesellschaft mehr Möglichkeiten bieten würde, sich über politische Angelegenheiten zu informieren. Dieser Umstand könne zu Intensivierung der politischen Partizipation führen, welche sich zum Beispiel in einer höheren Wahlbeteiligung und vermehrten Partei- und Vereinsaktivitäten äußern könnte. Wenn diese Bildung der Bevölkerung mit Industrialisierung einherginge, die nach Hadenius in größerem Wohlstand münden würde, bekämen vormals ausgeschlossene Gruppen mehr Mitspracherecht in politischen Agenden wie auch im öffentlichen Bereich. Der erwartete wirtschaftliche Fortschritt und damit der Anstieg des nationalen Kapitals könnte durch Umverteilung

zu einer Entspannung zwischen konkurrierenden Gruppen führen. Dies wäre die Basis für ein friedliches, Konflikt-lösendes Zusammenleben, welches die „Demokratie“ impliziere (Hadenius 1994: 75-76).

Hadenius steht also wie Diamond in der Tradition des in den 1960er Jahren beginnenden Diskurses, der von der Annahme geprägt war, dass Entwicklung zu Demokratie führt.

Auch Meddi Mugenyi (1988: 179) kam zu der Ansicht, dass sich Entwicklungsländer zuerst ihrer Entwicklung und erst dann der Etablierung der Demokratie widmen sollten: *„Our proposition is that democracy, however defined, comes in small instalments behind development. We suggest that democracy comes in to protect the accomplishments of development. From this perspective the sequence is straight forward. Development first, democracy second”* (Mugenyi 1988: 179).

Muno fasste zusammen, dass - neben der grundsätzlichen Problematik statistischen Materials - die größten Probleme, die zu den unterschiedlichen Ergebnissen im Bereich der Studien über das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung führten, das Forschungsdesign sowie die jeweiligen Definitionen und Operationalisierungen von Entwicklung und Demokratie waren. Weiters war es je nach WissenschaftlerIn unterschiedlich, welche die abhängige und welche die unabhängige Variable war. *„Obwohl sich alle Autoren auf die Modernisierungstheorie à la Lipset bezogen, untersuchten Errson/Lane, Leblang und Gasiorowski die Auswirkungen von Demokratie auf Entwicklung, Diamond, Hadenius und Vanhanen die Auswirkungen von Entwicklung auf Demokratie, Burns und Przeworski et al. untersuchten beide Richtungen“* (Muno 2001: 40).

Die AutorInnen stellten in ihren Ergebnissen Korrelationen positiver wie negativer Art, sowie zum Teil auch Kausalbeziehungen fest. Kritisch seien vor allem die Zeitpunktanalysen zu behandeln, besonders dann, wenn Kausalschlüsse daraus gezogen wurden, wie Diamond es in seiner Untersuchung praktizierte. Einig waren sich viele Wissenschaftler jedoch, dass es nach nun mehr als vierzigjähriger Forschung wenig gesicherte Erkenntnisse über den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung gebe. Kritische Stimmen plädierten daher für ein tieferes Verständnis des Untersuchungsgegenstandes durch mehr qualitative Studien (Muno 2001: 40-49). Der Nobelpreisträger Amartya Sen betrachtete Demokratie als komplexes Phänomen, welches äußerst wichtig für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit sei. Er schloss jedoch auf keinen Kausalzusammenhang, sondern

betonte, dass neben institutionellen Aspekten, viele weitere Faktoren ausschlaggebend seien (Sen 1999 b).

Liang-chih Evans Chen kategorisierte die Kausalzusammenhänge zwischen Demokratie und Entwicklung in seinem Text *„Development First, Democracy Later? Or Democracy first, Development Later? The Controversy over Development and Democracy“* in fünf theoretische Modelle, welche sich für ihn anhand der Durchsicht der relevanten Literatur ergaben. Er unterteilte in: „1) *development first, democracy later [...]*, 2) *political change process*, 3) *development not leads to democracy*, 4) *democracy first, development later*, and 5) *democracy not matters in development“* (Chen 2007: 1). Zum ersten Punkt zählte Chen Modernisierungstheoretiker wie Lipset; zu Punkt zwei Autoren wie Huntington; der dritte bezog sich auf den Fall China; Vertreter dieser Ansicht waren Bruce Bueno de Mesquita und George Downs. Als Vertreter der These *‘democracy first, development later’* (viertens) führte Chen Joseph Siegle, Michael Weinstein und Morton Halperin an. Punkt fünf wurden zum Beispiel die wissenschaftlichen Arbeiten von Przeworski und Limongi zugeordnet (Chen 2007: 1ff).

Siegle, Weinstein und Halperin gingen davon aus, dass demokratische Systeme bei der Messung von Entwicklung wesentlich besser abschneiden als undemokratische: *„they argue that the democracy should be the precondition for development and promoting democracy is the approach strategically to reach prosperity, development, security, and piece (Siegle, Weinstein, and Halperin 2004 and 2005)“* (Chen 2007: 23). Folglich sollten Geberländer die Strategie verfolgen, in Entwicklungsländern Demokratie zu fördern, statt ökonomische Entwicklung zu forcieren. So wiesen die Autoren auf Gefahr und Ausmaß hin, welche sich durch die Anwendung einer „falschen“ Strategie ergeben können:

„Dispelling the “development first, democracy later“ argument is critical not only because it is wrong but also because it has led to atrocious policies- indeed, policies that have undermined international efforts to improve the life of hundred of millions of people in the developing world“ (Siegle et al. 2004:1).

Mit der Aussage: *“development-first strategy perpetuates a deadly cycle of poverty, conflict and oppression“* verdeutlichten sie ihren Standpunkt (Siegle/Weinstein/ Halperin 2004: 1).

Im Gegensatz dazu meinte Mick Moore (1996), der sich der Ansicht *‘development first, democracy later’* anschloss, dass es fatale Folgen hätte, die von Siegle et al. präferierte Strategie zu verfolgen:

“Donor governments have increasingly made ‘adoption of democratic forms of rule a condition of eligibility for aid.’ This is controversial for the reason that ‘if democracy is indeed the consequence of economic development, rather than either a contributor to it or an unrelated phenomenon, then it would be perverse and unreasonable to require that developing countries adopt democracy in order to become eligible for the aid intended to help them develop economically’ (Moore 1996: 37 in Vanhanen 2003: 20)

Demokratisierung konditional an Entwicklungshilfegelder zu knüpfen ist also nach Moore kontraproduktiv und unangemessen (Moore 1996).

Dies geschah jedoch zunehmend im Bereich der vom Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank dominierten Entwicklungspolitik. Während der IWF sich früher auf rein ökonomische Aspekte konzentrierte, erkannte er in den letzten Jahren zunehmend die Wichtigkeit von nicht-ökonomischen Faktoren an und fokussierte sich hier auf Demokratisierung. Der Autor Thomas I. Palley äußerte, dass seit der Reform bzw. Kursänderung des IWF dieser Demokratisierung stark fördere, da sie einen positiven Einfluss auf das Wachstum eines Landes habe, was sich wiederum positiv auf die Demokratisierung auswirken würde; eine gegenseitige Wechselbeziehung bzw. ein positiver Kreislauf, in der laut Palley eine offene und demokratische Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielt (Palley 2003).

Daniel Kaufmann, Direktor der *global governance* Abteilung des Weltbank Institutes, meinte, Demokratisierung hätte längerfristig gesehen einen positiven Einfluss auf wirtschaftliche Entwicklung (Kaufmann 2008). Papa Demba Thiam, Mitarbeiter der Weltbank, schrieb: *„[S]ustainable development can only happen in situations of true democratic development”* (Thiam 2007). Demokratisierung schien also aus Sicht der VertreterInnen der Weltbank essentiell für nachhaltige Entwicklung zu sein.

Die Europäische Kommission beschäftigte sich mit Fragen um Strategien und Implementierung von Demokratie, da sie in ihrem Menschenrechts-geleiteten Verständnis von Entwicklung ebendiese durch Verletzungen der demokratischen Ordnung gefährdet sah. Den Kontext des Themas bildeten innerhalb der EU Menschenrechte, Konfliktprävention und Terrorismusbekämpfung (Europäische Kommission 2008).

Auch Mark Malloch Brown, Chef des Kabinetts des UN Generalsekretärs und vormals UNDP Administrator, betonte die Wichtigkeit von Demokratie im Kontext von Entwicklung: *„Democratic Governance is the glue that holds all other development priorities set out across the MDG’s together“* (Brown o.J.). Auf derselben Homepage auf der Browns Statement zu lesen war, befand sich auch ein Zitat der führenden

Weltpolitiker vom World Summit 2005. Diese konstatierten: „*We acknowledge that good governance and the rule of law at national and international levels are essential for sustained economic growth, sustainable development and the eradication of poverty and hunger*” (World Leaders at the 2005 World Summit).

Rechtstaatlichkeit und *good governance* sind wesentliche Prinzipien von Demokratie. Demokratie als zwingende Voraussetzung für Entwicklung zu bestimmen, ist aufgrund des wirtschaftlichen Booms in mehreren asiatischen Ländern kaum haltbar. Dennoch scheint es, als sei die „Gebergemeinschaft“ zur Jahrtausendwende, trotz der widersprüchlichen wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse, zu dem Schluss gekommen ist, dass Demokratie unverzichtbar für nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum sei und daher vorangetrieben werden müsse. Diese Strategie und ihre Umsetzung bedeuteten eine wesentliche Kursänderung, da bis in die frühen 1990er Jahre vor allem auf wirtschaftliche Entwicklung innerhalb entwicklungspolitischer Sphären fokussiert wurde. Erstaunlich ist einerseits, dass trotz stetig zunehmender Einkommensungleichheit, überaus asymmetrischen Verhältnissen, wirtschaftlichen Krisen und der geringen Erklärungskapazität der dominanten Theorien, viele der Autoren und Autorinnen die Phänomene im Kontext der Modernisierungstheorie analysierten und weiterhin davon ausgingen, dass wirtschaftliche Entwicklung sozioökonomische Entwicklung bewirke. Erstaunlich ist andererseits, dass, ungeachtet der vielen wissenschaftlichen Studien, die Entwicklung weiterhin als ursächlich für Demokratieentwicklung ansehen, der vorherrschende Diskurs der „Gebergemeinschaft“ dem genau entgegengesetzt war. Demokratisierung wurde zur Konditionalität für Entwicklungshilfegelder und andere Finanzflüsse gemacht.

2. Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse in Afrika

„One of the factors that has significantly contributed to the lack of social progress in Africa is not that it is too marginalized in international relations, commerce, trade, financial capital and technology, but that it is too highly integrated into the global economy. The nature of Africa's integration and its openness are among the most important reasons for the underdevelopment of the continent. Thus, the logical consequence of my reasoning is that Africans should invent their own form of democracy as a means for social progress” (Lumumba-Kasongo 2005a:5).

Im ersten Kapitel dieser Arbeit standen Definitionen und Theorien über Demokratie und Entwicklung im Zentrum. So wurden engere und weitere Definitionen, minimalistische und umfassende Konzepte, Modelle und Theorien vorgestellt. Welche Konzepte und Ansätze wurden umgesetzt? Welche Prozesse fanden am afrikanischen Kontinent bezüglich Demokratie und Entwicklung statt und bestehen AutorInnen, die diese analysieren, auf die Beibehaltung der gängigen Definitionen oder verändert sich die Herangehensweise im afrikanischen Kontext? Um all diese Fragen zu beantworten, soll nun ein kurzer Überblick über entwicklungs- und demokratierelevante Ereignisse der letzten Jahrzehnte in Afrika und dessen Interaktionen mit der „industrialisierten Welt“ folgen.

Die Aktualität von Entwicklung und Demokratisierung in Afrika ist stets gegeben, da die großen Probleme des Kontinents, wie Armut, Hunger, schlechte Gesundheitsversorgung und eine hohe Sterblichkeitsrate durch diverse Krankheiten, aber auch fehlende Bildung, Ungleichverteilung, Korruption und die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen, in den letzten Jahrzehnten nicht bewältigt werden konnten. Diese Probleme sind eng mit den Phänomenen Demokratie und Entwicklung bzw. mit deren Fehlen verknüpft.

2.1 Entwicklungsprozesse in Afrika

Der postkoloniale afrikanische Staat unterschied sich in vielerlei Hinsicht nicht sehr von seinem kolonialen Vorläufermodell. So war die Wirtschaft vor und nach der Unabhängigkeit meist statisch, die Staatsmacht konzentriert und Zwang bzw. Gewalt ausübend und die Organisationen der Zivilgesellschaft waren schwach. Unter der Kolonialherrschaft wurden fast alle afrikanischen Staaten landwirtschaftlich in die

Monokultur getrieben. Die Bevölkerung, welche vorher zumeist für den eigenen Bedarf und den lokalen Markt produziert hatte, wurde unter anderem durch die Einführung von Steuern in die Lohnarbeit gedrängt oder zur Zwangsarbeit herangezogen. Absolutismus und Willkür der Staatsmacht waren kennzeichnend für die koloniale Politik. Jedoch bedienten sich auch nach der Unabhängigkeit viele afrikanische Staatsoberhäupter dieser Mechanismen. So kamen oft jene afrikanischen Herrscher in direkter Nachfolge zu den Kolonialherren an die Macht, die sich als loyal erwiesen hatten und bei denen man die kolonialen Interessen weiterhin als gesichert vermutete. Akkumulation und Monopolisierung der Staatsmacht durch die führende politische Elite gingen in den ersten Dekaden nach der Unabhängigkeit oft mit zunehmender Militarisierung einher (Ake 1996: 2-6).

Trotz intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema Entwicklung innerhalb der letzten drei Dekaden kam es in Afrika Mitte der 1990er Jahre zu einem wirtschaftlichen Stillstand bzw. Rückgang, was sich unter anderem in niedrigeren Realeinkommen, schlechter Infrastruktur, armseligen Gesundheitsaussichten und Mangelernährung ausdrückte (Ake 1996: 1). Obwohl Entwicklung seit den 1960er Jahren zur Hauptpriorität der afrikanischen Staaten wurde, stagnierten deren Wirtschaften oder litten unter Regression. Gründe für diese Situation, waren unter anderem immer wiederkehrende Dürreperioden und das Fehlen politischer Stabilität, da sich die ökonomische Situation unter stabilen Bedingungen gleichmäßiger entwickeln kann. Ein weiterer wesentlicher Faktor war die teilweise unangemessene Eignung und Implementierung von nationalen Entwicklungsplänen. Die Administration von Entwicklungsplänen hing von Faktoren wie dem Typ des Planes, der Art und der Ideologie der jeweiligen politischen Parteien und des Regierungssystems ab. Von diesen Faktoren hing es im Wesentlichen ab, welche Institutionen und Personen in der Planung, Umsetzung und Evaluierung involviert waren und inwieweit die Regierung mitwirkte. Demokratisierung und Partizipation beim Planen und bei der Umsetzung von Entwicklungsplänen sind für einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess zentral (Ayoade 1983: 61-68).

Entwicklung wurde also ab den 60er Jahren zum neuen Schlagwort der politischen Eliten und so wurde alsbald die Unabhängigkeitsideologie durch die Entwicklungsideologie ersetzt, die den Mächtigen eine Rechtfertigung für die Erhaltung und Reproduktion ihrer dominanten Position gab. Gleichzeitig war es nun möglich, politisch Andersgesinnte zu kriminalisieren und zu verfolgen sowie das

Einparteiensystem im Namen der Entwicklung zu etablieren und zu verfestigen. Dies argumentierten die Machthaber damit, dass für die Erreichung von Entwicklung Einigkeit und Disziplin notwendig seien. Die politische Führung war nicht am Wohl der Bevölkerung, sondern an der eigenen Bereicherung interessiert. Ganz nach dem neoklassischen Paradigma wurde Entwicklung in den meisten Fällen auf wirtschaftliches Wachstum reduziert. Mit der Zeit verschlechterte sich die ökonomische Situation vieler afrikanischer Staaten zunehmend, während sie gleichzeitig immer abhängiger von externen Akteuren wurden, welche größtenteils weiterhin die neoklassische Strategie verfolgten (Ake 1996: 7-12).

Die modernisierungstheoretischen Entwicklungsrezepte der internationalen Gemeinschaft für Afrika führten während jahrzehntelang versuchter Umsetzung eher zu Verschlechterungen der soziökonomischen Situation. Aber auch Versuche dependenztheoretischer Ansätze, wie die Importsubstituierende Industrialisierung und autozentrierte Entwicklung, scheiterten in Afrika und konnten sich langfristig nicht durchsetzen (Ansprenger 1996).

Entwicklung wurde einerseits, seitens der Eliten als autonomer Prozess dargestellt, unabhängig von institutionellen Rahmenbedingungen, Kultur und Politik, was den politischen Führern einen immensen Spielraum zugestand, andererseits wurde der historische Hintergrund der Entwicklung der Industrienationen und des Entwicklungskonzepts völlig ausgeblendet. Entwicklungsagenturen und multilaterale Geberinstitutionen galten als Experten, priesen den Entwicklungsstand, die gesellschaftlichen Werte und Normen in den „entwickelten“ Ländern als erstrebenswert an und problematisierten traditionalistische Gesellschaften (Ake 1996: 12).

Statt das Entwicklungsparadigma zu hinterfragen, wurde immer öfter das afrikanische Volk seitens der „ExpertInnen“ als Entwicklungshemmnis dargestellt.

„The impression was given that Africans, particularly the rural people, are, by virtue of being themselves, enemies of progress, including their own progress, for it is their own peculiar characteristics that sustain their underdevelopment. [...] taking this position makes the people and their culture problematic rather than the process of development itself. By failing to question the development process and the development goal, the development paradigm undermines the scientific value of the concept of development and produces only tautologies and circularities” (Ake 1996: 15).

Die bäuerliche Bevölkerung geriet ins Kreuzfeuer der Kritik und wurde als irrational und unwissend in Bezug auf wirtschaftlichen Fortschritt dargestellt. Weiters wurde kritisiert, dass für viele Bauern und Bäuerinnen die Nahrungsbedürfnisse ihrer

Familien und nicht die Maximierung der landwirtschaftlichen Erträge im Vordergrund standen (Binns 1994: 4).

Während und nach der Dürreperiode Ende der 1960er/ Anfang der 1970er Jahre beschäftigten sich verschiedene internationale Organisationen erstmals mit Konzepten zur *Ländlichen Entwicklung* in Afrika. Neben den Vereinten Nationen (UN), der Food and Agricultural Organization (FAO), der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) u. a. erstellte auch die Weltbank eine Strategie zur ländlichen Entwicklung und propagierte, dass dadurch die Massenarmut, speziell in ländlichen Regionen, direkt bekämpft werden würde (Krings 1978: 117-119). Strategien zur ländlichen Entwicklung waren jedoch stets durch unterschiedliche Interessen geprägt. Die Politik war so ausgerichtet, dass die Produktion der ländlichen Bevölkerung immer weiter in das kapitalistische System eingebunden wurde; statt den produzierenden Bauern und Bäuerinnen konnte meist die Elite einen Mehrwert daraus beziehen (Ake 1996: 64). Binns kritisierte, dass die Entwicklungsstrategien für den landwirtschaftlichen Bereich mit zu technologisierten Herangehensweisen konzipiert wurden, welche den Import von diversen Maschinen, Pestiziden, Düngern etc. voraussetzten. In weiterer Folge lagen die importierten Maschinen brach, da der Import von Ersatzteilen und die Reparatur einerseits Fachwissen und andererseits Kapital erforderte. Viele der gutgemeinten Strategien waren schlichtweg ungeeignet (Binns 1994: 4).

Die Zeit der großen Konferenzen, Komitees und der strategischen Ausarbeitung von Entwicklungsplänen¹⁵ für Afrika änderte nicht viel an dessen Situation. Der wohl bekannteste strategische afrikanische Plan bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas aus dieser Periode ist der „*Lagos Plan*“¹⁶, welcher von Claude Ake als „*the most comprehensive and systematic statement of the vision of Africa's leaders on the development of Africa*“ (Ake 1996: 22) beschrieben wurde. Der Lagos Plan entwickelte sich zur klassischen afrikanischen Entwicklungsstrategie. Kurz darauf, 1981, entwickelte die Weltbank eine Strategie namens „*Accelerated Development in Sub-Saharan Africa: An Agenda for Action*“, welche die Ansätze der

¹⁵ Die United Nations Economic Commission for Africa (UNECA), die Organization for African Unity (OAU), Konferenzen der afrikanischen Staatsoberhäupter, die Bretton Woods Institutionen u.a. beschäftigten sich in vielen Konferenzen mit der Ausarbeitung diverser Strategien zur Ankurbelung der Entwicklung am afrikanischen Kontinent (Ake 1996: 21-25).

¹⁶ Der *Lagos Plan of Action for the Implementation of the Monrovia Strategy for the Economic Development of Africa* wurde zwischen 1973 und 1980 in mehreren von der OAU und der UNECA organisierten Konferenzen vorbereitet und schließlich 1980 in Lagos von den afrikanischen Staatsoberhäuptern und Regierungen angenommen (Ake 1996: 22).

Bretton Woods Institutionen widerspiegelte. Die beiden Strategien waren äußerst gegensätzlich. Während der Lagos Plan auf das Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit hinwies und mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit forderte, sah die Weltbank die Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation Afrikas vor allem in internen Faktoren, wie der landwirtschaftlichen Krise, dem Klima, Überproduktion und dem Fehlschlagen politischer Strategien, und schlug als Lösung ein freies Einwirken der Marktkräfte vor. OAU und UNECA beschrieben *Accelerated Development* als Strategie, die sich gegen die afrikanischen Interessen wendet (Ake 1996:22-25). In den folgenden Jahren wurden von der OAU und der UNECA andere Programme, wie zum Beispiel das *Africa's Priority Programme for Economic Recovery, 1986-1990* (APPER) und das *United Nations Programme of Action for African Economic Recovery, 1986-1990* (UNPAAERD) ausgearbeitet; spätestens jedoch, als die Bretton Woods Institutionen die Idee der Strukturanpassungsprogramme (SAP's) in den 1980er Jahren einbrachten, mussten jegliche andere Ansätze dieser Strategie weichen. Trotz der vehementen Ablehnung der Strukturanpassungsprogramme durch die meisten afrikanischen Staatsführer, nahmen die meisten sie nach und nach an, um ihre Geldgeber nicht zu verlieren. Die SAPs erlangten während der 90er Jahre ihren Höhepunkt und gelten bis heute als Inbegriff des Neoliberalismus (Ake 1996: 27-33). Die Lome-Abkommen (Lome I-IV) wurden zwischen afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP-) Staaten und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen. Sie deckten den Zeitraum von 1975 bis 1995 ab. Im Vergleich zu den aufgebrachten Mitteln waren die Erfolge dürftig. Die Lome- Abkommen standen in der neoklassischen Tradition (Ake 1996: 100-104). Die Strukturanpassungsprogramme umfassten eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen, wie Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Einsparungen im öffentlichen Bereich etc., die als Konditionalitäten an die Vergabe von Krediten geknüpft wurden. Als 1996 die *Heavily Indebted Poor Countries'* (HIPC) Initiative durch die G-8 Staaten beschlossen wurde, welche sich mit Entschuldung hochverschuldeter, armer Länder befasste, konditionalisierten Weltbank und IWF die Entschuldungsaktionen mit der Umsetzung der SAPs. Als sich herausstellte, dass die SAPs gescheitert waren, entwickelten Weltbank und IWF 1999 einen neuen entwicklungsstrategischen Rahmen, die *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs). Die PRSPs sind wieder mit der HIPC-Initiative verbunden und umfassen rund 40 Länder im Subsaharischen Afrika und viele mehr auf anderen Kontinenten.

Ihr Ziel war und ist es, den jeweiligen Nationen dabei behilflich zu sein, Armut-reduzierende Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Diese Strategien wurden durch die afrikanischen Regierungen erarbeitet, von IWF und Weltbank dann gegebenenfalls akzeptiert, und durch externe, aber auch nationale öffentliche Gelder finanziert. Der Prozess sollte von den afrikanischen Staaten gesteuert, ergebnisorientiert, langfristig, flächendeckend, partnerschaftlich bezüglich der verschiedenen Akteure und partizipativ durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sein. Schon einige Jahre nachdem die ersten Länder ihre PRSPs implementierten, kam es zu heftiger Kritik seitens der Zivilgesellschaft. Die Partizipation und die Transparenz seien inadäquat und qualitativ nicht hochwertig; nationale Regierungsprozesse würden häufig untergraben und es sei kaum möglich, grundlegende wirtschaftliche und strukturelle Belange zu kritisieren. Viele KritikerInnen meinten sogar, dass die PRSPs lediglich eine Weiterführung der SAPs mit einem anderen Namen seien, die das Ziel verfolgten, weitere Konditionalitäten auferlegen zu können (Mathews 2004: 1-3).

Eine jüngere Entwicklungsstrategie aus Afrika, die *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD), entstand auf Anregung der AU durch eine Initiative der Staatsoberhäupter von Südafrika, Algerien, Senegal, Ägypten und Nigeria. Dieses Rahmenwerk für eine sozioökonomische Entwicklung wurde im Juli 2001 bei einem Gipfeltreffen der AU angenommen. Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Wachstum sowie eine Besserstellung von Frauen waren die wichtigsten Ziele des Dokuments, um der Marginalisierung Afrikas ein Ende zu setzen. Die Ziele sollten durch die Implementierung von Frieden, Sicherheit und Demokratie, durch gutes Regieren unter eigenständiger afrikanischer Leitung, Partizipation der Bevölkerung, Partnerschaft innerhalb Afrikas und Reformen in den Sektoren Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Technologie, sowie in den Sektoren Infrastruktur und Außenhandel erreicht werden (NEPAD 2005).

Die NEPAD war eine Ausnahme, da sie es als eine der wenigen afrikanischen Entwicklungsstrategien schaffte, von den Internationalen Institutionen und den Industrieländern mit Interesse angenommen zu werden. Da diese jedoch bisher wenige Verpflichtungen eingingen und auch die Partnerschaft zwischen den afrikanischen Staaten noch nicht funktionierte wie geplant, schritt die Umsetzung langsam voran. KritikerInnen beanstandeten außerdem, dass die NEPAD durch ihre

neoliberale Neigung die Ausbeutung Afrikas nur weiter verschärfe. Diese Kritik kam vor allem von den afrikanischen Sozialforen der Jahre 2002 und 2003 (Nölting 2003).

„[...] waren die Sozialforen die ersten, die NEPAD wegen der fehlenden Bürgerbeteiligung an der Ausarbeitung und der neoliberalen Ausrichtung kritisierten. Eine stärkere Integration Afrikas in die Weltwirtschaft und die Privatisierung von öffentlichen Aufgabenfeldern werde die Abhängigkeit und die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen, nur noch verschärfen. Die Anpassung an das herrschende neoliberale Dogma werde eine eigenständige Entwicklung verhindern. Und in der Tat gibt es keine Garantie dafür, dass es nicht zu einer Wiederholung der von Weltbank und Internationalem Währungsfond diktierten Strukturanpassungsprogramme mit ihren teilweise schlimmen Folgen für die Bevölkerung kommt, nun aber unter afrikanischer Regie (Nölting 2003).

Trotz der Kritik hat die NEPAD eine breite Diskussion ausgelöst. Die Strategie sollte in Form von nationalen Programmen umgesetzt werden. Ob dabei wirklich eine breite und tiefe Partizipation der Bevölkerung erfolgt, liegt in den Händen der jeweiligen Regierungen (Nölting 2003).

Auch seitens der EU kamen neue Ideen zur Partnerschaft zwischen der EU und Afrika. 2005 entwickelte die EU eine EU-Afrika Strategie mit dem Ziel, das Erreichen der Millennium Development Goals (MDGs) voranzutreiben. Das so entstandene Dokument wurde aber heftig kritisiert, da VertreterInnen afrikanischer Staaten und der Zivilgesellschaft nicht miteinbezogen worden waren. Daraufhin wurde ein Prozess eingeleitet bei dem VertreterInnen der EU und AU, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure, gemeinsam an einer EU-Afrika Strategie arbeiteten. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess hatte die Europäische Kommission. Im Dezember 2007 fand in Lissabon ein EU-Afrika Gipfel statt, bei dem die gemeinsame EU-Afrika Strategie bzw. die Joint Africa-EU Strategy (JAES) angenommen wurde. Das unterzeichnete Dokument beinhaltet auch einen ersten Umsetzungsplan für die Jahre 2008-2010. Die wichtigsten Ziele der JAES sind Partnerschaft, die Erreichung der MDGs, Frieden, Sicherheit, Einhaltung von good governance und der Menschenrechte, Handel, regionale und kontinentale Integration, Bekämpfung von Krankheiten wie HIV/AIDS und Malaria, Klimawandel, Energiesicherheit, Wissenschaft und Technologie etc. (Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen: EU-Afrika Strategie).

Ein weiteres Abkommen zwischen EU und Afrika, aber auch Staaten aus dem karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten), war das Cotonou-Abkommen, welches als Fortsetzungsabkommen für die Lomé-Abkommen fungierte. Es wurde im Jahr 2000 unterzeichnet und besitzt Gültigkeit für 20 Jahre. Das Abkommen regelt sämtliche Bereiche der Zusammenarbeit mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Das

Cotonou-Abkommen gesteht den AKP-Staaten gewisse Handelsvorteile, wie beispielsweise die zollfreie Einfuhr gewisser Güter in die EU. Die Maßnahmen des Cotonou-Abkommens werden mittels des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) bezahlt (Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen: Cotonou Abkommen o.J.).

Weil die Regelungen des Abkommens jedoch teilweise mit den WTO-Richtlinien unkompatibel waren, begannen seit Anfang 2008 Verhandlungen über neue regionale Wirtschaftsabkommen, die Economic Partnership Agreements (EPAs) zu laufen, welche die alten Regelungen ersetzen sollten. Die EPAs sind jedoch höchst umstritten, da viele afrikanische Staaten verschlechterte Bedingungen erwarten. Vor allem von Abdoulaye Wade und Thabo Mbeki, den Staatsoberhäuptern Senegals und Südafrikas, aber auch von anderen kam nach dem Gipfeltreffen von Lissabon immense Kritik an den EPAs. Die Agrarsubventionen der EU und die geplante Reduzierung von Importzöllen auf Industriegüter standen im Zentrum der Kritik. Der EU wurde vorgeworfen, nur ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Die von der EU geforderte schnelle Marktöffnung Afrikas sei nicht in dessen Interesse, da die Ausgangsvoraussetzungen zu ungleich und somit der Wettbewerb asymmetrisch sei (Konrad-Adenauer-Stiftung 2007).

Die zwei speziell zur Entwicklungsfinanzierung abgehaltenen Konferenzen in Monterrey im Jahr 2002 und in Doha 2008 brachten unterschiedliche Ergebnisse. Monterrey selbst war zwar ein großer Erfolg; die Umsetzung der besprochenen Maßnahmen war aber, wie auch jene der Doha-Konferenz, eher enttäuschend. Die Konferenzen wurden mit dem Ziel abgehalten, die MDGs zu finanzieren und somit ihre Erreichung zu ermöglichen. Ein nicht erreichtes Zwischenziel der G-8 Staaten war es, die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) bis 2010 zu verdoppeln. Die Konferenz in Doha sollte die Vorsätze, die 2002 in Monterrey im Monterrey Konsens beschlossen wurden, überprüfen. Den Versprechungen, welche die Industriestaaten 2002 gegeben hatten, sind sie nicht nachgekommen. Ein relevanter Anstieg der ODA war lediglich zu Zeiten von Schuldenerlässen erkennbar. Insgesamt war die Bilanz jedoch ernüchternd (Ling 2008).

Nicht selten verschlechterte sich die Situation afrikanischer Staaten durch sogenannte Entwicklungsstrategien und Notfallsprogramme. Die Strukturanpassungsprogramme, die in vielen Staaten nach mehreren Jahren keine wesentlichen Verbesserungen im ökonomischen Bereich, jedoch deutliche

Verschlechterungen im sozioökonomischen Bereich mit sich brachten, waren das beste Beispiel dafür. Sie wurden mit der Militarisierung der Gesellschaft, Regionalismus, Politisierung ethnischer und religiöser Unterschiede durch die Eliten, sowie mit De-Demokratisierung und politischer Inkohärenz assoziiert (Ake 1996: 92-96).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den vergangenen fünfzig bis sechzig Jahren afrikanische Entwicklungsansätze, u. a. aufgrund der dominanten Position der multilateralen Partnerinstitutionen und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der afrikanischen Staaten, nie eine relevante Durchsetzungskraft besaßen. Trotz des Ansatzes der Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe sind die Machtverhältnisse zwischen Norden und Süden weiterhin asymmetrisch und die Industriestaaten sind in der Position, Vorschriften und Auflagen zu machen, denen sich die afrikanischen Staaten aufgrund der finanziellen Abhängigkeit beugen. Diese Struktur ist undemokratisch und hat bei näherer Betrachtung mit Partnerschaft wenig zu tun. Immer wieder wird von Afrika Demokratisierung gefordert, aber wäre die Demokratisierung der internationalen Beziehungen nicht auch förderlich für die Demokratisierung und Entwicklung einzelner Staaten?

Auf der offiziellen Homepage der NEPAD heißt es, dass die Gewährleistung von Demokratie neben anderen Faktoren eine Voraussetzung für die Etablierung von nachhaltiger Entwicklung sei (NEPAD 2005).

In den letzten Jahren wurde immer öfter von verschiedenen AutorInnen darauf hingewiesen, dass Entwicklung und Demokratisierung miteinander verbunden sind und dass Demokratie und die dazugehörigen Aspekte wie Partizipation, „verantwortliche Regierungsführung“, Rechtstaatlichkeit etc. wichtige Voraussetzungen für Entwicklung sind. *„Breitere soziale und ökonomische Entwicklung ist also keine Vorbedingung von Demokratie, sondern, wie sich in vielen Fällen zeigen läßt, erst eine Folge aktiver ökonomischer und politischer Partizipation durch größere Bevölkerungsteile“* (Berg-Schlosser 1997: 91-92). Wie der Demokratiediskurs mit seinen unterschiedlichen Konzepten in Afrika aufgenommen wurde und zu welchen demokratierelevanten Prozessen es im untersuchten Zeitraum kam, soll nun geklärt werden.

2.2 Demokratisierungsprozesse in Afrika

Autoren und Autorinnen, die sich mit Demokratisierung in Entwicklungsländern bzw. in Afrika beschäftigten, beriefen sie sich oft auf minimalistische Demokratiekonzepte. Viele neigten dazu, *„die normativen Anforderungen an Demokratie niedrig anzusetzen“* (Schiller 1997: 30). Der Staat und die Abhaltung von Wahlen standen im Vordergrund, die Verankerung demokratischer Strukturen in der Gesellschaft erschien oft zweitrangig. In den Entwicklungsländern selbst, entstand nicht selten das, was man „formale Demokratie“ nennt. Formale Demokratie allein wird aber die anstehenden Probleme der Entwicklungsländer nicht lösen. Ein weiteres Problem stellt die Aufoktroierung und Konditionalität von Demokratisierung dar. Nachhaltige Demokratie muss von innen heraus entstehen (Von Bredow et al. 1997: 14-16). *„Demokratie entwickelt sich nicht auf Befehl von außen, sondern muß sich in Folge einer internen Nachfrage herausbilden. Demokratie wird nicht von oben nach unten verordnet, sondern muß sich von der Basis aus entwickeln – aus lokalen und kommunalen Strukturen“* (Stiftung für Entwicklung und Frieden 1991: 56, zit. in Von Bredow et al. 1997: 16). Wie aber wurden die Konzepte und Strategien in den afrikanischen Staaten aufgenommen und umgesetzt?

Mit der Entstehung unabhängiger afrikanischen Staaten in den 1960er Jahren kam es in den meisten entkolonialisierten Ländern zu einer Übernahme des Verfassungssystems der ehemaligen Kolonialmächte. In den nachfolgenden Jahren veränderten viele Staaten diese Systeme enorm. Als „einigermaßen funktionsfähig und stabil“ in einem Zeitraum von den 1960er bis in die 1980er Jahre, haben sich nur die Staaten Botswana, Gambia, Kenia, Lesotho, Mauritius und Senegal erwiesen (Berg-Schlosser 1997: 77). Noch zu Kolonialzeiten, als die ersten politischen Parteien zugelassen wurden, versuchte man die im Entstehen begriffenen sozialen Bewegungen, die sich gegen die Ausbeutung der Kolonialherrschaft zu wehren begannen, zu depolitisieren. Wenn soziale Bewegungen politisch agierten, wurden sie verboten. So wurde schon in der Kolonialzeit der Ursprung für die Trennung zwischen zivilgesellschaftlicher und politischer Sphäre gelegt. Die Eliten, die sich in politischen Parteien organisierten, dominierten die Politik. Zivilgesellschaftliche Organisationen wurden entweder geschwächt oder in die Parteien integriert. Es folgte ein Prozess, der sich weg von populärer Partizipation hin zu Personalismus, Einparteiensystem, Bürokratisierung, Korruption etc. entwickelte. Die Verfassungen der neuen Staaten spiegelten allzu oft die Fortführung der politisch-rechtlichen und

wirtschaftlichen kolonialen Logik wider (Mukandela 2002: 6-8). Mukandela beschreibt die Entwicklung vom Erhalt der Unabhängigkeit bis zur Jahrhundertwende und erwähnt welche Bewegungen entstanden:

„[S]uccessful nationalist struggle, independence, optimistic euphoria, military coups, assassinations and betrayal, social movements, social protests and struggles for democracy and livelihood, continued subordination to global capitalism: falling proceeds from exports, rising costs of imports and debt, falling standards of living and declining livelihood“
(Munkandela 2002: 1).

Auf die ursprüngliche Euphorie über die Unabhängigkeit folgten alsbald Attentate, Militärputsche und Militärregierungen, begleitet von Protesten, deren TeilnehmerInnen sich für Demokratie einsetzten, und der voranschreitenden Einbindung in den weltweiten Kapitalismus. Nach und nach verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Menschen.

Demokratische Komponenten waren jedoch am afrikanischen Kontinent nicht erst bekannt, seitdem der Westen sie propagierte. Sie waren die Hauptelemente vieler Unabhängigkeitsbewegungen am Ende der Kolonialzeit. Auch in präkolonialen Zeiten wurden bestimmte Aspekte der Demokratie in vielen Regionen aktiv gelebt. So gab es beispielsweise den „*Palaver*“, einen Dialog, in dem man seine Meinung kundtun konnte und später die Entscheidung zugunsten der Mehrheit gefällt wurde; oder den „*kgotla*“, ein rechtliches Organ, welches nach der Anhörung des jeweiligen Falles darüber entschied, wie er gelöst werden sollte. Viele teilen die Meinung, dass der *kgotla* die Basis der heutigen Demokratie in Botswana ist, obwohl diese und andere Traditionen durch die Kolonialzeit erheblich geschwächt und teilweise unterbrochen wurden. Beide Formen sind jedoch mit heutigen Demokratiekonzepten nicht vergleichbar, da sie nicht inklusiv waren, keine Opposition kannten, die Machtwechsel meist nicht friedlich verliefen und vor allem die Rolle der Frau mit heutigen Konzepten der Gleichheit inkompatibel war (Kpundeh 1992: 7-8).

Oft wurden die Traditionen des Palavers und des Chieftums nach der Unabhängigkeit als Rechtfertigung für die Bildung von Einparteiensystemen herangezogen. Andere Legitimationsversuche benannten die Notwendigkeit der Einigkeit und Stabilität angesichts der ethnischen, sprachlichen und kulturellen Unterschiede. Meist haben sich die Mitglieder der nationalen Befreiungsbewegungen in politischen Parteien formiert und mit Ende der Kolonialzeit die Staatsmacht monopolisiert. Die herrschende Regierungspartei wurde dann zum Instrument der elitären Gruppen. Dadurch mehrten sich die Militärputsche und für aktive politische

Partizipation der Bevölkerung und Wettbewerb zwischen den Parteien blieb kein Raum (Kpundeh 1992: 5-13).

Mukandela betont die Wichtigkeit der Interaktion von Politik und Zivilgesellschaft. So lange keine Verbindung zwischen sozialen Organisationen und den politischen Parteien besteht, so lange seien diese leere, inkompetente Körperschaften. Er äußert sich darüber zynisch in dem Ausspruch: *„From Alexandria in Egypt to Alexander in Johannesburg South Africa, from Goree in Dakar to Gabarone in Botswana, and from Tripoli in Lybia to Tanga in Tanzania, political parties are currently election machines for beauty contests to political office“* (Mukandela 2002: 9).

Mit Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion verloren einige despotische afrikanische Herrscher ihre Unterstützung und so kam es in weiterer Folge zu der sogenannten „Zweiten Befreiung“¹⁷ („Second Liberation“), in der man sich dieser Herrscher, mit der Unterstützung einzelner Industrieländer und multilateraler Geber, vor allem Weltbank und IWF, entledigte. Ziel der Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Industrienationen war es, nach dem Krieg einen Übergang in Richtung Demokratie zu bewirken und Marktwirtschaften aus den administrationsgestützten Staaten zu formen, um sie besser in den Weltmarkt einbinden zu können. Oft waren dies gerade jene Staaten, die zuvor dieselben autoritär regierenden Diktatoren mit finanziellen Mitteln und mit Waffen unterstützten, um sie für ihr Lager zu gewinnen. Diese Tatsache trug erheblich zur Militarisierung Afrikas bei. In vielen Staaten kam es nach Ende des Kalten Krieges zu Demokratisierungstendenzen; so wurden beispielsweise Wahlen abgehalten, Oppositionsparteien zugelassen und in einigen Staaten mussten sich autoritäre Staatsführer geschlagen geben, etwa 1991 in Benin, wo Mathieu Kérékou seine Macht abgeben musste. In anderen Staaten Afrikas, beispielsweise in Ghana und der Elfenbeinküste, ließen sich die bisherigen Machthaber durch Wahlen legitimieren. Wieder in anderen Fällen führte der Machtverlust der bisher autoritär geführten Regimes zu Bürgerkriegen mit katastrophalen Auswirkungen, beispielsweise in Rwanda und Somalia. Einige Machthaber wollten ihre Stellung nicht aufgeben. Mobutu z.B. blieb im damaligen Zaire besonders lange an der Macht. In Nigeria folgte eine Militärregierung der nächsten und in weiten Teilen Afrikas

¹⁷ Die erste Befreiung war die Entkolonialisierung, also die Befreiung von den jeweiligen Kolonialmächten. Die zweite Befreiung war die Befreiung von den autoritären oder diktatorischen Herrschern der jeweiligen Staaten (Berg-Schlosser 1997:78).

stagnierten die Transitionsprozesse oder es kam zu rückläufigen Bewegungen. Diese Entwicklungen führten dazu, dass heute ein gewisser Pessimismus hinsichtlich der Realisierbarkeit von Demokratisierung in Afrika bzw. auch der Weiterentwicklung von relativ demokratischen Systemen am Kontinent herrscht (Berg-Schlosser 1997:78-79; und Kpundeh 1992:1).

In den meisten afrikanischen Staaten wurden Elemente von Demokratiekonzepten in den Verfassungen verankert. Oft blieben diese Elemente lange Zeit rein schriftlich und waren weit davon entfernt umgesetzt zu werden. Zu nennenswerte Demokratisierungsfortschritten kam es in den letzten Dekaden neben Benin unter anderem in Südafrika, Malawi, sowie auf Kap Verde, Sao Tomé und Príncipe. In diesen und anderen Staaten kam es zu friedlichen Machtwechseln durch Wahlen (Ansprenger 1996: 7).

So kam es am Kontinent Anfang bis Mitte der 1990er Jahre, nach den Wahlen in Benin zu einem gewissen Optimismus. Südafrika wurde endlich wirklich unabhängig und frei, Mobuto wurde von Laurent Kabila gestürzt und viele sprachen von einer neuen Generation afrikanischer Führer (Mukandela 2002: 1).

Demgegenüber standen jedoch bewaffnete Konflikte und Krisen in Sierra Leone, Liberia, Guinea, Kongo, Angola, Somalia, Rwanda, Burundi, Sudan und anderen Staaten (Mukandela 2002: 3). Die Bilanz war also dürrftig, vielerorts verschlechterte sich die Menschenrechtssituation drastisch und das Leben der Bevölkerung war von Bürgerkriegen und Repression geprägt. Als Ausnahmen galten Mauritius und Botswana, deren Demokratien sich allmählich konsolidierten (Waller 1999: 49-50). Im Zentrum des Interesses der politischen Eliten stand der Machterhalt über lang andauernde Perioden. *„In countries ranging from Kenya to Algeria to Gabon, Zimbabwe and Mali dominant regimes seem to have a vicious lock on instruments of power, and are prepared to do anything to retain power”* (Mukandela 2002: 4).

AutorInnen, MitarbeiterInnen diverser NGO's und CBO's und anderer Bereiche aus verschiedenen afrikanischen Staaten, die an mehreren Workshops zum Thema Demokratisierung in Afrika teilnahmen, kamen zu dem Schluss, dass Demokratie in Afrika kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für ein sicheres und freies Leben sei; dass sie ein Mittel sei, um Probleme in Angriff zu nehmen, aber bei weitem nicht alle Probleme des Kontinents lösen könne. Westliche Demokratiekonzepte sollten nicht unkritisch übernommen werden, sondern mit afrikanischen Werten verknüpft werden, um die Nachhaltigkeit von Demokratie zu garantieren. Entscheidender Faktor für das

Funktionieren von Demokratie ist die Reduktion des Machtmonopols der afrikanischen Staatsoberhäupter und Regierungsparteien, damit auch die Opposition frei arbeiten und lokale Akteure der Basis in die Demokratisierungsprozesse miteinbezogen werden können. Das Demokratiekonzept erfreut sich in Afrika großer Beliebtheit und wird immer öfter als politische Alternative in Betracht gezogen; die Wirklichkeit des demokratischen Status quo sieht aber anders aus. Die Transition zur Demokratie ist in den meisten Staaten Afrikas ein langer und schmerzvoller Prozess. In Afrika konnte man zwei Formen bzw. Muster des Übergangs erkennen. Zum einen die 'Transition von oben', welche als Antwort einer akuten oder bevorstehenden Krise gesehen werden kann. Die Machthaber reagierten mit demokratischen Reformen auf die Krise. Zum anderen gab es die 'Transition von unten', die durch den weitverbreiteten und ansteigenden Druck durch das Volk ausgelöst wurde. In weiterer Folge kam es meistens zu einer oder mehreren der vier Reaktionsarten: nationalen Konferenzen, Volksrevolutionen, Coups d'États oder Abkommen bzw. Verträgen mit dem Ziel, eine demokratische Richtung einzuschlagen. Die Transitionsmuster waren jedoch nicht klar voneinander trennbar, da oft die eine Form in die andere überfloss oder Elemente aus beiden Formen miteinander verbunden wurden. Ausschlaggebend für den Transitionsprozess waren aber in jedem Fall die Einstellung und der Wille der Regierungsführer. Als Beispiele für die Abhaltung von nationalen Konferenzen können unter anderem Benin, Mali, und Gabun genannt werden. Der öffentliche Dialog über den Demokratisierungsprozess hatte teilweise die erfolgreiche Reduzierung der Macht zur Folge, wie beispielsweise in Benin, wo es 1991 zu einem Machtwechsel kam. In Mali, Sierra Leone und vielen anderen Staaten kam es zu Militäraktionen. In Südafrika wurde die *Convention for a Democratic South Africa* (CODESA) beschlossen und in Swaziland und Senegal räumten die Regierungsführer ihrer Bevölkerung mehr Demokratie ein (Kpundeh 1992: 10-16).

Die Geberländer- und Organisationen verschoben ihren Einfluss ab den 1990er Jahren immer mehr in Richtung Demokratisierung und Good Governance. „*In the early 1990s, donors began to show interest in promoting political change in addition to economic reforms*“ (Kpundeh 1992: 31). Statt einer realen Umsetzung, der von der Gebergemeinschaft geforderten Faktoren, kam es aber in vielen Staaten zur systematischen Aushöhlung der Elemente Demokratie, Gerechtigkeit, verantwortungsvolle Regierungsführung und Legitimität durch die Machthaber. Die

Zivilgesellschaft, die entscheidend für einen lebendigen und erfolgreichen Demokratisierungsprozess ist, wurde mehrheitlich als subversiv angesehen und marginalisiert. Die Partizipation der Bevölkerung wurde demnach eher verhindert als gefördert. In der 1990 unter der Schirmherrschaft der *United Nations Economic Commission for Africa* abgehaltenen *Arusha Konferenz „Putting the People First“*, wurde die Wichtigkeit der Partizipation betont und wie folgt zum Ausdruck gebracht: „*Africans have acknowledged that development must be revamped by a democratic approach employing the energy and devotion of the African people – who alone can make development sustainable*“ (Kpundeh 1992: 34). Auf der Konferenz wurde die „*African Charter for Popular Participation in Development and Transformation*“¹⁸ angenommen, in der festgehalten wurde, dass die Abwesenheit von Demokratie eine der Hauptursachen für die beharrlichen Entwicklungsschwierigkeiten, mit denen Afrika zu kämpfen hat, sei (Kpundeh 1992: 26-34).

Außerdem sind freie, unabhängige Medien entscheidend für einen gelungenen Demokratisierungsprozess bzw. für die Erhaltung bestehender Demokratie. Einerseits ist eine Privatisierung der Medien zu befürworten, da so die Einflussnahme des Staatsapparates reduziert wird; andererseits kann eine Privatisierung zur Folge haben, dass die reiche Elite, wie beispielweise in Südafrika, die Medien monopolisiert. Eine Diversität in der Medien- und Presselandschaft ist vorteilhaft (Kpundeh 1992: 39-41).

Obwohl die sogenannte *dritte Welle der Demokratisierung* während der 1990er Jahre Afrika erreicht hatte, konnten die meisten Staaten eher als Semi-Demokratien bezeichnet werden, da viele Elemente, die für eine Demokratie kennzeichnend sind, nicht gegeben waren. Die einzigen drei Länder, die von ihrer Unabhängigkeit bis Anfang der 1990er Jahre als Demokratien definiert wurden, waren Botswana, Mauritius und Gambia, wobei sich Gambia spätestens mit dem Militärputsch von 1994 als Demokratie diskreditierte (Diamond 1999: IX-X).

Die neueste Demokratisierungswelle war letztlich auch eine Antwort auf bzw. eine Befriedigung der vom internationalen Kapitalismus geforderten Bedürfnisse. Spätestens seit der Forcierung des Neoliberalismus durch Margaret Thatcher und Ronald Reagan wurde der Druck auf afrikanische Staaten stärker, ihre Märkte zu öffnen und sich stärker in den Weltmarkt zu integrieren. „*The current wave of liberal*

¹⁸ Arusha 1990, International Conference on Popular Participation in the Recovery and Development Process in Africa, 12-16 February

democracy in Africa has its roots in the restructuring of the international capitalist system that has been going on more noticeably since the late nineteen seventies“ (Mukandela 2002: 10). Mit der Zeit wurden verschiedene politische Strategien implementiert, deren Ziel es war, die Größe des Staatsapparates zu reduzieren und den Staat in eine Marktwirtschaft zu transformieren bzw. zumindest marktfreundlicher zu machen (Mukandela 2002: 10).

Liberales bzw. prozedurales Demokratiebestreben hatte in Afrika seit den 1990er Jahren von verschiedenen Interessensgruppen massive Unterstützung erhalten. Die Erwartungen, was Liberale Demokratie in der Gesellschaft bewegen könne, waren enorm hoch und nahmen zum Teil einen magischen Charakter an, da oft davon ausgegangen wurde, dass sie alle Probleme der Region, wie beispielsweise Kriege, Armut, politische Instabilität und Machtkämpfe, lösen könnte. Obwohl einige Staaten Afrikas ernsthafte Bemühungen unternahmen und das Konzept der Liberalen Demokratie übernahmen, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Menschen (Lumumba-Kasongo 2005a: 5).

„Nevertheless, there is a paradox between what is expected of liberal democracy and its implications for social and economic conditions in Africa. While Africa is adopting liberal democracy as the most promising formula for unleashing individual energy and generating political participation, African social and economic conditions are worsening“ (Lumumba-Kasongo 2005a: 5).

Ein wesentliches Element der Liberalen Demokratie ist die zentrale Rolle des Individualismus. Lumumba-Kasongo meint, dass die westlichen bzw. kapitalistischen Gesellschaften in großem Maß durch Individualismus gekennzeichnet seien, während die Gesellschaften im subsaharischen Afrika trotz fortschreitender Globalisierung die kollektive Existenz in den Vordergrund stellten. Im afrikanischen Wertesystem wurden kollektive Rechte oft über Individualrechte gestellt und auch das Zusammenleben gestaltete sich in Form von Großfamiliensystemen anders als beispielsweise in Europa, wo das Zusammenleben der Kernfamilie als Norm angesehen würde. Obwohl die Vorherrschaft des Individualismus in Afrika noch immer keine breite Basis gefunden hätte, schritt sie aufgrund der ökonomischen Veränderungen immer weiter voran. So wie der Individualismus sei auch das Wettbewerbsdenken den afrikanischen Gesellschaften nicht genuin und würde sogar eher negativ bewertet. Diese Eigenschaften stellten eine funktionierende Implementierung von Liberaler Demokratie in Afrika in Frage bzw. seien in jedem Fall Herausforderungen für ihr Gelingen (Lumumba-Kasongo 2005:15-16).

Der Autor Lumumba-Kasongo betonte erneut, dass die Frage sich nicht stelle, ob Demokratie prinzipiell erstrebenswert sei oder nicht, sondern vielmehr, ob die heute gängige Konzeption von Demokratie passend für den afrikanischen Kontinent und seine Gesellschaften sei.

„Africans [...] do appreciate democracy and democratic process as mechanism for transforming their societies. At the same time, however, they have all questioned whether the existing perceptions and definitions of liberal democracy and its process will be able to address adequately people's needs and interests” (Lumumba-Kasongo 2005b:198).

Die Erfolgsgeschichten der Entwicklung und Demokratisierung der Industrienationen sollten nicht alleinig als Vorbilder für die afrikanischen Staaten gelten. Viel wichtiger ist es, von den demokratischen Erfahrungen gewisser Staaten Afrikas selbst, wie z.B. Botswana oder Mauritius, zu lernen und diese sowie Demokratisierungserfolge in anderen Entwicklungsländern näher zu untersuchen und zu analysieren, um daraus lehrreiche Schlüsse ziehen zu können (Kpundeh 1992: 75).

Außerdem stellt sich die Frage, ob es hinsichtlich der beschriebenen Tatsachen für die Zukunft nicht sinnvoller wäre, alternative demokratische Formen und Konzepte in Betracht zu ziehen, deren Elemente sich eher mit den Werten afrikanischer Gesellschaften decken.

2.3 Hindernisse für Demokratisierung und Entwicklung in Afrika

Auch wenn einige Staaten Afrikas heute als Demokratien und auch als Marktwirtschaften bezeichnet werden, fehlt es bei genauerer Betrachtung an wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Elementen, die von der Diskursbestimmenden Gemeinschaft vorgegeben werden, um diese Bezeichnungen rechtfertigen zu können. Dies gilt jedoch nicht nur für afrikanische Staaten, sondern ist ein Phänomen, das weltweit zu beobachten ist. Oft sind genau diese fehlenden Elemente Hindernisse von Entwicklung und Demokratisierung; sie können allerdings auch als Folge anderer Probleme und Hürden der Prozesse auftreten.

In Staaten, in denen die formale Demokratisierung soweit fortgeschritten ist, dass regelmäßig und periodisch wiederkehrende Wahlen abgehalten werden, sind diese oft weder fair noch frei. Neben ungleicher Ressourcenverteilung und geringer Wahlbeteiligung, kam es nicht selten zu Boykott der Wahlen durch die Opposition, Wahlbetrug, Wahlmanipulation und Fälschung des Wahlergebnisses. So wurde das

Prinzip des friedlichen Machtwechsels von den politischen Eliten vieler Staaten nicht akzeptiert (Tlemcani 2005: 28). Damit Demokratie verankert und konsolidiert werden kann, bedarf es einer starken Lobby, die sich für die demokratischen Prinzipien einsetzt und diese vorantreibt. *„Democracy cannot be built without democrats, just as socialism could not have been built without socialists“* (Tlemcani 2005: 29). Diese war jedoch in vielen Staaten nicht vorhanden oder wurde unterdrückt.

Ein weiteres, oft identifiziertes Problem ist die Korruption bzw. der Klientelismus. Die Beziehung zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Repräsentanten sind in Afrika und andernorts meist klientelistisch.

„Häufig sind solche Patronagebeziehungen mehrstufig angelegt [...]. Hierbei spielen dann auch regionale und ethnische Affinitäten häufig eine Rolle. Auf diese Weise inkorporieren derartige klientelistische Beziehungen in besonderer Form Aspekte der vertikalen (ökonomisch-politischen) und horizontalen (ethnisch-konfessionell-regionalen) Sozialstruktur (Berg-Schlosser 1997: 85).

Auch die Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen aus wichtigen Entscheidungsprozessen ist problematisch. So wurden z.B. afrikanische Frauen, in all ihrer Diversität, in die Prozesse und so auch in den Demokratisierungsprozess nicht miteinbezogen. Während zwar einige zivilgesellschaftliche Organisationen bestanden, welche sich für die Interessen von Frauen einsetzten, gab es kaum weibliche Repräsentantinnen auf politischer Ebene, was dazu führte, dass sie an Entscheidungsfindungsprozessen de facto nicht beteiligt waren (Lumumba-Kasongo 2005a: 19).

Eine gelungene Transformation zur Demokratie würde auch die Internalisierung demokratischer Werte durch die Gesellschaft und die Entstehung einer demokratischen politischen Kultur bedeuten; Achtung vor der Verfassung und eine den Demokratisierungsprozess begleitende Institutionalisierung müssten gewährleistet sein. Zwar existieren in den meisten afrikanischen Staaten heute Verfassungen, die ausgezeichnet auf zentrale Aspekte wie Grundrechte, Gewaltenteilung, Herrschaft des Gesetzes etc. eingehen, sie werden jedoch oft nicht eingehalten:

„Most African constitutions are excellent documents, they have most of the right provisions about the rule of law, human, civil and political rights, elective institutions, governmental accountability, separation of powers etc. The problem however is that these provisions are not followed. Most African political systems are characterised by excessive arbitrariness and abuse of power, the lack of basic freedoms, and denial of popular sovereignty (Ibrahim 2003: 2).

Hindernisse der Demokratisierung waren somit, neben der Vortäuschung von Demokratisierung durch teilweise vorbildhafte Verfassungen und dem Abhalten von Mehrparteienwahlen, der Machtmissbrauch und die Willkür, die das politische Regime ausübte, und welche wiederum zum Fehlen der Grundrechte führten. Besondere Hürden des Prozesses waren in dem Spannungsfeld zwischen Staat und Bevölkerung der Anstieg der Militarisierung und Bewaffnung bestimmter Gruppen und eine Zunahme an Gewalt, die beständige Korruption im öffentlichen Bereich, die Marginalisierung der Zivilgesellschaft durch den Staatsapparat und die Tatsache, dass es bei Wahlen keine wirklichen politischen Auswahlmöglichkeiten gab (Ibrahim 2003: 1-5).

Da soziale Gerechtigkeit oft mit Demokratie verknüpft ist, konnte in Afrika, wie auch in anderen Teilen der Welt die Befriedigung der Grundbedürfnisse noch nicht erreicht werden: *„democracy in Africa has largely failed to deliver on its promise of greater welfare and justice for all“* (Abrahamsen 2000: 109).

Für das Scheitern der Demokratie in Afrika wurde von mehreren kritischen AutorInnen die Forcierung auf die Liberale Demokratieform als Ursache genannt, da ihre Ideologie, die Individualismus, Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerb inkludiert, mit vielen traditionellen afrikanischen Wertvorstellungen inkompatibel sei. Der Ruf nach alternativen Demokratieformen für Afrika wurde in den letzten Jahren immer lauter. Liberale Demokratie ist unmittelbar mit den Interessen des Kapitalismus verknüpft. Vor allem in den letzten 15 Jahren hat diese Entwicklung durch Privatisierung und freie Marktwirtschaft zugenommen (Lumumba-Kasongo 2005a: 15).

Die Tatsache, dass Demokratie mit wirtschaftlicher Liberalisierung gleichgesetzt wird, kritisiert auch Rita Abrahamsen. Dadurch sei die eigentliche Demokratisierung, die eine Verbesserung der sozialen Bedingungen zur Folge haben sollte, behindert und ein System, das sich rein auf die Abhaltung von Wahlen konzentrierte, implementiert worden: *„The promotion of democracy and economic liberalism as two sides of the same coin has prevented the process of democratisation from progressing beyond the electoral stage, as it effectively rules out social reforms toward a more equitable social order“* (Abrahamsen 2000: XIV). Sie meint, wer sich heute für Demokratie einsetzt, unterstützt gleichzeitig die freie Marktwirtschaft und die Strukturanpassung: *„To be in favour of democracy is simultaneously to be in favour for free market economics and structural adjustment“* (Abrahamsen 2000: 52).

In den meisten afrikanischen Staaten wurden in im Laufe der 1990er Jahre und um die Jahrhundertwende demokratische Strukturen eingeführt. Dort, wo dies passierte, blieben sie jedoch äußerst zerbrechlich und instabil (Abrahamsen 2000: XV).

Claude Ake trat für die Selbstbestimmung der afrikanischen Gesellschaften ein und forderte, dass diese die Macht über die Bestimmung ihres Entwicklungsweges wieder zurückgewinnen sollten, da er sonst keine Zukunft für Entwicklung in Afrika sähe.

„Development is something that people do by themselves and for themselves or it does not happen. The people of Africa will have to empower themselves to repossess their own development, a formidable task. Only a successful struggle for repossession will finally remove the obstacles that have until now grounded the development project“ (Ake 1996: 123).

Auch andere AutorInnen meinten, das Aufoktroyieren und Verschreiben entwicklungspolitischer „Rezepte“ für Wachstum und Entwicklung durch sogenannte ExpertInnen sei undemokratisch und kritikwürdig und dass gerade diese ExpertInnen keinen Einblick und somit auch kein Verständnis für jene Strukturen und Menschen hätten, mit denen sich ihre Strategien beschäftigten.

“Criticism may also be levelled at certain government officials and so-called development ‘experts’ in the colonial and post-colonial periods for their lack of detailed understanding of the people with whom they were dealing. If Africa’s economies and people are to develop in the future, much more emphasis should be placed on traditional ways of life and the wealth of knowledge and understanding which ordinary Africans possess. The dictatorial ‘transformation approach’ of the past must be replaced with a more democratic form of development which has indigenous Africans, whether rural or urban, as its main focus and genuinely seeks to fulfil their needs and ambitions“ (Binns 1994: 5).

Unterschiedliche Autoren und Autorinnen führten verschiedene Gründe für das Scheitern Afrikas hinsichtlich der Demokratisierung und der Entwicklung an. In der Benennung entweder interner oder externer Faktoren als Ursachen für die Entwicklungs- und Demokratisierungsschwierigkeiten der afrikanischen Staaten bestand die größte Diskrepanz innerhalb der vertretenen Meinungen. Bei fast allen standen Entwicklung und Demokratisierung in Beziehung, manche zogen sogar kausale Schlüsse.

Claude Ake zählte viele oft genannte Gründe für fehlende Entwicklung auf, bestand aber darauf, dass die politischen Gegebenheiten das größte Hindernis darstellten und legte somit den Schwerpunkt auf interne Faktoren:

„Many factors have been offered to explain the apparent failure of the development enterprise in Africa: the colonial legacy, social pluralism and its centrifugal tendencies, the corruption of leaders, poor labor discipline, the lack of entrepreneurial skills, poor planning and incompetent

management, inappropriate policies, the stifling of market mechanisms, low levels of technical assistance, the limited inflow of foreign capital, falling commodity prices and unfavorable terms of trade, and low levels of saving and investment [...]. The problem is not so much that development has failed as that it was never really on the agenda in the first place. By all indications, political conditions in Africa are the greatest impediment to development” (Ake 1996: 1).

Er kam immer wieder darauf zurück, dass ein entscheidender Faktor für die “Unterentwicklung” Afrikas das Ringen um politische Macht und deren Konzentration sei, da dadurch alles andere, und so auch das Streben nach Entwicklung, marginalisiert werde (Ake 1996: 16).

Und so war auch die von den Menschen Afrikas geforderte Demokratisierung schwer zu erzielen, da Demokratisierung für die herrschenden Eliten mit einem Verlust an Macht, Wohlstand und Privilegien gleichzusetzen war und sie sich somit beständig gegen diese wehrten (Ibrahim 2003: 3).

Ayoade führte für das Scheitern der jeweiligen Entwicklungspläne und somit der Entwicklung in Afrika mehrere Gründe, wie beispielweise die wechselnden Vorgaben der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft, die Unbeständigkeit der politischen Ausrichtung auf internationaler Ebene, die Ineffizienz der Arbeitskräfte und einen nicht funktionierenden institutionellen Rahmen an. Er zog interne und externe Faktoren in Betracht und erwähnte, dass funktionierende Institutionen die Auswirkungen externer Faktoren abschwächen könnten:

„It is true that several factors can be responsible for the failure of a particular plan. The African experience has shown that the vagaries of the international economic scene, the changes in world political alignment, the uncertainties of domestic money supply and the inexperience, or inefficiency of the manpower are critical factors. However many of the development plans have failed to put appropriate emphasis on the institutional constraints, which in fact, if adequately taken care of, can mitigate the effects of the other factors” (Ayoade 1983: 82).

Das administrative Potential müsse qualitativ groß genug sein um die Umsetzung der Entwicklungspläne adäquat durchführen zu können. Weiters wichtig, um einem Scheitern des Entwicklungsprozesses entgegenzuwirken, seien die Demokratisierung und Dezentralisierung der Prozesse selbst (Ayoade 1983: 82).

Berg-Schlosser (1997: 93) bezog sich auf interne Faktoren, wie Verschuldung und Monokultur in der Wirtschaft, die jedoch in der Vergangenheit von externen Faktoren, großteils durch die Kolonialisierung, verursacht wurden:

„Die einseitig abhängige Ausrichtung der afrikanischen Ökonomien als Rohstoffproduzenten für den Weltmarkt mit all ihren für die Einzelstaaten nicht beeinflussbaren krassen Preisschwankungen, den insgesamt negativen Trends und der im Durchschnitt stark zugenommenen Verschuldung stellen ohne Frage nach wie vor entscheidende Hemmschuhe für eine breitere Entwicklung dar.“

Lumumba-Kasongo legte den Schwerpunkt auf die externen Faktoren. Er argumentierte in der Tradition dependenztheoretischer Ansätze, dass Afrikas Unterentwicklung zu einem großen Teil von der Einbindung in und durch die Ausbeutung von der kapitalistischen Weltwirtschaft verschärft würde.

„One of the factors that has significantly contributed to the lack of social progress in Africa is not that it is too marginalized in international relations, commerce, trade, financial capital and technology, but that it is too highly integrated into the global economy” (Lumumba-Kasongo 2005a:5).

Rita Abrahamsen kritisierte die binäre Dichtomisierung der Faktoren in interne und externe bezüglich der Demokratisierung Afrikas, da politischen Strukturen heute zu komplex seien um sie so simplifizierend zu erklären. Interne und externe Faktoren würden meist ineinander greifen und/oder seien miteinander verbunden (Abrahamsen 2000: 7). Der Demokratisierungs- und Entwicklungsdiskurs propagierte das Liberale Demokratiemodell. Seine prozeduralen, minimalistischen Ansätze wurden legitimiert und somit wurde auch das Eingreifen des Nordens in die politischen Angelegenheiten des Südens gerechtfertigt. Gleichzeitig wurden alternative, beispielsweise partizipative oder sozialistische Konzeptualisierungen von Demokratie marginalisiert. Die Liberale Demokratie konzentriert sich auf politische Rechte; Abrahamsen forderte für Afrika eine Demokratieform, die sich auch für ökonomische Rechte einsetzt, um die extreme soziale Ungleichheit am Kontinent auszugleichen:

„[E]lectorate democracy, while valuable, contains substantial limitations in terms of its ability to address issues of social justice in highly unequal societies such as found in Africa. [...] democracy [...] must address questions not only of political rights, but also of concrete socio-economic rights (Abrahamsen 2000: 68).

Wenn politische Führer nicht an die Demokratie glauben, Eliten Demokratie dazu nützen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und die politische Opposition zu kooptieren, und soziale Bewegungen und Proteste beharrlich depolitisiert werden, wie dies in vielen afrikanischen Staaten noch immer der Fall ist, dann steht die Transition zur Demokratie erst am Anfang und ein langer Weg liegt noch vor diesen Staaten:

„The transition to democracy has yet to come. It will be difficult for the people to negotiate with the groups of political leaders who do not believe in democracy. Political and social institutions of the so-called transition to democracy were not created with the purpose of allowing dissent against government policies. Rather, they are a mechanism for the regime to co-opt any opposition. Conflict thus becomes routine within a context in which state redeployment has succeeded in depoliticizing protests and social movements” (Lumumba-Kasongo 2005b: 201).

3. Kritische Hinterfragung der behandelten Konzepte

„Democracy and democratic process must have real social and economic meanings beyond technicalities, legalism and the sentiments of feeling about participating in a political process. They should have a positive impact on living conditions of citizens. They must empower the people to participate in the process that should be theirs, through which they can obtain the feedback needed for identifying people's needs, interests and vision of the society” (Lumuba-Kasongo 2005: 197).

In den ersten Kapiteln der vorliegenden Arbeit wurden die Konzepte Demokratie und Entwicklung untersucht und genauer betrachtet, wie diese in Afrika aufgenommen und umgesetzt worden sind. Dieses Kapitel wird der Frage widmen, wie kritische AutorInnen die behandelten Konzepte sehen bzw. wie sie deren Anwendbarkeit auf die afrikanische Staaten beurteilen. Das dritte Kapitel hat sich nicht zuletzt aus dem Unterkapitel 2.3., in dem es um die Hindernisse in Demokratisierungs- und Entwicklungsprozess geht, heraus entwickelt, da deutlich wurde, dass einige AutorInnen das Liberale Demokratiemodell, welches stark an die liberale Marktwirtschaft gekoppelt ist, als eigentliches Hemmnis für nachhaltige Demokratisierung kritisieren.

Viele ExpertInnen sind bis heute davon überzeugt, dass die Liberale Demokratie sich insgesamt positiv auf die Gesellschaften der einzelnen afrikanischen Staaten auswirken kann, wenn sie tatsächlich zur Anwendung gebracht wird und der Staat sich gleichzeitig auf demokratische Konzepte für den sozialen Wandel konzentriert. Kritisiert wurde vor allem, dass bezüglich der Liberalen Demokratie, Theorie und Realität weit auseinanderklaffen bzw. sogar gegensätzlich sind und dass sowohl ihr geschichtlicher Ursprung als auch ihre Werte linear sind.

„A critique of liberal democracy can be made by examining the nature of the relationships between what they ought to do in society and what they actually do. The contradictions between the theory and the practice of liberal democracy can also reveal much about the substantive issues of this democracy. One may also critique the nature and process of liberal democracy by analysing its linear historical origins, claims and values, societal projections and individualistic philosophical bases” (Lumumba-Kasongo 2005a: 13).

Die der Liberalen Demokratie inhärenten Werte, wie Individualismus und Wettbewerbsfähigkeit, und ihre westlich geprägte Entstehungsgeschichte sind weder mit der afrikanischen Geschichte noch mit afrikanischen Werten vereinbar. Die Frage ist also, ob das westliche Modell der Liberalen Demokratie, welches von der

internationalen Gebergemeinschaft gefordert wird, wirklich das passende bzw. „richtige“ Modell für Afrika ist? Mukandela (2002:11) meinte dazu:

„While it is true that the African masses have never seized to struggle for democracy, there is need to concede that the liberal democracy project is a hijacking of that struggle for something that is formally democratic and progressive, but substantively empty. Liberal democracy of the Third Wave clocks itself in legality rather than legitimacy. It promotes “good governance” that is managerial and status quo orientated and that can only allow for growth, rather than leadership that must pursue structural transformation. Governance we submit is not leadership.”

Er kritisiert, dass Demokratie nur als lose, ausgehöhlte Worthülle existiert. Zwar sei die Liberale Demokratie auf den ersten Blick fortschrittlich, jedoch bei näherer Betrachtung ein formales Konstrukt ohne wirklichen Inhalt und habe daher auch keine grundlegende Legitimität. Sie sei einerseits zu Wachstums-orientiert, andererseits zuwenig um Nachhaltigkeit bemüht und letztendlich bewirke sie keine tiefer greifenden strukturellen Veränderungen. Wenn also seitens der internationalen Gebergemeinschaft weiterhin am System der Liberalen Demokratie festgehalten werde, so müsse diese großflächig erweitert, vertieft und qualitativ transformiert werden. Im Gegensatz zu anderen AutorInnen ist Mukandela offensichtlich der Ansicht, dass die Gesellschaften Afrikas sich bisher nicht in großem Maß für den Kampf um die Demokratie eingesetzt hat (Mukandela 2002: 11-12).

Ake betont die Bedeutung des Volkes für den Demokratisierungsprozess. Er glaubt an eine Alternative zur Liberalen Demokratie, die soziale und wirtschaftliche Rechte und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Vordergrund stellt.

„Insofar as the democracy movement in Africa gets its impetus from the social and economic aspirations of people in Africa yearning for ‘a second independence from their leaders,’ it will be markedly different from liberal democracy. In all probability it will emphasize concrete economic and social rights rather than abstract political rights; it will insist on the democratization of economic opportunities, the social betterment of the people, a strong welfare system” (Ake 1996: 139).

Demokratie kann auf lange Sicht nicht funktionieren, wenn sie von außen verschrieben wird. Sie muss aus der Gesellschaft heraus entstehen, um effektiv zu sein. Es gehört in jedem Fall mehr dazu, als die Einrichtung von Mehrparteiensystemen und die Abhaltung von Wahlen, vor allem unter dem Aspekt der katastrophalen Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung Afrikas. Demokratie sollte gleichzeitig Prozess und Praxis sein. Ihr Ziel sollte es sein soziale Misslagen zu beheben (Lumumba-Kasongo 2005a: 21).

„Given the extreme level of underdevelopment and exploitative, peripheral and parasitical nature of the role of Africa's international relations, there is a need to invent a democracy that would function as a tool of social progress. It must mobilize human and material resources, promote genuine participation, and develop theories, policy and politics of gender and social equality” (Lumumba-Kasongo 2005a: 19).

Angesichts der extremen Armut in großen Teilen Afrikas und seiner marginalen Rolle innerhalb des Systems der internationalen Beziehungen, sollte der Fokus einer wirkungsvollen Demokratie die soziale Entwicklung sein. Umverteilung und Mobilisierung von Ressourcen müssen für eine größere Gleichheit innerhalb der Gesellschaft und im Zentrum stehen.

Auch Tlemcani setzt sich dafür ein, dass eine soziale Demokratie als Alternative zur derzeitig verbreiteten prozeduralen Demokratie eingesetzt werden sollte, um den Anforderungen der bereits bestehenden und den kommenden Herausforderungen begegnen zu können. Solch eine Demokratie müsste auf die traditionellen und kulturellen Werte der jeweiligen Gesellschaft abgestimmt sein um zu funktionieren (Tlemcani 2005: 42).

Ebenso wie die oben genannten Autoren plädiert auch Lumumba-Kasongo (2005b: 203) für eine soziale Demokratie und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Er erwähnt die große Wichtigkeit von Demokratie, beispielsweise um die Grundrechte zu sichern, der Korruption der politischen Eliten entgegenzuwirken, Arbeitsplätze zu schaffen, das Bildungssystem auszuweiten, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auszugleichen und nicht zuletzt um politische Führer für ihre Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzeitig stellt er jedoch fest, dass diese Ziele mit der derzeitig vehement vertretenen liberalen bzw. prozeduralen Demokratie nicht erreicht werden könnten.

„The legitimacy of democracy and the democratic process must be based on performance, accountability and respectability. Finally, the process of building or developing democracy must be considered as a process of struggles, contests and protests. These struggles [...] must be incorporated into the democratic process and should have permanent legal, social and political space. [...] democracy implies that people are able to own the state and the state apparatuses. This ownership is not possible in the current representative or procedural democracy as practised in Africa (Lumumba-Kasongo 2005b: 203).

Das Ringen für mehr Demokratie, welches Proteste und Kämpfe ebenso wie diverse andere Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen beinhalten wird, muss in einen demokratischen Prozess eingebunden sein, um nicht seine Legitimität zu verlieren (Lumumba-Kasongo 2005b: 203).

Viele kritische Autoren und Autorinnen, die dem vorherrschenden Diskurs und der Mainstream-Literatur nicht folgen wollen, setzten sich für ein Umdenken bzw. für eine Miteinbeziehung von alternativen Ansätzen ein.

Rita Abrahamsen kritisiert nicht nur die starke Verknüpfung des vorherrschenden Wirtschaftssystems mit der gepredigten Liberalen Demokratie; sie legt besonderes Augenmerk auf die Konstruktion von Entwicklung bzw. Unterentwicklung und Demokratie durch den gängigen Entwicklungsdiskurs. Sie konstatiert:

„[D]evelopment discourse has produced and constructed the third world as underdeveloped, placing in a hierarchical and unequal relationship to the first world, [...] this discourse continues to justify and legitimise the right of the North to intervene in, control and develop the South” (Abrahamsen 2000:1).

Der Norden erhält durch diese Konstruktionen die Legitimation in die Geschehnisse des Südens einzugreifen und diese zu formen. Es ist daher maßgeblich, dass der Entwicklungsdiskurs nicht als neutrales Mittel gesehen wird, sondern aufgezeigt wird, dass er immer in Machtstrukturen und Machtbeziehungen eingebunden ist. Auch die Frage, wem der Diskurs letztendlich dient, und die jeweiligen Interessen müssen in diesem Zusammenhang kritisch beleuchtet werden (Abrahamsen 2000: 2 und 15).

Die Konstruktion von Entwicklung wurde nach dem zweiten Weltkrieg und mit Beginn des Ost-West-Konflikts für die westlichen Staaten besonders wichtig, da angenommen wurde, dass Armut als Nährboden für den Kommunismus fungiert. Um die Loyalität der Staaten des Südens nicht an die kommunistischen Staaten zu verlieren, wurde Entwicklungshilfe gewährt und das Konstrukt Entwicklung und mit ihm gleichzeitig das Konstrukt Unterentwicklung war geboren (Abrahamsen 2000: 19).

Auch Demokratisierung wurde durch den Diskurs in einer bestimmten Art konstruiert; Länder des Norden galten oft vorbehaltlos als demokratisch und wurden als Vorbildmodelle dargestellt, während afrikanische Staaten als undemokratisch angesehen wurden, was dann wiederum spezifische Interventionen und Konditionalitäten des Nordens rechtfertigte und gleichzeitig alternative Ansätze von Demokratie und Entwicklung marginalisierte (Abrahamsen 2000: 13 und 147).

Der vorherrschende Entwicklungsdiskurs legitimierte und rechtfertigte das Eingreifen der Gebergemeinschaft in verschiedene wirtschaftspolitische Bereiche des Südens. Er beschäftigte sich vorwiegend mit der Transition zur Demokratie, vernachlässigte aber gleichzeitig die Qualität bereits bestehender demokratischer Elemente in

verschiedenen politischen Systemen. Er befürwortete, wie auch die Mainstream-Literatur auf diesem Gebiet, ein Modell von Demokratie, das mit dem wirtschaftlichen Liberalismus vereinbar war, und somit half, die Privilegien der Eliten aufrecht zu erhalten, jedoch den Hoffnungen der Bevölkerungsmehrheit nicht nachkam. Vorrangig waren, wie gesagt, die liberale Herangehensweise und die Abhaltung von wettbewerbsfähigen Wahlen. Dies war jedoch eine enorme Reduzierung der demokratierelevanten Werte auf wenige Elemente und führte dazu, dass alternative Ansätze, die vielleicht das Potential hätten, einem größeren Teil der Bevölkerung zu dienen, völlig ausgeblendet und verdrängt wurden (Abrahamsen 2000: 23 und 83). Abrahamsen geht es nicht darum, die prozedurale Demokratie, die sich auf die Wahlen fokussiert, als unwichtig abzutun, da Demokratie immer noch die bisher unbestritten beste Staatsform ist:

„For all its deficiencies, it remains the case that democracy is the worst form of rule, except all others. Democracy’s promise of political and judicial equality, its recognition of the legitimacy of political opposition, and its ability to secure the peaceful transfer of power from one government to another are features that make it superior to any known alternative. But this does not constitute an argument for adopting a purely procedural or minimalist approach to democracy” (Abrahamsen 2000: 82).

Ihr geht es darum, alternative Ansätze einer sozialen Demokratie, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht und schon gar nicht über Nacht soziale Gleichheit herbeiführen kann, die sich aber auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen konzentriert, zu fördern und aktiv zu vertreten:

„It is possible to adopt a stance of democracy that is compatible with the improvement of living conditions for the poorer sections of society. This, however, would necessitate a loosening of the strict link between democracy and economic liberalism, and it would also mean that the success or failure of democracy should be judged not only on procedural criteria, but also on the extent to which it allows for the realisation of the democratic principles of popular control and citizenship” (Abrahamsen 2000: 82).

Die derzeitige Weltordnung, gestützt durch das verbreitete neoliberale Wirtschaftssystem, ist ganz offensichtlich nicht hinreichend gerecht und größtenteils undemokratisch. Indem der Entwicklungsdiskurs fortwährend dieses Wirtschaftssystem befürwortet, ist er wesentlich daran beteiligt diese undemokratischen Strukturen innerhalb der internationalen Beziehungen und im Weltsystem zu erhalten und zu reproduzieren (Abrahamsen 2000: 147).

Natürlich ist die Liberale Demokratie in den meisten Fällen totalitären und autoritären Regimesystemen vorzuziehen. Wenn sie jedoch rein formal ist und sich dahinter eigentlich eine autoritäre und undemokratische Führung verbirgt, verändert sich an

der Lebensrealität der Bevölkerung nichts und Demokratie verkommt zu einer leeren Worthölse, die von den Machthabern für ihre eigenen Interessen missbraucht wird. Die Kritik der AutorInnen ist berechtigt und die so vehemente Vertretung gerade dieses einen Demokratiemodells ist zu hinterfragen. Wieso werden alternative Ansätze zu Demokratie so wenig berücksichtigt? Die Liberale Demokratie zu hinterfragen und kritisch zu begutachten führt in weiterer Folge dazu, das vorherrschende Wirtschaftsmodell zu hinterfragen, was gerade angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wieder hohe Aktualität und Brisanz erlangt hat. Die mächtigen Eliten dieser Welt könnten dadurch in die Position kommen, etwas von ihrer Macht und ihren Privilegien abgeben zu müssen, was natürlich ihrem Interesse deutlich entgegensteht. Trotz allem muss man sich immer wieder vor Auge führen, dass die geforderte Demokratie in Afrika in ein internationales System eingebettet ist, dessen Ordnung nicht hinreichend demokratisch, ausbeuterisch und strukturell asymmetrisch ist.

II. LÄNDERBEISPIEL GAMBIA

Einleitung

Der heutige Staat Gambia wurde am 18. Februar 1965 unabhängig. Gambia grenzt im Westen mit einem schmalen Küstenstreifen an den Atlantischen Ozean und ist ansonsten von Senegal umgeben. Gambia erstreckt sich 484 km lang ins Landesinnere, entlang des gleichnamigen Gambia Flusses, und variiert in seiner Breite zwischen 24 und 48 Kilometern. Es ist eines der kleinsten Länder Afrikas und mit einer Fläche von 11.295 km² das kleinste Land Westafrikas. Die Einwohnerzahl liegt bei 1,64 Millionen (Auswärtiges Amt 2007; Sallah 1990: 621), die Zuwachsrate bei 3,2%. Die ländliche Bevölkerung beträgt mehr als 70%. Die Hauptstadt Gambias ist Banjul, in der 2001 55.900 EinwohnerInnen lebten; andere größere Städte sind Serekunda und Birkama. Die offizielle Sprache ist Englisch, die wichtigsten Sprachgruppen im Land sind u.a. Mandinka, Ful, Wolof, Dyola. Die Landeswährung ist der Dalasi (Schicho 2001: 311). Die größten „ethnischen“ Gruppen sind nach den Mandinka, die mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, die Wolof, die Djola und die Fula (Hughes/Perfect 2006: 10-18). Zwischen 1982 und 1989 war Gambia Teil der Konföderation Senegambia (Schicho 2001: 311).

Nach dem Frieden von Versailles im Jahr 1783 wurden die vormals teilweise vereinten französischen und britischen Einflussgebiete in Senegambien getrennt (Schicho 2001: 311-312). 1816 gründeten britische Händler im Küstengebiet des heutigen Gambias den Handelstützpunkt Bathurst. 1843 wurde diese Region zur Kolonie erklärt, jedoch zwischen 1866 und 1888 als Teil der Sierra Leone Kolonie geführt. Im Jahre 1893, nachdem 1889 in einem Abkommen mit Frankreich die Grenzen Gambias festgelegt wurden, erklärte Großbritannien das Hinterland zum Protektorat. 1902 war die gesamte Fläche des heutigen Staates Gambia unter britischer Kontrolle (The Diagram Group 2003: 40-41).

In der Kolonie, welche die heutige Hauptstadt Banjul und das umliegende Gebiet umfasste, wurde das Gebiet vom Gouverneur und den Bürgern verwaltet, während im Protektorat das System der *indirect rule* galt, welches vor allem die traditionellen Herrscher, die sogenannten Seyfos und Alkalos, miteinbezog (Schicho 2001: 313).

Die Kolonialverwaltung kooperierte vorwiegend mit dem christianisierten afrikanischen Kleinbürgertum in Bathurst; weitete aber ihre Einflussnahme stetig aus. Die Seyfos und Alkalos, die im Protektorat die Machtpositionen besetzten, wurden wegen ihrer geringen Bildung nicht gleichwertig behandelt. Die Verfolgung dieser

kolonialen Politik hatte ein starkes Ungleichgewicht in den sozialen Beziehungen zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zur Folge. Ab den 1950er Jahren erhielten die gambischen Vertreter der Kolonialverwaltung in Kolonie und Protektorat sowie die politischen Parteien durch die 1960 geänderte Verfassung von 1954 nach und nach mehr Einfluss (Wegemund 2000: 75).

Politik war lange Zeit ausschließlich Sache der Kolonie; das Protektorat wurde in dieser Hinsicht nicht einbezogen. In den 1950er Jahren entstand eine Reihe neuer Parteien. Bis 1960 stand der Legislative Council, der 1843 etabliert wurde, im Zentrum der Politik. 1960 wurde dieser durch ein Parlament bzw. *House of Representatives* ersetzt (Hughes/Perfect 1989: 551; Sallah 1990: 622).

1962 wurde die Autonomie des Landes durch eine neue Verfassung weiter ausgeweitet. Durch eine 1964 abgehaltene Verfassungskonferenz wurde Gambia zu einer konstitutionellen Monarchie, mit der britischen Königin als Staatsoberhaupt. An der Spitze der Exekutive stand der Premierminister. Dieser wurde als Vorsitzender der Mehrheitsfraktion im Parlament, durch den Gouverneur – den Vertreter der britischen Königin in Gambia – zum Premierminister ernannt (Wegemund 2000: 75).

Im Jahr 1962 fanden Wahlen statt, bei denen die Protectorate People's Party (PPP) unter der Führung von Sir Dawda K. Jawara gewann. Ein Jahr später wurde er Premierminister und führte sein Land 1965 in die Unabhängigkeit. Auch in den Wahlen von 1966 gewann die PPP (Hughes/Perfect 1989: 551).

Nach der Unabhängigkeit übernahm Gambia größtenteils die in der Kolonialzeit aufgebauten Strukturen und Systeme, z.B. das Rechtssystem, und modifizierte sie.

4. Demokratiepolitische & sozioökonomische Entwicklung: 1960-1975

"The ruling party co-opted the top hierarchy of the opposition parties and gave them lucrative cabinet posts or other opportunities to improve their living standards" (Nyang 1974 in Edie 2000: 164).

Im vorliegenden Kapitel wird vor allem der Zeitraum zwischen 1960 und 1975 untersucht. Dort wo es aber für das Verständnis diverser Entwicklungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene notwendig ist, werden auch andere zeitliche Perioden miteinbezogen. Da die Unabhängigkeit ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des Landes darstellt, ist das Kapitel in die Abschnitte vor und nach der Unabhängigkeit unterteilt.

4.1 Politische Entwicklung vor der Unabhängigkeit

Während der Kolonialherrschaft der Briten in Gambia, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vor allem der westlich gebildeten, städtischen gambischen Elite schrittweise mehr Autonomie zugestanden. Der Legislativrat bzw. die seit 1843 bestehende gesetzgebende Versammlung hatte seit 1947 mehrheitlich gewählte gambische Repräsentanten. Wählen konnte damals jedoch nur die Bevölkerung der städtischen Kolonie. Durch Verfassungsänderungen in den Jahren 1951, 1954, 1960 und 1962 wurde die Anzahl der gewählten Repräsentanten jeweils erhöht. Ab 1960 wurde auch das Hinterland in die Politik des Landes eingebunden und das allgemeine Wahlrecht galt erstmals in Kolonie und Protektorat (Bernecker 1976: 273).

Etwa eineinhalb Jahre vor der Unabhängigkeit, am 4. Oktober 1963, erlangte Gambia vollständige innere Autonomie mit D.K. Jawara als Premierminister. Im gleichen Jahr wurde der Exekutivrat von einem durch den Premierminister bestellten Kabinett ersetzt (Haswell 1975: 138).

Während in der Kolonie ab Anfang der 1950er Jahre die ersten politischen Parteien entstanden und die städtische Bevölkerung an den Entscheidungsfindungsprozessen teilnehmen konnte, wurde die administrative Verwaltung des Protektorats durch die für das Protektorat verantwortlichen Institutionen ausgeübt. Diese waren die 1933

geschaffenen 'Native Authority Ordinance' und die 'Native Tribunal Ordinance', sowie die 1935 umgestaltete 'Protectorate Ordinance'. Letztere beschäftigte sich mit allgemeinen Aufgaben, während die ersteren mit spezielleren und detaillierten Anliegen des Protektorats betraut waren (Gray 1966: 490). Jede, der damals vier Provinzen wurde durch einen Vertreter der Kolonialmacht administriert. Jede Provinz bestand aus mehreren Bezirken, die jeweils von einem Chief, in Gambia Seyfo genannt, verwaltet wurden. Unter den Seyfos standen in der hierarchischen Ordnung die Alkalos. Sie waren die Oberhäupter einzelner Dörfer oder Dorfgruppen. Jeder Seyfo und jeder Alkalo hatte eine Reihe von Mitarbeitern, die unterschiedliche Funktionen hatten (Gray 1966: 490-491).

Ab dem Erhalt der internen Autonomie im Jahr 1963 war die Regierung für die interne Sicherheit und Verteidigung des Landes, sowie für spezielle externe Angelegenheiten verantwortlich. Zwar war noch immer ein Gouverneur als Exekutivbeamter der britischen Königin im Land, dieser musste aber seine Handlungen mit dem Kabinett absprechen (Haswell 1975: 138).

Eine weitere grundlegende Veränderung Anfang der 1960er Jahre war die Schaffung von sechs 'Area Councils' bzw. Gebietsratsversammlungen. Die 'Area Councils' bestanden zum Teil aus Chiefs, mehrheitlich aber aus gewählten Mitgliedern, und hatten eine Dezentralisierung der politischen Macht zur Folge (Haswell 1975: 138-139). Die 'Area Councils' wurden nicht zuletzt mit dem Ziel geschaffen, die Entwicklung des Landes voranzutreiben. An dieser Aufgabe scheiterten sie jedoch letztlich. Unter anderem wurden die Bereiche Handel und Bauwesen, das Einsammeln der Steuern, Landwirtschaft, Bildung, Forstwirtschaft, Gesundheit und öffentliche Bauvorhaben von den MitarbeiterInnen der 'Area Councils' administriert. Durch die 'Area Councils' wurde die Macht der Seyfos reduziert, was zu Spannungen zwischen ihnen und den gewählten Mitgliedern der Councils führte (Kingsland 1981/82: 214).

4.1.1 Unabhängigkeitsverhandlungen

Die Unabhängigkeitsverhandlungen fanden zwischen dem damaligen Gouverneur Sir John Paul und dem Premierminister Dawda Kairaba Jawara statt. Im Gegensatz zu Verhandlungen oder Unabhängigkeitskämpfen in anderen britischen Kolonialgebieten waren sie von einer friedlichen Atmosphäre geprägt (Sallah 1990: 622). In einer Rede des Gouverneurs vor dem Abgeordnetenhaus am 28. April 1964 konstatierte dieser nach einem Besuch in London:

„I am very pleased to be able to announce that the Secretary of State for the Commonwealth and the Colonies, Mr. Duncan Sandys, has agreed that there should be an Independence Conference. [...] he will open this conference in London on Wednesday, 22nd July, at which the date and form of the Gambia's Independence will be decided” (Sessional Paper No 9 1964: 1).

Nachdem Großbritannien in den Unabhängigkeitsverhandlungen seine Interessen im Gebiet gesichert hatte, erlangte Gambia am 18. Februar 1965 endgültig seine Unabhängigkeit (Sallah 1990: 622). Der nun souveräne Staat wurde Vollmitglied des Commonwealth, blieb jedoch, aufgrund eines Referendums, in dem die Staatsform der Republik als Alternative abgelehnt wurde, eine konstitutionelle Monarchie. Somit blieb D.K. Jawara Premierminister und die englische Königin das offizielle Staatsoberhaupt von Gambia (Bernecker 1976: 273).

4.1.2 Koloniales Erbe

Auch nach der Unabhängigkeit blieben einige Kolonialbeamte, nunmehr als Berater der Regierung, im Land. Die Briten hinterließen in Gambia eine starke Asymmetrie zwischen den Gebieten und der Bevölkerung des ehemaligen Protektorats und der ehemaligen Kolonie. Die Verankerung landwirtschaftlicher Monokultur durch Erdnussproduktion und die Etablierung des britischen Rechtssystems, welches nach der Unabhängigkeit größtenteils übernommen wurde, waren auch Teil des kolonialen Erbes. Außerdem hinterließen die Briten Gambia aus materieller bzw. institutioneller Perspektive nach jahrhundert langer Herrschaft zwei Krankenhäuser, mehrere Volksschulen, nur vier Schulen im Sekundärbereich, ein Ausbildungszentrum für LehrerInnen, sowie zwei Banken (Sallah 1990: 623).

4.1.3 Entstehung politischer Parteien

Die ersten politischen Parteien entstanden in Gambia Anfang der 1950er Jahre anlässlich einer bevorstehenden Wahl im Gebiet der ehemaligen Kolonie. Einige politische Parteien hatten ihre Wurzeln in Gewerkschaften bzw. waren mehrere politische Führer der neu entstandenen Parteien vormals Leiter oder Mitglieder diverser Gewerkschaften. Im Jahre 1951 wurden die „*United Party*“ (UP) und die „*Democratic Party*“ (DP) gegründet. Die UP verfolgte eine den britischen Kolonialherren gegenüber loyale Politik. Sie wurde von dem Rechtsanwalt P.S. N’Jie gegründet, der zum katholischen Glauben konvertiert war. Anfänglich kamen ihre AnhängerInnen hauptsächlich aus der katholischen Bevölkerung, später jedoch wurde sie von der Mehrheit der städtischen Bevölkerung unterstützt. Die DP wurde

von dem anglikanischen Geistlichen J.C. Faye gegründet. Eine weitere Partei, die „*Muslim Congress Party*“ (MCP), wurde 1952 von I.M. Garba-Jahumpa ins Leben gerufen und vertrat die Anliegen der muslimischen Bevölkerung. Garba-Jahumpa war vor der Gründung der MCP zuerst Generalsekretär der 1935 gegründeten *Gambia Labour Union* (GLU) und später Gründer der 1947 entstandenen *Gambia Amalgamated Trade Union* (GATU), die er aber schon 1948 wieder auflöste. Später wurde ihm vorgeworfen, die gewerkschaftlichen Organisationen nur für seine politische Karriere benutzt zu haben: „*Garba-Jahumpa was an opportunist who viewed trade unionism as a stepping stone to greater prizes in the political field*“ (Hughes/Perfect 1989: 558). Die erwähnten Parteien wurden, je nach ihrer Bestandsdauer, bei den Wahlen von 1951 und 1954 in die Gesetzgebende Versammlung, den sogenannten '*Legislative Council*', gewählt; 1954 wurden ihre Leiter dann zu Ministern berufen. Da die drei Parteien bloß eine kleine Gruppe der westlich gebildeten Mittelschicht vertraten, die den Briten ohnehin größtenteils loyal gegenüberstand, wurden sie von den Kolonialherren in keiner Weise behindert. Die politischen Führer der drei Parteien waren mehrheitlich aus den Gruppen der Aku und Wolof. Vertreter der anglikanischen Kirche, A. Joberteh und S.M. Jones, gründeten 1957 die „*Gambian National Party*“ (GNP), welcher jedoch eine geringere Bedeutung zukam. Anlässlich der Verfassungsänderung und der bevorstehenden Wahl von 1960, die erstmals eine Beteiligung der Protektoratsbevölkerung zuließ, entstand 1959 die „*Protectorate People's Party*“ (PPP), die später in „*People's Progressive Party*“ (PPP) umbenannt wurde. Die PPP entwickelte sich aus einer Interessensvertretung der Protektoratsbevölkerung heraus. Ihre Gründer waren S. Bojang, früher ein Gewerkschafter, D.K. Jawara und seine Frau A.D. Mahoney. Die wichtigsten Persönlichkeiten der PPP waren anfangs fast alle Mandinka. Aufgrund der anstehenden Wahl von 1960 und der Veränderungen in der politischen Landschaft vereinigten sich die DP und die MCP und wurden zur „*Democratic Congress Alliance*“ (DCA). Die PPP gewann die Wahl und in der ersten Hälfte der 1960er Jahre bis zur Erlangung der Unabhängigkeit gab es, bis auf die Gründung der „*Gambian National Union*“ (GNU) durch die ehemaligen Führer der GNP und ehemaligen Mitglieder der PPP, keine nennenswerten Veränderungen auf politischer Ebene. Die PPP blieb die Regierungspartei und die UP die größte Oppositionspartei (Bernecker 1976: 274; Hughes/Perfect 1989: 557-558; Sallah 1990: 662).

4.2. Ökonomie in den letzten Jahren des kolonialen Gambias

Die britische Kolonialregierung konzentrierte sich wirtschaftlich auf die Landwirtschaft und dort auf den Erdnussanbau, was zur Entstehung einer Monokultur führte. Der Gewinn, der aus der Agrarproduktion erzielt wurde, kam jedoch eher den städtischen Gebieten zugute, da die Kolonialbeamten dort investierten, um die Interessen der politisch engagierten, und somit eventuell zukünftig gefährlichen, Gruppen zufrieden zu stellen (Sallah 1990: 624). Die Erdnuss wurde zwar schon im 16. Jahrhundert von den Portugiesen aus Brasilien in die Region gebracht, erlangte aber erst ab den 1830er Jahren, als die Exportmärkte v. a. in England und den USA erschlossen wurden, an Bedeutung. Der Export von Erdnüssen war sehr erfolgreich und die Bauern wurden mit Bargeld bezahlt. Schon bald wurden Steuern eingeführt, was dazu führte, dass der Anbau von Erdnüssen als *Cash Crop* sich durchsetzte und verfestigte. Die steigende Produktion führte alsbald zu einem Arbeitskräftemangel, woraufhin die so genannten „*strange farmers*“, ArbeitsmigrantInnen aus den Nachbarländern und anderen Teilen Westafrikas, bei der Ernte eingesetzt wurden. Ihr Anteil an der Erdnussproduktion betrug in den 1970er Jahren mehr als 30 Prozent (Wright 1997: 153; Swindell 1978 und 1980, in: Schicho 2001: 314).

Durch die starke Konzentration auf den Anbau von Erdnüssen und die gleichzeitige Vernachlässigung des Anbaus von Reis oder Hirse verschlechterte sich die Situation der bäuerlichen Bevölkerung. Reis musste weiterhin importiert werden und die Bauern und BäuerInnen verschuldeten sich, nachdem das Geld für die verkauften Erdnüsse ausgegeben war. Da Erdnüsse nur einmal jährlich geerntet wurden, kam es in den darauffolgenden Monaten oft zu finanziellen Engpässen. Außerdem beeinflussten die schwankenden Weltmarktpreise und die Verschuldung der Bauern die wirtschaftliche Situation zusätzlich negativ. Die Kolonialverwaltung versuchte durch den Anbau von Reis, für dessen Import hohe Summen ausgegeben werden mussten, den Problemen, die durch die Konzentration auf den Erdnussanbau entstanden waren, entgegenzuwirken. Mitte des 20. Jahrhunderts scheiterten diese Vorhaben jedoch, da Männer nur mehr in der Erdnussproduktion beschäftigt sein wollten, weil Erdnüsse als *Cash Crop* fungierten. Frauen bewirtschafteten die Reisfelder zwar, wurden aber zur Erntezeit der Erdnüsse von diesen abgezogen, um bei der Ernternte zu helfen. Die Reiserntezeit überschneit sich jedoch mit der

Erdnussernte und so gingen die Reisfelder oft zugrunde. 1949 wurde das *Gambia Oilseed Marketing Board* (GOMB) gegründet, welches die Produktionspreise fixierte, den Bauernfamilien ihre gesamte Ernte abkaufte und den Weiterverkauf über Lizenzvergabe an diverse Händler regelte. Nach der Unabhängigkeit wurde das GOMB als *Gambia Produce Marketing Board* weitergeführt. Ein zunehmend wichtiger „Wirtschaftszweig“ für Gambia wurde in den 1960er Jahren der Schmuggel von Erdnüssen über die Grenze zwischen Senegal und Gambia (Schicho 2001: 314-316).

Die wirtschaftliche Situation war auch schon zur Kolonialzeit vom internationalen Handel abhängig. Haupteinnahmequelle der Regierung waren bis zum Zweiten Weltkrieg die Zolleinkünfte. Die Investitionen für Entwicklung wurden von der britischen Regierung in Form von Darlehen geleistet. Zur Zeit der Unabhängigkeit kamen etwa zwei Drittel der Staatseinkünfte aus Abgaben und Gebühren, die durch den Welthandel erzielt wurden (Hughes/ Perfect 2006: 31). Die Exporte blieben trotz der Versuche, andere Saaten zu verbreiten, auch nach dem Zweiten Weltkrieg von Erdnüssen und Erdnussprodukten dominiert. *„Groundnuts continued to dominate external trade and in most years before independence made up at least 90 percent of export and were therefore virtually the only source of foreign exchange earnings”* (Hughes/ Perfect 2006: 33). Obwohl Gambias Wirtschaft auf dem Anbau einer einzigen Frucht für den Export basierte, waren die Einkommensunterschiede zwischen Bauern und Angestellten in der Kolonie enorm:

„Gambian agriculture is predominantly devoted to the output of a single crop, of which not more than 10 per cent is consumed locally; which faces increasingly stiff competition in world markets; which is produced laboriously with primitive tools and soil-wasting methods; and which brings the most skilled farmers less income in a year than a mediocre clerk or artisan in a month” (The Gambia 1964: 6).

Trotz dieser Feststellungen war in Gambias Entwicklungsprogramm für die Jahre 1964 bis 1967 weiterhin eine Fokussierung auf den Erdnussanbau und die Vermarktung von Erdnussprodukten geplant. Zwar sollte nun auch Reis angebaut werden, um der steigenden Nachfrage im Land nachzukommen, jedoch war eine weitere Diversifikation in der Landwirtschaft bzw. Wirtschaft aus der Perspektive der Regierung eher ein Langzeitprojekt (The Gambia 1964: 5-6).

Das Entwicklungsprogramm war für den Zeitraum von dreieinhalb Jahren zwischen 1964 und 1967 festgelegt und auf insgesamt 4,4 Millionen Pfund budgetiert. Das Budget wurde größtenteils von Großbritannien zur Verfügung gestellt. Die wichtigsten

Sektoren des Programms waren: externe und interne Kommunikation, welche vor allem den Ausbau des Hafens und des Flughafens sowie den Straßenbau betraf; Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei inklusive Verarbeitung und Vermarktung; Anlagen und Betriebs- bzw. Hilfsmittel, wie Bau oder Ausbau öffentlicher Gebäude, z.B. des Polizeipräsidiums, des Obersten Gerichtshofs oder des Parlaments. Weitere Sektoren, für die jedoch deutlich weniger budgetiert wurde, waren: Bildung, ländliche Entwicklung und Bebauung, Gesundheit und die Entwicklung des Sozialwesens (The Gambia 1964: 2-6).

4.3 Demokratiepolitische Entwicklung: Von der Unabhängigkeit bis 1975

Am 18. Februar 1965 erlangte Gambia nach friedlichen Verhandlungen mit der Kolonialverwaltung seine Unabhängigkeit und ein neuer Staat war entstanden.

4.3.1 Gambia: Die Geburt eines souveränen Staates

Gambias Souveränität und sein Fortbestand als unabhängige Nation wurden anfangs von diversen Seiten bezweifelt. Es wurde als „hotdog in a Senegalese roll“ oder seine Unabhängigkeit als „birth of an improbable nation“ bezeichnet (Rice 1967). Die Rufe nach einer Vereinigung mit Senegal wurden laut, da die beiden Staaten dieselben kulturellen und historischen Wurzeln besäßen und die Grenze zwischen Senegal und Gambia ein rein koloniales Produkt wäre. Trotz aller Zweifel entwickelte sich der Staat aber nach seiner Unabhängigkeit erfolgversprechender als viele andere unabhängig gewordene Staaten Afrikas (Nyang 1977: 29).

Bei den Unabhängigkeitsverhandlungen von 1965 versprach D.K. Jawara keine utopischen Entwicklungswunder, sondern wies in seiner Rede darauf hin, dass Veränderungen in Richtung Wohlstand hart erarbeitet werden müssten:

„Independence is not a magical formula which will transform your groundnuts into diamonds. Independence does not mean an overnight change from poverty to wealth, or that leisure will replace hard work. It means facing the fact that we shall be on our own and that by our own efforts we must earn our keeps“ (West Africa 21. Feb. 1970: 184, in: Haswell 1975: 145).

Nach der Unabhängigkeit wurde Gambia von den Industriestaaten als positives Beispiel für friedliche und demokratische Entwicklung in Afrika gelobt. Regelmäßige Wahlen, die Verfassung und das formale Bestehen eines Multi-Parteiensystem

waren die Gründe für das Lob. „*Gambia galt als Musterland für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Presse und Justiz galten als relativ frei*“ (Wegemund 2000: 75-76).

Zehn Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit war Gambia neben Botswana das einzige Land im subsaharischen Afrika, das regelmäßig wiederkehrende, relativ freie Wahlen abhielt und Oppositionsparteien uneingeschränkt zuließ. Eine weitere Besonderheit des kleinen Landes war, dass es bis Anfang der 1980er Jahre keine Armee hatte. Trotz der Existenz unterschiedlicher religiöser, ethnischer und sozialer Gruppen, lebten die Menschen in Gambia friedlich miteinander (Hutchison 1975: 11-12). PolitikerInnen des Landes hatten erkannt, dass die politische Stabilität Gambias die einzige Chance für seine souveräne Existenz war. „*Since her independence a decade ago, the tiny Republic of the Gambia has earned the Reputation of being one of Africa's most stable and peaceful political systems*“ (Nyang 1976: 35).

Die Regierung erkannte die Risiken, die sich durch die Bevorzugung des Gebiets der ehemaligen Kolonie und die Konzentration auf den Erdnussanbau, zwecks Befriedigung britischer Interessen, aufgetan hatten; trotzdem änderte sie den Kurs nicht ausschlaggebend und es kam zu wenigen Innovationen. Dies konnte man bei genauerer Betrachtung der Entwicklungsprogramme der 1960er und 70er Jahre erkennen. Beispielsweise besuchten in der Dekade zwischen 1964 und 1974, 80 Prozent der Volksschulkinder Schulen in der Hauptstadt und im umliegenden Gebiet. 70 Prozent der Ausgaben für Wasser- und Elektrizitätssysteme wurden für Projekte in städtischen Gebieten ausgegeben und 76 von 135 der bedeutendsten Bauten wurden in Banjul und seiner Umgebung erbaut. So wurde auch zehn Jahre nach der Unabhängigkeit die koloniale Politik, der Bevorzugung der städtischen Bevölkerung bzw. der städtischen Gebiete, fortgeführt und die ländlichen Regionen blieben vernachlässigt. Deshalb wurde die ländliche Entwicklung zur grundlegenden Hauptstrategie des Entwicklungsplans, der den Entwicklungsprogrammen von 1964 bis 1974 folgen sollte (Hutchison 1975: 11-12).

Die politische Entwicklung nach der Unabhängigkeit war vor allem von der Dominanz der „*People's Progressiv Party*“ (PPP) geprägt. Sie absorbierte politische Oppositionelle allzu oft, was schließlich dazu führte, dass Gambia trotz formalen Multi-Parteien-System de facto zu einem Staat mutierte, der von einer Partei dominiert bzw. zu einem Einparteienstaat wurde (Hutchison 1975: 12).

4.3.2 Erfolgsgeschichte der „People’s Progressive Party“

Die „People’s Progressive Party“ gewann alle Wahlen zwischen 1965 – 1994.¹⁹ Ebenso gewann Jawara alle abgehaltenen Präsidentschaftswahlen seit Gambias Unabhängigkeit. Er dominierte die politische Landschaft Gambias für drei Dekaden (Hughes/Perfect 2006: 291).

In einem Verfassungsreferendum wurde die gambische Verfassung in einem zweiten Anlauf 1970 geändert. Dadurch wurde Gambia zur Republik und der bisherige Premierminister Jawara automatisch Präsident. Eine neuerliche Verfassungsänderung im Jahr 1982 ermöglichte die Direktwahl des Präsidenten. Im gleichen Jahr wurde Jawara somit erstmals direkt vom Volk gewählt. Der Aufbau der Verfassung wurde hinsichtlich der Absicherung und des Erhaltes der Macht des Präsidenten forciert (Wegemund 2000: 76).

Die PPP, die ihre Basis in den Provinzen hatte und als ehemalige Protektoratspartei eine vielfach größere AnhängerInnenzahl hatte als die städtischen oppositionellen Parteien, gewann alle oben angesprochenen Wahlen mit überwältigender Mehrheit. Sie erhielt nach der Unabhängigkeit Mitte der 1960er Jahre bis in die frühen 80er Jahre zwischen 60-70 Prozent der Wählerstimmen. Auch bei den Wahlen 1987 und 1992 konnte sie fast 55 Prozent erzielen. Die einzigen ernstzunehmenden Konkurrenten waren 1966 die „United Party“ (UP) mit 33,37 Prozent und 1977 und 1987 die „National Convention Party“ (NCP), die knapp 30 Prozent erreichte (Edie 2000: 166). Die NCP wurde von Sherif Dibba gegründet, der lange als Vizepräsident Jawaras und Parteimitglied der PPP fungierte (Wiseman 1990: 56).

Die Dominanz der PPP lässt sich nicht zuletzt durch deren permanente Schwächung der Opposition erklären: *„The ruling party co-opted the top hierarchy of the opposition parties and gave them lucrative cabinet posts or other opportunities to improve their living standards“* (Nyang 1974, in: Edie 2000: 164).

Nyang fasst die Gründe für den Erfolg der PPP in mehreren Punkten zusammen: Einerseits wechselten viele wichtige politische Persönlichkeiten der Opposition zur PPP, was die Position der Regierungspartei erheblich stärkte. Andererseits wurden aktive Oppositionelle psychologisch unterdrückt: *„The second factor which is responsible for the P.P.P.’s dominance in Gambian politics is the fact that it has been able to use state power to suppress opponent, not violently but psychologically“*

¹⁹ Wahlen: 1966, 1972, 1977, 1982, 1987, 1992

(Nyang 1976: 35). Zudem hatte die PPP es geschafft aus einer ehemaligen Mandinka dominierten, ländlichen Partei zu einer multiethnischen nationalen Partei zu werden, was erheblich zu ihrem Erfolg beitrug (Nyang 1976: 35-36).

Einerseits hatte diese Integrationspolitik Jawaras und der PPP den Effekt die anderen politischen Parteien weitgehend zu marginalisieren; andererseits wurden die Konflikte zwischen den Eliten und der ländlichen Bevölkerung bzw. zwischen der ehemaligen Bevölkerung der Kolonie und des ehemaligen Protektorats entschärft (Wegemund 2000: 76).

4.3.3 Politische Parteien in der politischen Landschaft nach 1965

Kurz nach der Unabhängigkeit, im Jahr 1965, bildeten die PPP, die UP und die DCA eine Koalitionsregierung. Diese hielt jedoch nur wenige Monate. Vorwürfe aufgrund von mangelnden Kooperationswillen der UP wurden durch die PPP laut und so wurde die Koalition aufgekündigt. Daraufhin löste sich die DCA vollständig in der PPP auf (Bernecker 1976: 274). Die Koalition wurde von den meisten Beobachtern als positiv bewertet, da Opponenten aus dem städtischen und dem ländlichen Raum miteinander vereint regierten. Dementsprechend wurde das Scheitern der Koalition als politisch, für die Zukunft des Landes maßgebliches Ereignis gewertet (Nyang 1974/75: 25). Nach Auflösung der Koalition blieben viele Mitglieder der UP bei der PPP. Das wichtigste, nun ehemalige Mitglied der UP war Alhadji Momodu Musa Njie, der zu jener Zeit als einer der reichsten Männer Gambias galt und somit als wichtiger Sponsor der Partei fungierte (Nyang 1974/75: 26-29).

1966 standen dann folgende Parteien zur Wahl: die PPP, die UP und die Nachfolgepartei der MCP namens „*Gambian Congress Party*“ (GCP). Die PPP gewann die Wahl mit bedeutender Mehrheit (Bernecker 1976: 274).

Das Jahr 1968 wurde in der Literatur als entscheidend für den Erfolg der PPP und somit für die politische Entwicklung Gambias beschrieben. Einerseits kam es in diesem Jahr zur Hochzeit zwischen D.K. Jawara und einer Tochter von Alhadji Momodou Njie, und somit zu einer noch engeren Bindung zwischen einem der reichsten Männer des Landes und dem politisch mächtigsten Mann Gambias. Gleichzeitig verlor die UP nun dauerhaft ihren vormals wichtigsten Sponsor und viele AnhängerInnen, die Alhadji Momodou Njie zur PPP folgten. Andererseits kam es 1968 nach einem Disput zwischen Jawara und dem damaligen Finanzminister Sheriff Seesay wegen seiner von Jawara geplanten Versetzung ins Außenministerium zu dessen Austritt aus der Partei. Seesay, der in dem Postenwechsel einen enormen

Machtverlust sah, bevorzugte es die Partei zu verlassen. Er gründete daraufhin eine neue Partei, die „*Progressive People's Alliance*“ (PPA). Die Leitung der PPA besteht vollständig aus ehemaligen PPP-Mitgliedern. Die Partei war jedoch nicht erfolgreich und löste sich schon vor den nächsten Wahlen von 1972 wieder auf. Die meisten Mitglieder gingen wieder zur PPP zurück. Neben diesen Ereignissen kam es 1968 außerdem zu dem Anschluss des erfahrenen Politikers und zuletzt Gründers der GCP I.M. Garba-Jahumpa an die PPP. Er löste davor die GCP auf und wurde, nicht zuletzt wegen seines Sitzes im Parlament, seiner städtischen Anhängerschaft und seiner jahrzehntelangen Erfahrung in der Politik von der PPP mit offenen Armen empfangen (Nyang 1974/75: 26.29; Bernecker 1976: 274-275).

Zudem kam es, aufgrund diverser Differenzen innerhalb der UP- Führerschaft über einen erneuten Anschluss an die PPP zu einer weiteren Schwächung der Oppositionspartei, da viele ihrer Parlamentarier sich der PPP anschlossen (Nyang 1974/75: 30).

Wie erwähnt wurde Gambia aufgrund des Referendums von 1970 zur Republik und Jawara vom Premierminister zum Präsidenten. Während in der Hauptstadt Banjul die Bevölkerung mehrheitlich gegen die republikanische Verfassung stimmte, war der Großteil der ländlichen Bevölkerung dafür. Nach der Angelobung Jawaras zum Präsidenten, verkündete er, Gambia sei nun „*an independent and sovereign republic whose constitution embodies the high principles of democratic government and guarantees all civil liberties and fundamental human rights to every Gambian citizen*“ (West Africa 9. Mai 1970, in: Haswell 1975: 141).

Im Oktober 1975 wurden die „*National Liberation Party*“ (NLP) und die „*National Convention Party*“ (NCP) gegründet. Politischer Führer der NLP war P.C. Secka, der gegen die Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Lebenserhaltungskosten kämpfte. Gründer und Leiter der NCP war der ehemalige Vizepräsident S. Dibba. Dibba warf der Regierung Tribalismus vor und kritisierte die steigenden Kosten zur Lebenserhaltung (Bernecker 1976: 275).

Trotz der Existenz unterschiedlicher Parteien, gab es bis Mitte der 1970er Jahre²⁰ insbesondere aber bis Mitte der 1980er Jahre²¹ keine signifikanten ideologischen Unterschiede zwischen ihnen. Im Gegensatz zu politischen Parteien in anderen unabhängig gewordenen Staaten Afrikas, beriefen sich die Parteien weder auf den

²⁰ 1975 Entstehung der „National Liberation Party“

²¹ 1986 Gründung der „People's Democratic Organisation for Independence and Socialism“ (PDOIS)

Marxismus noch auf den afrikanischen Sozialismus oder die Négritude. Die wesentlichen Unterschiede waren die verschiedenen Ansichten über die Art und Weise der Außenbeziehungen zu England und Senegal. Maßgeblich für den Erfolg der unterschiedlichen Parteien waren die Persönlichkeiten ihrer politischen Führer. Die PPP war nach der Unabhängigkeit sicherlich die am besten organisierte Partei. Die Differenzen zwischen der PPP und der UP betrafen eine Union bzw. die Beziehungen zu Senegal. Während die PPP ein enges Verhältnis bzw. eine Union mit Senegal anstrebte, lehnte die UP das strikt ab, da sie sich den britischen Gedankengut und dem Commonwealth verbunden fühlte. Auch in den Fragen zur Staatsform Gambias verfolgte die PPP schon seit 1965 das der Republikgründung, während die UP sich für eine konstitutionelle Monarchie einsetzte (Bernecker 1976: 276-277).

Obwohl Gambia de facto politisch ein Einparteiensystem war, muss es als positiv gewertet werden, dass die Bildung und das Operieren einer oder mehrerer Oppositionsparteien von Seiten der Regierung stets zugelassen wurde (Nyang 1974/75: 31). Außerdem kam es im Laufe der Jahre in den diversen politischen Parteien zu einer Durchmischung unterschiedlicher Religionen, Ethnien und sozialer Zugehörigkeiten, sodass den politischen Führern nicht vorgeworfen werden kann, dass ihre Parteien auf Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppe basierten. Kompromissbereitschaft und Verhandlungsfähigkeit, welche sich nicht zuletzt in den zahlreichen Vereinigungen und Kooperationen innerhalb der politischen Landschaft äußerten, hatten ebenfalls dazu beigetragen, das Fortbestehen Gambias als souveräner Staat mit demokratischer Entwicklung zu sichern (Nyang 1977: 44-45).

4.4 Soziökonomische Entwicklung: Von der Unabhängigkeit bis 1975

Nach der Unabhängigkeit waren vor allem zwei Sektoren wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung Gambias. Zum einen die Landwirtschaft und hier weiterhin der Anbau von Erdnüssen, zum anderen der Tourismus, der sich als neues, gewinnbringendes Terrain auftat. Zudem wollte die Regierung in den Sektoren Gesundheit, Bildung und ländlicher Entwicklung, vor allem aber im Bereich des Infrastrukturausbaus in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit investieren (The Gambia 1964; The Gambia 1967).

4.4.1 Entwicklungsplanung

Gambias Regierung erarbeitete in den Jahren zwischen 1960 und 1975 drei Entwicklungsprogramme, die zwischen 1964 und 1974 wirksam wurden und einen fünfjährigen Entwicklungsplan, der 1975 in Kraft trat. Auf das erste Entwicklungsprogramm, das noch in der Kolonialzeit, jedoch unter interner Selbstregierung entwickelt wurde, wurde schon weiter oben eingegangen. Die finanziellen Mittel konzentrierten sich auf den Ausbau der Infrastruktur. Die guten Umsätze aus der Erdnussproduktion führten zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung. Es konnten aber nicht alle Projekte umgesetzt werden, da der Regierung einerseits die Kapazitäten für eine hinreichende Umsetzung fehlten, andererseits die Kosten für die Projekte teilweise unterschätzt wurden, so dass ihre Fertigstellung vom nachfolgenden Entwicklungsprogramm abhängig war. Das zweite Entwicklungsprogramm deckte den Zeitraum von 1967/68 bis 1970/71 ab und konzentrierte sich im landwirtschaftlichen Bereich auf die Ertragssteigerung der Erdnussproduktion, des Reisanbaus und des Viehbestandes. Hauptaugenmerk wurde jedoch wieder auf den Infrastruktursektor gelegt, der vor allem Projekte, wie den Straßenbau und den Ausbau von Flughafen und Hafen beinhaltete. Auch für die Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden und die Einrichtung öffentlicher Ämter wurde ein großer Teil des Budgets des Entwicklungsprogramms vorgesehen. So wurden 2,2 Millionen des insgesamt 5 Millionen Pfund umfassenden Budgets des Programms, für den Infrastrukturbereich eingeplant. Dem Agrarsektor sollten insgesamt 650.000 Pfund zukommen, was ihm zum zweitgrößten Investitionsempfänger des Budgets machte. Vergleichsweise war für den Bildungsbereich nur eine Summe von 400.000 Pfund und für den Gesundheitssektor überhaupt nur ein Budget von 150.000 Pfund eingeplant. Den Ausbau im Bereich der Fischerei und des Tourismus überließ die Regierung vorläufig privaten Investoren und plante in diesen Bereichen nur minimale Summen ein. (The Gambia 1964; The Gambia 1967).

Das Entwicklungsprogramm für die Jahre 1971/72 bis 1973/74, musste aufgrund der langsamen Implementierung um ein Jahr verlängert werden. Wie die ersten beiden Programme formulierte es Ziele bezüglich der geplanten staatlichen Investitionen für Entwicklung. Die meisten Zahlen waren jedoch vorläufig und konnten von Seiten der Regierung jederzeit angepasst werden. In dem genannten Programm wurde noch mehr Wert auf die Diversifikation in der Landwirtschaft, vor allem durch die

Intensivierung des Reisanbaus, gelegt. Weiters wurden diverse Gemüse wie Zwiebeln, Limonen oder Maniok, sowie Baumwolle angebaut. Gleichzeitig sollte es zu einer Steigerung der Wertschöpfung in dem Sektor kommen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Viehhaltung und Ackerbau wurde angestrebt. Wieder mussten Projekte des vorangegangenen Entwicklungsprogramms mit Mitteln aus dem Budget dieses Programms bezahlt werden. Wieder entfiel ein Großteil des Budgets, insgesamt 51 Prozent, auf den Kommunikationssektor. Der Agrarsektor erhielt 21 Prozent der Gesamtinvestitionen. Nur sechs Prozent entfielen auf das Bildungs- und Gesundheitswesen. Obwohl große Anteile des Budgets, mehr als 80 Prozent, von bi- und multilateralen Gebern gestellt bzw. geborgt wurde, die den Schwerpunkt in der Landwirtschaft sahen, setzte die Regierung ihre Prioritäten nach eigener Vorstellung fest (Burisch 1976: 60-63).

Ab 1975 trat der erste fünfjährige Entwicklungsplan in Kraft, der den Anspruch auf detaillierte und zuverlässigere Angaben erhob. Ländliche Entwicklung wurde aufgrund der starken Asymmetrie zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung zum zentralen Element des Entwicklungsplans. Um der hohen Kindersterblichkeit in den Dörfern entgegenzuwirken, sollten Gesundheits- und Wasserwesen weiter ausgebaut werden. Auch neue Schulen sollten im ländlichen Raum gebaut werden. Das Problem der Abhängigkeit von der Erdnusswirtschaft und eine weitere Diversifikation wurden zweitrangig. Der Bau weiterer Anlagen für die Tourismusindustrie und die Verbesserung des Güter- und Personentransports waren geplant. Trotz der ambitionierten Programme und Pläne hatte sich die Wirtschaft Gambias Anfang der 1970er Jahre im Vergleich zum Bevölkerungswachstum nur unzureichend weiterentwickelt (Burisch 1976: 64-65).

4.4.2 Landwirtschaft

Trotz der Erkenntnis, dass die Monokultur in der Landwirtschaft durch den Erdnussanbau die Wirtschaft Gambias vielen Risiken aussetzte und eine große Abhängigkeit schuf, investierte man weiterhin in die Erdnussproduktion und versuchte, die dadurch erzielten Gewinne auszubauen. Im Welthandel besaß Gambia keine Verhandlungsmacht und musste die Preisänderungen, die dort diktiert wurden schlicht hinnehmen. Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit verzeichnete Gambia ein hohes Wirtschaftswachstum. Dieses erreichte, vor allem aufgrund der guten Erndussernte und der Produktionssteigerung einiger Importsubstituierender Waren, 1967-68 seinen Höhepunkt. Durchschnittlich erzielte der Staat während der

1960er Jahre ein jährliches Wirtschaftswachstum von etwa 4,5 Prozent, während der Bevölkerungszuwachs damals vergleichsweise etwa 2,6 Prozent betrug. Doch schon ab 1969 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation drastisch. Es kam zu Dürreperioden, die sich auf die landwirtschaftliche Produktion negativ auswirkten. Insgesamt fiel das Wirtschaftswachstum zwischen 1969 und 1977 auf etwa 1,5 Prozent jährlich. Hirse, Mais, Reis wurden als Grundnahrungsmittel angebaut. Zusätzlich wurden Fisch, Meerestiere und Palmkernsamen gefangen bzw. produziert, welche aber eher für den lokalen Verbrauch dienten und nur in geringen Mengen exportiert wurden (Sallah 1990: 624-627). Auch in den 1970er Jahren war die Erdnuss, trotz voranschreitender Diversifikation, für die wirtschaftliche Leistung des Landes bestimmend:

„Indeed, in the 1970s the main cash crop, groundnuts, together with its oil and cake by-products, accounted for 90 per cent of total exports. Despite some diversification in recent years into palm kernels, cotton, limes, hides, and fish, it must be emphasised that groundnuts are still all-important for the country's economy” (Sallah 1990: 627).

4.4.3 Tourismus

Der Tourismussektor blieb von der negativen wirtschaftlichen Entwicklung in der Landwirtschaft unbeeinflusst. Er begann sich unmittelbar nach der Unabhängigkeit zu entwickeln und in den 1970er Jahren erreichten die Zahlen ihren Höhepunkt. Waren es 1965 noch 300 TouristInnen, so erreichte die Zahl der Urlauber 1971/72 insgesamt 21.049 (Harrell-Bond/Harrel-Bond 1979: 79). Anfangs waren mehr als 90 Prozent der TouristInnen aus skandinavischen Ländern, allen voran Schweden, später auch Dänemark. Auch die Briten waren als nennenswerte Urlaubergruppe vertreten (Wheeler/ van Dijk 1974: 8). Durch Gambias Ruf als stabiles und demokratisches Land war es sowohl für Urlauber als auch für Investoren ein attraktiver Standort. Es kam jedoch auch zu scharfer Kritik an der Tourismusentwicklung in Gambia. *„[T]ourism in the Gambia was introduced by foreign buisness interests because of the high rates of return on investment, facilitated by a lenient policy of the government towards foreign capital“* (Harrell-Bond/Harrel-Bond 1979: 78). Harrel-Bond meinte, die Entwicklung der Tourismusindustrie vergrößere Gambias Abhängigkeit von externen AkteurInnen weiter. Die ausländischen Unternehmer strichen den Großteil der Gewinne ein, während Gambias Wirtschaft als auch die Gesellschaft nur Nachteile erleiden würden. Der Regierung wurde damals ans Herz gelegt die Infrastruktur zu

verbessern um den weiteren Ausbau der Tourismusindustrie zu ermöglichen. (Harrell-Bond/Harrell-Bond 1979: 78-80).

“The development plan for tourism [²² ...] encouraged and expanded foreign economic domination. It increased Gambia’s dependency on and its sensitivity to economic fluctuations in the tourist-generating markets outside the country [...]. It is estimated by one Swedish economist that out of each tourist dollar, 90 cents remains in Sweden [...]. Tourism has increased the disparities between the urban and the rural areas and has had a demoralizing effect upon the society” (Harrell-Bond/Harrell-Bond 1979: 88-89)

Auch das folgende Zitat verdeutlicht die Annahmen der Autoren über die Auswirkungen des Tourismus auf die gambische Ökonomie und Gesellschaft:

“While female prostitution is common, male prostitution among young Gambians is rampant. Middle-aged Scandinavian women, the age-group which predominates among tourists, openly solicit and the potential rewards for the young men concerned are not limited to the payments they receive” (Harrell-Bond/Harrell-Bond 1979: 88).

Hutchison erwähnte die Probleme, die mit der Ausweitung der Tourismusindustrie einhergingen. *„Criticism has been directed both at the poor economic returns of tourism, and at the social impact on a small, predominantly Moslem country of thousands of down market, mainly Scandinavian package tourists“* (Hutchison 1975: 13). An der Regierung kritisierten viele AutorInnen, dass sie den Investoren und Hotelbetreibern bezüglich der Steuerpolitik damals zu großzügig waren. Obwohl einige Arbeitsplätze für die gambische Bevölkerung geschaffen wurden, waren diese niedrig bezahlt und nur saisonal (Hutchison 1975: 13-14).

4.4.4 Gesundheit und Bildung

In den Bereichen Bildung und Gesundheit hinterließ die britische Kolonialadministration wie oben angeführt kaum Ressourcen. 1965 waren in Banjul 82 Prozent der Sechs- bis Zwölfjährigen in der Schule eingeschrieben. In den Provinzen besuchten hingegen nur 16 Prozent dieser Altersgruppe die Schule (Haswell 1975: 143). Zwischen 1965 und 1975 stieg die Zahl der Volksschulen von 83 auf 94 an. Die Anzahl der Kinder, die eine Volksschule besuchten verdreifachte sich innerhalb von zehn Jahren, gemessen ab dem Jahr der Unabhängigkeit. 1975 besuchten 5.971 Schüler eine weiterführende Schule, insgesamt doppelt so viele als im Jahr 1965. Da es damals außer dem Ausbildungszentrum für LehrerInnen kaum

²² Der Entwicklungsplan für Tourismus basiert auf den Studien des VN – „Experten“ Bolt, welche 1971 von den Vereinten Nationen finanziert wurden. Die Harrell-Bonds werfen den Autor Rassismus und Überheblichkeit vor (Harrell-Bond/ Harrell-Bond 1979:78-83)

weiterführende Ausbildungsangebote gab, waren die SchülerInnen auf ausländische Kurse oder Universitätslehrgänge angewiesen, welche sich jedoch nur die wenigsten leisten konnten (Harrel-Bond/ Harrel-Bond 1979: 79).

Im Gesundheitssektor kam es nur zu marginalen Fortschritte, so hatte sich beispielsweise die Anzahl der ländlichen Gesundheitsstationen innerhalb von zehn Jahren seit der Unabhängigkeit von 66 auf 80 erhöht (Harrel-Bond/ Harrel-Bond 1979: 79). Gleichzeitig wurde in den Bau des Ambulanzgebäudes des Royal Victoria Hospitals und in den Ausbau der Wasserversorgung investiert (The Gambia 1967).

Die Bevölkerung Gambias wuchs von etwa 330.000 Menschen im Jahr 1965 auf circa 500.000 Menschen im Jahr 1975 (The Gambia 1967; Hutchison 1975: 11).

Der *Human Development Index*²³ (HDI), der die sozioökonomische Entwicklung verschiedener Staaten mit einem Wert zwischen 0 und 1 misst und seit 1990 im *Human Development Report* des UNDPs erscheint, gab für Gambia rückblickend für das Jahr 1975 einen Wert von 0.290 an. Je höher der Wert ist, desto größer ist die sozioökonomische Entwicklung eines Landes. Gambia lag mit diesem geringen Wert an einer der letzten Stellen unter den erfassten Ländern. Der HDI besteht aus den drei Komponenten Bildung, Lebenserwartung und Wohlstand (Human Development Index o.J.; Human Development Report 2007/2008).

Trotz einiger Entwicklungen auf sozioökonomischer Ebene, kam es im untersuchten Zeitraum, gleichzeitig zeitweise zu Verschlechterung der Lebensbedingungen, vor allem der bäuerlichen Bevölkerung. Besonders betroffen waren dort Frauen und kleine Kinder, die bei Lebensmittelknappheit am meisten litten (Sallah 1990: 627).

²³ Für detaillierte Informationen zum HDI siehe: <http://hdr.undp.org/en/statistics/indices/hdi/>

5. Wichtige Ereignisse zwischen 1975-1990

„Jawara and the PPP, having narrowly survived overthrow in the abortive coup of 1981, enjoyed over another decade of political success [...]. However, they failed again to tackle the deep-seated problem of political corruption” (Hughes/Perfect 2006: 250).

Da es in dem Zeitraum zwischen 1975 und 1990 zu einigen, für das weitere Verständnis wichtigen Ereignissen kam, sollen diese hier kurz zusammengefasst werden.

5.1. Wirtschaft

Der eigentliche „self-reliance“ Plan, den sich Jawara für Gambia gewünscht hätte, konnte aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nicht umgesetzt werden. Stattdessen musste ein von der PPP-Regierung entworfenes und vom IWF akzeptiertes Strukturanpassungsprogramm implementiert werden.

5.1.1 Entwicklungspläne

Von 1975 bis 1980 wurde der erste umfangreichere Entwicklungsplan in Gambia implementiert. Es kam daraufhin zu einem deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums. Doch schon während des Nachfolgeplans, der für die Jahre 1981/82 bis 1985/86 entwickelt wurde, kam es zu Problemen. Aufgrund enormer wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Regierung, musste der zweite Fünfjahresplan vorzeitig abgebrochen werden. In den 80er Jahren kam es in Gambia zu einer wirtschaftlichen Krise. Die Dürre in der Sahelzone, die in Gambia zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erträge führte, das Fallen der Weltmarktpreise für Erdnüsse und Erdnussprodukte während des gleichzeitigen Anstiegs der Ölpreise waren die Gründe, die zu einer leeren Staatskasse, Inflation, hoher Arbeitslosigkeit und einer Aussetzung der Schuldenrückzahlungen führten (Edie 2000: 174-175). Zwischen 1981 und 1984 kam es zu einer Erhöhung der Schuldenrückzahlungen von fast 300 Prozent. Diese Entwicklungen gingen mit einer Entwertung des Dalasi einher (Touray 2000: 131).

5.1.2 Strukturanpassungsprogramm: *Economic Recovery Programme*

Ab 1985 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung und die Armut stieg an; nur eine kleine Elite steigerte ihr Vermögen in dieser Zeit, teilweise

durch Korruption. Die Korruptionsvorwürfe gegen die Jawara-Regierung häuften sich Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre zunehmend. Im selben Jahr kam es dann zur Implementierung eines vom IWF unterstützten Strukturanpassungsprogramms, für die Jahre 1985 bis 1990, mit dem Namen Economic Recovery Programme (ERP)²⁴. Die Strategien des ERPs waren u. a. die Liberalisierung und Reformierung öffentlicher Unternehmen, Verkleinerung von Staatsapparat und Verwaltung, Ertrags- bzw. Produktivitätssteigerung der vorhandenen Ressourcen, Entwicklung von Humanressourcen und die Stärkung des Steuersystems. Diese Strategien gingen mit einer Verringerung der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen der staatlichen Sozialleistungen, öffentlichen Arbeiten und der Landwirtschaft, sowie mit zahlreichen Kündigungen einher. Im Bildungs- und Gesundheitsbereich kam es zu keinen Verbesserungen. Trotz der Maßnahmen verringerte sich das Budgetdefizit zumindest während der Zeit des Programms nicht (Edie 2000: 175-177).

Der Großteil der Bevölkerung litt unter den Auswirkungen des ERPs. JournalistInnen von „*Foroyaa*“, der von der People's Democratic Organisation for Independence and Socialism (PDOIS) herausgegebene Zeitung, sahen das ERP als Werkzeug der amtierenden Partei um ihr Fortbestehen zu sichern; das ERP sei jedoch nicht im Interesse der gambischen Bevölkerung. Mitglieder der PDOIS meinten, dass besonders die Bauern und Bäuerinnen unter der Preisliberalisierung des ERPs leiden würden, da sie von den Schwankungen der Weltmarktpreise abhängig wären, welche wiederum unvorhersehbar seien (Foroyaa, 30. Juni 1989: 17 und 20, in: Sallah 1990: 629-631).

Es kam während des ERPs zur Verdoppelung und teilweise zur Verdreifachung von Lebensmittelpreisen und Ausgaben für Wasser, Elektrizität, Gesundheit und den öffentlichen Verkehr, während die Reallöhne der städtischen Bevölkerung sanken. „*Prices of government-supplied services such as health, electricity, water and public transport escalated*“ (Edie 2000: 176). Die Regierung konnte das ERP mehr oder weniger widerstandslos durchsetzen, da weder Opposition noch Zivilgesellschaft eine ausreichende Stärke hatten, um es zu bekämpfen. Einige Kritiker des Programms die einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert besaßen, bekamen hochrangige Posten zugesprochen und wurden so in das System eingebunden; die Kritik verstummte schnell. (Edie 2000: 177).

²⁴ Das Nachfolgeprogramm des ERPs war das Sustainable Development Programme (SDP) und wurde für den Zeitraum von 1990 bis 1994 anberaumt.

Von den Bretton-Woods Institutionen wurde das Programm als erfolgreich angesehen. Immerhin konnte das Bruttoinlandsprodukt gesteigert und die Inflation gesenkt werden (Touray 2000: 135).

Durch das neoliberale ERP verbesserten sich zwar die makroökonomischen Indikatoren des Staates, die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit verbesserten sich aber nicht. So lag die Lebenserwartung in Gambia 1992 bei 45 Jahren und die Kindersterblichkeitsrate bei Geburt bei 130 pro 1000 Geburten. 40 Prozent der Bevölkerung hatte keinen Zugang zu sauberem Wasser, die Rate der Analphabeten lag bei 75 Prozent und mehr als 75 Prozent der Menschen lebten in absoluter Armut (Edie 2000: 179).

5.2 Politik

Auch auf politischer Ebene kam es zu einigen erwähnenswerten Ereignissen.

5.2.1 Putschversuch 1981

1981 kam es in Gambia während der Abwesenheit Jawaras zu einem Putschversuch. Er wurde von einigen Mitgliedern der paramilitärischen Einheit *Field Force* initiiert und von städtischen Jugendlichen unterstützt (Edie 2000: 180).

Jawara bekam bei der Bekämpfung der Putschisten Unterstützung von Senegal. Insgesamt gab es zwischen ein- bis zweitausend Tote (Schicho 2001: 320). Nach diesem Ereignis wurde die Polizei durch die so genannte „*Mobile Police Force*“ ersetzt und statt der aufgelassenen *Field Force*, wurde die „*Gambia National Army*“ (GNA) gegründet (Edie 2000: 180).

5.2.2 Konföderation Senegambia 1982-1989

Nach der militärischen Unterstützung Senegals, kam es zum Zusammenschluss der beiden Staaten. Die Erwartungen aneinander waren jedoch unterschiedlich. Während Gambia es vor allem auf den Schutz Senegals abgesehen hatte, erwartete Senegal engere wirtschaftliche Kooperationen und auch Hilfe bei der Lösung einiger innenpolitischer Probleme (Schicho 2001: 321). In der Senegambischen Union war Gambia eher für wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben zuständig, während Senegal für die Bereiche Verteidigung, Sicherheit und Äußeres verantwortlich war. Der senegalesische Präsident war gleichzeitig Präsident der Union. Jawara hatte das

Amt des Vizepräsidenten inne. Die Innenpolitik der beiden Staaten blieb in jeweils eigener Hand (Wegemund 2000: 77).

Aufgrund dieser Differenzen und der Verschlechterung der Wirtschaftslage wurde im September 1989 das Scheitern der Föderation verkündet und beide Staaten gingen von nun an wieder getrennte Wege (Touray 2000: 115).

Nach der Auflösung der Föderation mit Senegal war die GNA nun eigenständig. Präsident Jawara entsendete 1990 eine Kampftruppe zur Unterstützung der ECOWAS Monitoring Group (ECOMOG) in Liberia (Ibrahim 2003: 56).

6. Demokratiepolitische & sozioökonomische Entwicklung: 1990-2007

„The Gambia has entered the 1990s while still suffering from a deep economic and political malaise. Its problems include poor agricultural performance [...] and political maladministration, as well as unemployment and its attendant social miseries” (Sallah 1990: 48).

In den 1990er Jahren kam es, sowohl politisch als auch wirtschaftlich in Gambia zu tief greifenden Veränderungen. Nach fast drei Dekaden relativer politischer Stabilität kam es zu einem militärisch herbeigeführten Machtwechsel. Für Gambia, das wesentlich von externer Unterstützung abhängig war, bedeutete das, dass diese vorerst wegfiel.

6.1 Demokratiepolitische Entwicklung 1990 – 2007

Bis auf den Putschversuch 1981 war das politische System in Gambia bis 1994 relativ stabil und friedlich. Es bestand also fast 30 Jahre lang ein Multiparteiensystem. Gambia war somit lange gemeinsam mit Mauritius und Botswana die Ausnahme am afrikanischen Kontinent. Trotz ökonomischer Reformen in den 80er Jahren blieb der Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit in Gambia niedrig. Vor dem Putsch von 1994 war die Dominanz der Regierungspartei fast uneingeschränkt, da die unabhängigen Medien und die Zivilgesellschaft zu schwach für nachhaltige Kritik waren. Trotz regelmäßig abgehaltener Wahlen hat es zwischen 1962 und 1994 keinen Machtwechsel in Gambia gegeben (Edie 2000: 161-162 und Ibrahim 2003: 53).

6.1.1 Politische Parteien und Wahlen Anfang der 1990er Jahre:

Politische Parteien in Gambia verfolgten lange dieselben Ideen und Strategien, jeweils mit der Überzeugung diese am besten umsetzen zu können. Erst mit der Entstehung der 1986 gegründeten People's Democratic Organisation for Independence and Socialism (PDOIS) kam es in der Parteienlandschaft zu größeren Unterschieden in der ideologischen Ausrichtung. Die PDOIS trat gegen die neoliberalen Wirtschaftsreformen und für eine neutrale Position in der Weltpolitik ein. Ihre sozialistisch geprägte Ideologie befürwortete einen starken

wirtschaftsregulierenden Staatsapparat. Während die National Convention Party (NCP) auch Anfang der 90er Jahre die Regierung thematisch kaum herausforderte, konfrontierte die PDOIS, trotz ihrer geringen Unterstützung der Wählerschaft, die Regierungspartei PPP fast täglich (Edie 2000: 165).

Die Präsidentschaftswahlen 1992 gewann erneut der amtierende Präsident. Auch die Parlamentswahlen von 1992 gewann die PPP mit 54,23 Prozent. Sie erhielt somit 25 der 36 Parlamentssitze. Bei den Wahlen waren neben der PPP die GPP, die NCP gemeinsam mit der UP, die People Democratic Party (PDP)²⁵, die PDOIS und einige unabhängige Kandidaten angetreten. Neben drei Parlamentssitzen für unabhängige Kandidaten erhielt sonst nur die NCP/UP Koalition, die 24,29 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, sechs Sitze (Hughes/Perfect 2006: 330, 339 und 247-249).

Dies waren die letzten Wahlen in der Jawara-Era. Die Legitimität der Wahlen wurde gegen Ende der Amtszeit Jawaras öfters hinterfragt. Es wurden Unregelmäßigkeiten bei der WählerInnenregistrierung festgestellt. So wurden beispielsweise WählerInnen registriert, die aus diversen Gründen nicht zur Wahl legitimiert waren. 1991 ging die PDOIS wegen dieser Unregelmäßigkeiten vor Gericht. Angeblich lebten zehn Prozent, der für Banjul registrierten WählerInnen nicht dort und Adressen wurden gefälscht. Die PDOIS gewann den Fall zwar nicht, konnte jedoch die Manipulationen zumindest öffentlich machen (Edie 2000: 170-171).

Es kamen Gerüchte auf, dass Präsident Jawara bei keiner weiteren Wahl kandidieren wolle und seitens der USA kamen Ängste auf, er könne den Machtwechsel nicht nach ihren Vorstellungen vollziehen (Yeebo 1995: 31-34).

6.1.2 Ereignisse kurz vor dem Putsch

Während in vielen Staaten Afrikas der Trend Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre weg von der autoritären Herrschaft hin zu Multiparteien-Politik ging, konnte sich die Demokratie in Gambia nicht konsolidieren. Es kam durch den Coup d'État 1994 zu einem Machtwechsel, mit den Folgen einer Militärregierung, gerade in einem Staat, der so lange ohne Armee ausgekommen war (Edie 2000: 161-162). Doch welche Ereignisse führten zu dem Putsch und wie gestaltete sich der Machtwechsel?

Im Gegensatz zu anderen Staaten Afrikas gab es in Gambia unter Jawara keine fundamentalen Menschenrechtsverletzungen. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre hatte Gambia keine politischen Gefangenen und im selben Zeitraum wurde auch die

²⁵ Die PDP wurde 1991 neu gegründet (Hughes/Perfect 2006: 245).

Todesstrafe abgeschafft. Bezieht man sich jedoch auf die African Charter for Human and Peoples Rights, die u. a. Rechte wie das Recht auf Gesundheit, auf Wasser, auf kostenlose Bildung mit einbezieht, so schnitt Gambia unter der Jawara-Era schlecht ab (Yeebo 1995: 20-21).

So waren es gerade die schlechten sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung, welche die ungezügelte Korruption der PPP-Regierung und den ausschweifenden Lebensstil der Regierungsmitglieder ad absurdum führten. „*That corruption had become part of the body politic in the PPP era was no secret*“ (Yeebo 1995: 23). Die ausufernde Korruption der Regierung wurde als Hauptgrund für den Sturz Jawaras angegeben. „*The primary reason given for the coup d'état was that the PPP government was steeped in rampant corruption*“ (Edie 2000: 182). Kurz vor dem Putsch kam es aufgrund der Budgetpolitik der PPP zu einer Kündigungswelle von hunderten öffentlichen Bediensteten. Zudem wurden die Preise für Schulen und Krankenhäuser angehoben; Wasser und Elektrizität wurden privatisiert und so stiegen auch die Preise in diesen Bereichen erneut an (Yeebo 1995: 30).

Zudem hatten sich die Beziehungen zu Senegal verschlechtert, welches aufgrund des anhaltenden Schmuggels seine Grenzen 1993 für den Transithandel sperrte und auch wegen des gescheiterten Konföderation unzufrieden mit den Beziehungen zu Gambia war (Touray 2000: 173-174).

Andere Gründe, die zu dem Sturz des Präsidenten führten, waren die sinkende Moral der Armee aufgrund verspäteter Gehaltszahlungen, die Tatsache, dass hohe Positionen innerhalb der Armee oftmals mit Nigerianern statt mit Gambiern besetzt wurden, die schlechten Lebensbedingungen in den Kasernen und die Korruptionsvorwürfe innerhalb des Militärs. Zudem hatte Lt. Jammeh persönlichen Groll gegen Präsident Jawara, da dieser ihn nach nur vier Monaten als „*Commander of the Presidential Guard*“ von dieser Position absetzte. Diesmal erhielt Jawara keinerlei externe Unterstützung bei der Bekämpfung der Putschisten. Er konnte auf ein Schiff der US-Marine fliehen, dass vor Gambias Küste lag und welches ihn, seine Familie und einige Minister der Regierung nach Senegal brachte, wo man ihnen politische Asyl gewährte (Wiseman 1996: 920; Edie 2000: 181-182).

6.1.3 Militärputsch und Militärregierung 1994-1996

Am 22. Juli 1994 stürzten Mitglieder GNA, angeführt von Lt. Yahya Jammeh die Jawara-Regierung. Der Coup d'État war unblutig und es gab keinen Widerstand. Berichten zufolge wurde der Sturz Jawaras von vielen GambierInnen sogar begrüßt

(Edie 2000:181). Militärrevolten 1991 und 1992 kündigten den Unmut der Soldaten und den bevorstehenden Putsch an. Offene Soldforderungen und Unzufriedenheit in der Elite des Militärs führten schließlich zum Machtwechsel. Die Putschisten setzten die Verfassung außer Kraft. Alle politischen Aktivitäten wurden durch die Militärregierung verboten. Der Armed Forces Provisional Ruling Council (AFPRC) übernimmt die Macht; er wird von Lt. Yahyah Jammeh geleitet (Wegemund 2000: 77-78). Lt. Yahyah Jammeh, ausgebildet in den USA, war zum Zeitpunkt des Putsches Mitglied der GNA, gleichzeitig war er einer der Hauptakteure beim Coup d'État (Wiseman 1996: 918).

Der Armed Forces Provisional Ruling Council (AFPRC) bestand neben Jammeh aus den Leutnants S.B. Sabally, Jammehs Stellvertreter, Saidibou Hydara, der als Innenminister fungierte, Edward Singhartey als Verteidigungsminister und Yankuba Touray, Minister der Lokalbehörden. Für kurze Zeit war auch Lt. Alhaji Kinteh Mitglied des AFPRC, er wurde jedoch kurz nach seiner Ernennung ohne Begründung verhaftet. Die fünf anderen ernannten sich noch im November desselben Jahres zu Captains der GNA und übernahmen von nun an die Staatsgeschäfte (Yeebo 1995: 43).

Es gab immer Gerüchte, die USA hätten den Putsch unterstützt. Der Botschafter, der sich immer wieder kritisch über Jawaras Führungsstil geäußert hatte, dementierte dies jedoch (Yeebo 1995: 32-35)

Der Militärputsch von 1994 beendete beinahe drei Dekaden des Multiparteiensystems in Gambia. Die Rechtsstaatlichkeit wurde untergraben und es kam zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. *„With these acts, the rule of law was severely compromised. Rule by decree became the typical mode of governance, with predictable arbitrary arrests, detentions, torture, disappearances, killings and other and other flagrant abuses of fundamental human rights* (Saine 2003: 58).

Die Presse konnte unter der Militärregierung nicht frei arbeiten, Journalisten wurden Opfer von Gewalt und Folter (Saine 2003: 58). Die PDOIS-Mitglieder und Herausgeber der Zeitung Foroyaa, Halifa Sallah und Sidia Jatta wurden inhaftiert (Wiseman 1996: 924) und der aus Liberia stammende Gründer der Zeitung „The Daily Observer“, Kenneth Best wurde sogar deportiert (Yeebo 1995: 97). Einige Monate nach dem Putsch wurden die beiden AFPRC-Mitglieder Sana Sabally und

Sadibou Hydara verhaftet. Sie wurden beschuldigt an einem vereitelten Coup d'État gegen Jammeh teilgenommen zu haben (Wiseman 1996: 922).

1995 wurde die „National Intelligence Agency“ (NIA) geschaffen, die später für Repression und Folter bekannt wurde und ein Klima der Angst verbreitete.

„The National Intelligence Agency (NIA), the official repressive arm of regime, engages in torture of dissidents and those perceived as threats to the regime. Predictably, the justice system and the courts are not generally regarded as independent, and serve the primary purpose of enforcing draconian laws and decrees“ (Saine 2003:58).

Im selben Jahr wurde auch die Todesstrafe wieder eingeführt, die Jawara erst 1993 abgeschafft hatte (Wiseman 1998: 218).

Die traditionellen „Partnerländer“ Gambias setzten ihre Unterstützung aus und es wurden keine weiteren Kredite gewährt, wodurch das Regime unter finanziellen Druck geriet (Wright 1997: 240).

Von 1994-1996 war die Militärregierung an der Macht. In diesen zwei Jahren kam es zu zahlreichen Verhaftungen von PolitikerInnen, MenschenrechtsvertreterInnen und zum mysteriösen Todesfall eines Ministers. Ursprünglich strebte der AFPRC die Rückkehr zur zivilen Regierungsform innerhalb von vier Jahren an. Wegen starker nationaler und internationaler Kritik wurde die Übergangszeit zu einer Zivilregierung auf zwei Jahre verkürzt. Ein nationales Beratungskomitee und 1995 eine Verfassungskommission wurden geschaffen (Wegemund 2000: 78).

Transition:

Durch die weggefallene Unterstützung vieler bisheriger Geberstaaten, geriet das Militärregime zunehmend unter Druck und bat Taiwan und Libyen um finanzielle Hilfe. Saudi Arabien und Kuwait unterstützten Gambia weiterhin, ihre Zahlungen reichten jedoch bei weitem nicht aus um die Verluste zu decken (Edie 2000: 183).

Die wirtschaftlichen Sanktionen, die Aussetzung der internationalen Hilfsleistungen führten neben den nationalen und internationalen Proteste schließlich dazu, dass die Militärregierung statt nach geplanten vier Jahren, schon nach zwei Jahren zur Zivilherrschaft zurückkehrte (Saine 2003: 58).

1995 beauftragte Yahya Jammeh eine Arbeitsgruppe, welche die Implementierung des Transitionsprogramms lenken sollte. In das Programm wurden Empfehlungen des UNDPs über die Aspekte von Demokratie, Dezentralisierung, Partizipation, Gender etc. eingearbeitet. Kurz nachdem das Programm öffentlich gemacht wurde, setzten auch traditionellen Geberländer mit ihrer finanziellen Unterstützung wieder ein. Das Ziel des Programms war die Wiederherstellung der Liberalen Demokratie in

Gambia, dass die Entwicklung hin zu diesem Ziel jedoch auch demokratisch sein sollte, wurde nicht gefordert (Edie 2000 184-185).

„For several months international donors put pressure on the military government to implement a Transitional Programme, but they did not insist that the process leading to the transition must be democratic. Yahya Jammeh was not accountable to anyone. He had complete control over the transitional programme and process” (Edie 2000: 184-185).

Jammeh selbst stellte die 23 Mitglieder der Komitees zusammen die für die zeitliche Planung der Transition und die Vorbereitung einer neuen Verfassung verantwortlich waren. Er manipulierte die Verfassung hinsichtlich des Mindestalters für Kandidaten zur Präsidentschaftswahl, damit er selbst zur Wahl antreten konnte. Zudem steigerte er die Kosten für die Teilnahme an der Wahl derartig, dass nur mehr die reichsten BürgerInnen sich eine Kandidatur leisten konnten. Die Mitglieder der „unabhängigen“ Wahlkommission wurden vom AFPRC bestimmt. Politische Parteien und einige Minister, die in der Jawara-Era aktiv waren, durften nicht zur Wahl antreten. Diese war somit nicht frei und fair. *„Elections cannot be free and fair with the political opposition banned from competition“* (Edie 2000: 185). Die einzige Partei aus der Ersten Republik, die an der Wahl teilnehmen durfte war die PDOIS, da das Militärregime keine Befürchtungen hatte, PDOIS könnte zu einer Konkurrenz für sie werden (Edie 2000: 183-188).

Da sich das in Regime in Gambia von einer rein militärischen Administration hinzu einer Mischung aus Militär- und Zivilregierung verändert hat und Jammeh es mit seiner repressiven Politik schaffte an der Macht zu bleiben, kann die Transition nicht bzw. nur teilweise als solche bezeichnet werden (Peters 1998, in: Ibrahim 2003: 63). Obwohl Jammeh die Korruption der Jawara-Regierung als Rechtfertigung für dessen Sturz benutzte, konnte ihm auch Korruption nachgewiesen werden. *„However, the Jammeh government also had the shadow of corruption around it in the early years of the military regime”* (Edie 2000: 190). 1995 wurde der damalige Finanzminister Ousmane Ceesay tot aufgefunden. Es gab weit verbreitete Gerüchte, dass er auf dubiose Finanzgeschäfte von Regierungsmitgliedern gestoßen war und deshalb ermordet wurde (Edie 2000: 190).

„The Jammeh government has been found guilty of the very same corruption for which it condemned the Jawara government and the primary justification given to the public for removing the Jawara government. Jammeh’s government had the extraordinary privileges it accused the Jawara regime of securing. Huge salaries and perks continued as it was under Jawara. Jammeh’s salary was reportedly higher than Dawda Jawara’s after thirty years in power (Edie 2000: 191).

6.1.4 Politische Entwicklungen in der 2. Republik – Redemokratisierung?

Am 8. August 1996 wurde die neue Verfassung der Kommission von der Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit akzeptiert und einige politische Parteien konnten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Noch im September wurden Präsidentschaftswahlen organisiert, bei denen Jammeh, trotz vorheriger Beteuerungen nicht zu kandidieren, teilnahm. Die ersten Parlamentswahlen nach dem Militärregime fanden am 02.01.1997 statt (Wegemund 2000: 78). Er versprach der Bevölkerung, dass in Gambia eine neue Ära der Freiheit, des Fortschritts und der Demokratie anbrechen würde (Wiseman 1990: 919) und veröffentlichte mit der APRC kurz vor den Präsidentschaftswahlen ein Manifest unter dem Namen „*Empowerment of the People*“, dass den GambierInnen ebendiese Freiheit und Transparenz zusicherte (Ceesay 2006: 176).

Die Tatsache, dass während der zweijährigen Militärregierung unter Jammeh in Gambia viele neue Straßen, eine Fernsehstation, neue Schulen und Krankenhäuser erbaut wurden, und er sich mit diesen Verbesserungen rühmte, verhalfen ihm bei der Bevölkerung zu Popularität (Edie 2000: 186-187). Gleichzeitig war diese Phase der Beginn von Korruption und Vetternwirtschaft unter Jammeh. All das, was er dem ehemaligen Präsidenten vorwarf, setzte er in seiner Amtszeit ebenfalls um. Sein Hang zu Patronage und Vetternwirtschaft verdeutlichte sich z.B. bei der Modernisierung seines Geburtsortes Kaninlai, in welchen er hohe Summen zur Verbesserung der Infrastruktur investierte. Für seinen Klientelismus nützte Jammeh häufig die Staatsressourcen (Saine 2003: 60).

Bei den beiden Wahlen, 1996 und 1997, welche die Militärregierung formal beendeten, traten vier Parteien an: die Alliance for Patriotic Reorientation and Construction (APRC)²⁶ unter dem bisherigen Führer der Militärregierung Yahya Jammeh, die United Democratic Party (UDP) unter dem in Gambia bekannten Anwalt Oussainou Darboe, die National Reconciliation Party (NRP) unter Hamat Bah und die PDOIS mit Sidia Jatta. Bis auf die PDOIS wurden alle Parteien erst 1996 gegründet; die großen Parteien der ersten Republik durften nicht zur Wahl antreten. Yahya Jammeh gewann die Präsidentschaftswahlen von 1996 mit 55,8 Prozent und auch die 1997 abgehaltenen Parlamentswahlen gewann die APRC mit 52 Prozent; sie erhielt somit 33 der 45 Parlamentssitze. Stärkste Oppositionspartei in beiden Wahlen

²⁶ Jammeh löste aufgrund der Wahlen den AFPRC auf und gründete kurzerhand die APRC. Da Soldaten nicht zur Präsidentschaftswahlen antreten durften, scheidet er aus dem Militär aus um zu kandidieren (Edie 2000: 166-167).

war die UDP. Bei den Parlamentswahlen kamen sie auf 34 Prozent und sieben Parlamentssitze und ihr Kandidat Oussainou Darboe erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 35,8 Prozent. Die NRP gewann 1996 5,5, die PDOIS 2,9 Prozent der Stimmen. 1997 erhielt die NRP zwei Sitze und die PDOIS einen Sitz im Parlament. Zwei weitere Sitze besetzten unabhängige Kandidaten. Zusätzlich zu den 45 Parlamentariern nominierte Präsident Jammeh vier weitere Repräsentanten (Edie 2000: 166-167). „*The result of the elections showed continuity in the post-independence pattern of domination by the incumbent party [...]. APRC captured from the Opposition approximately the same percentage of votes and seats, as did its predecessor*” (Edie 2000: 167).

Die zweite Republik wurde offiziell am 16. Januar 1997 ausgerufen (Wegemund 2000: 78). Sowohl der Transitionsprozess als auch die Wahlen selbst wurden von vielen als undemokratisch beurteilt. Nicht zuletzt weil, bis auf die PDOIS keine Parteien der ersten Republik zu den Wahlen zugelassen waren und auch viele Politiker aus der Jawara-Era nicht als Präsidentschaftskandidaten antreten durften (Saine 2003: 58). „*The presidential election was, however, neither free nor fair because the electoral process was engineered from the beginning to enable the incumbent military-turned-civilian leader – Yaya Jammeh – to win*” (Saine 2003: 58).

Präsident Jammeh wurde schon wegen des undemokratischen Übergangs zur Zivilherrschaft kritisiert. Nach seiner offiziellen und international anerkannten Ernennung zum Präsidenten unternahm er weitere Aktionen, die einer Demokratisierung eher entgegenliefen. Beispielweise weitete er bis Ende der 1990er Jahre die Macht der Armee weiter aus, anstatt sie unter zivile Kontrolle zu stellen (Edie 2000: 187-188).

In Gambia konnte man seit Mitte der 1990er Jahre unterschiedliche, miteinander in Beziehung stehende Tendenzen beobachten. Einerseits kam es in bestimmten Regionen zur Verbesserung der Infrastruktur und zum Wohlstand einiger (weniger) GambierInnen und AusländerInnen; andererseits nahmen sozioökonomische Ungleichheit und politische Gewalt zu. Andere Faktoren, von denen die Gesellschaft Gambias zur Jahrtausendwende beeinflusst wurde, waren die verstärkte Immigration und die zunehmende Politisierung des Islams. Die Diola-bevorzugende Politik Präsident Jammehs, der Positionen im öffentlichen Dienst und in der Armee vermehrt mit Mitgliedern seiner eigenen ethnischen Gruppe besetzte, führte zusätzlich zu gesellschaftlichen Spannungen (Saine 2003: 57). Der Wohlstand einer kleinen

regierungsnahen Elite führte zunehmend zur Frustration der mehrheitlich verarmten Bevölkerung. Ausgebildete, arbeitslose Jugendliche hatten unter Präsident Jammeh zur Zeit der Jahrtausendwende kaum Aussichten auf bezahlte Arbeit, es sei sie waren Diolas. Die Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe durch den Präsidenten, könnte in Zukunft verheerende Auswirkungen haben (Saine 2003: 61). Neben der Unterdrückung der Opposition kam es in Gambia auch nach 2000 zur Manipulation von Wahlen. Die Wahlen von 2001 wurden zwar offiziell als frei und fair bezeichnet, es gab jedoch Unregelmäßigkeiten bei den Wahllisten und es kamen, aufgrund der hohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent, Zweifel an der Echtheit und Ordnungsmäßigkeit der Wahlergebnisse auf. Die Opposition wurde eingeschüchtert und zwei Anhänger der Opposition wurden kurz vor den Wahlen erschossen aufgefunden. Bei den Parlamentswahlen gewann Jammeh mit 53 Prozent gegen seinen Hauptopponenten Oussainou Darboe, der immerhin 33 Prozent der Stimmen erhielt. Dies führte dazu, dass die UDP 2002 zu einem Boykott der Wahlen aufrief (Saine 2003: 58-61).

Die Präsidentschaftswahlen von 2006 gewann Präsident Jammeh mit 52,9 Prozent; sein Hauptgegner Ousainou Darboe erhielt 32,7 Prozent der Stimmen (Election Guide a 2009). Auch die Legislativwahlen am 25. Jänner 2007 gewann Jammeh mit seiner APRC. Die APRC erhielt 42 Sitze, während die UDP mit Darboe nur 4 und die National Alliance for Democracy and Development (NADD)²⁷ einen Sitz erhielten die NRP unter Hamat Bah bekam keinen Sitz. Ein Sitz wurde an einen unabhängigen Kandidaten vergeben (Election Guide b 2009).

Wegen der Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten und Manipulationen bei den Wahlen, kann von einer aktiven Förderung der Re-Demokratisierung im Falle von Gambia aber nicht gesprochen werden. *„Research indicated that the APRC and its leader, President Jammeh paid scant regard to democratic ideals or the process of re-democratisation in the country. The style of government in the country evinced increasing signs of dictatorial, one-man rule”* (Ceesay 2006: 203).

²⁷ Die National Alliance for Democracy and Development ist ein Koalitionsbündnis und bestand 2007 aus der PDOIS und dem National Democratic Action Movement (NDAM). Zuvor waren auch die NRP, die UDP und die PPP Mitglieder der NADD. Diese trennten sich jedoch nach Misserfolgen wieder von ihr ab (Election Guide b 2009).

6.1.5 Dominanz der APRC unter Yahya Jammeh

Das Muster der dominanten Regierungspartei setzte sich während der Amtszeit von Yahya Jammeh fort. Jammehs Partei die Alliance for Patriotic Reorientation and Construction (APRC), die im Wesentlichen aus den ehemaligen Mitgliedern des AFPRC bestand, gewann die Parlamentswahlen von 1997 (Wegemund 2000: 79-80). Auch nach den Wahlen verlor die Regierungspartei nicht an ihrem militärischen Stil: *„The post-1997 election period in The Gambia, instead of restoring democracy, in fact ushered in phase three of the authoritarian-praetorian phase of military rule under the guise of a civilian regime“* (Ceesay 2006: 176).

Auch die Wahlen in den Jahren 2001/2002 und 2006/2007 gewann die APRC bzw. Jammeh. Der Machterhalt Jammehs und seiner Partei basierte vor allem auf der Schwächung der Oppositionsparteien. Dies geschah einerseits durch Inkorporation Oppositioneller in die eigene Partei, andererseits durch deren Unterdrückung (Freedom House 2008). Wie die Opposition war auch die Zivilgesellschaft relativ schwach und es gab kaum unabhängige Medien. Andere Faktoren, welche die Einparteien- Dominanz erleichterten, waren die hohe Analphabetenrate und die kleine und somit nicht Politik-beeinflussende Mittelschicht. Zudem stand das Militär hinter Jammeh. *„The transfer of power to APRC has been widely recognised as undemocratic, unfree and unfair, but Yahya Jammeh has the military behind his administration“* (Edie 2000: 193).

Auch die neue Verfassung wurde auf einen Machterhalt Jammehs zugeschnitten. So befanden sich in der neuen Verfassung, wie schon in der alten, keine Einschränkungen bezüglich der Begrenzung der Amtsperioden des Präsidenten:

„In the 1970 constitution, term limit was absent and the new constitution lacked any reference to it. This omission was not accidental, for it reinforced the fact that Jammeh wished to stay in power for a long time and did not want the Constitution to get in his way. The omission left open the possibility for continues one-party domination in the Gambia (Edie 2000: 185-186).“

Vor allem zwei Faktoren stabilisierten das politische System Gambias seit Anfang der Zweiten Republik: Erstens, war Yahya Jammeh aufgrund seiner Großzügigkeit und seiner positiven Darstellung in den Medien, die im Regierungsbesitz waren, in der Bevölkerung recht beliebt. Er wurde im Fernsehen und von diversen bekannten SängerInnen für seinen Beitrag für Frieden und Entwicklung in Gambia gepriesen. Zudem finanzierte er Pilgerreisen nach Mekka, was dazu beitrug seine Popularität zu steigern. Aufgrund dieser Darstellung seiner Person in den Medien, wurden Parteien

oder Personen der Opposition als Gegner von der Entwicklung des Landes konstruiert. Mit dieser Begründung legitimierte das Regime seine Verfolgungs- und Unterdrückungspraktiken. Zweitens, verliehen im Ausland lebende GambierInnen durch ihre Überweisungen ins Heimatland dem dortigen politischen System Stabilität. Saine schätzt, dass zur Jahrtausendwende etwa 70.000 bis 80.000 GambierInnen im Ausland lebten, welche jährlich circa 25 Millionen²⁸ US Dollar nach Gambia schickten. Neben den ökonomischen Auswirkungen, hatten diese Zahlungen bedeutende politische Effekte auf die Stabilität, da sie das Überleben vieler GambierInnen, trotz der hohen Lebenserhaltungskosten ermöglichten und somit indirekt Proteste verhinderten (Saine 2003: 60-62).

„Remittances also have a stabilising role politically. They protect the regime from potential popular protest over high prices of basic foods and commodities. Thus remittances cushion the regime by rerouting or deflecting potential popular protest and frustration to family members abroad or elsewhere. These remittances pay for food, utilities, school fees, and help support the construction industry (Saine 2003: 62).

Das Jammeh-Regime schaffte es also mithilfe legitimer und nicht-legitimer politischer und wirtschaftlicher Mittel sich zu etablieren und seine Macht zu verfestigen.

6.2 Sozioökonomische Entwicklung 1990 - 2007

Gambias Wirtschaft hatte sich zwar bis Anfang der 90er Jahre wieder erholt, es bestanden jedoch weiterhin Defizite. Das ERP konnte zwar makroökonomische Erfolge aufweisen, aufgrund der ungleichen Verteilung profitierte der Großteil der Bevölkerung nicht davon. Saine äußert sich über die wirtschaftliche Lage Anfang der 90er Jahre bzw. nach fast 30jähriger PPP-Regierung wie folgt:

„There is no doubt that the maintenance of a relatively democratic environment has been the outstanding achievement of the current regime, which has held the reins of power since independence. As for the developments itemised in the various sectors of the country's economy, they surely point to only one conclusion: scanty progress and [...] scanty hope” (Sallah 1990: 647).

Seitdem das Jammeh-Regime 1994 an die Macht kam, veranlasste es den Bau von mehreren Schulen, Krankenhäusern und Kliniken, Tankstellen, Straßen, einer Fernsehstation und der ersten Universität des Landes. Auch der Ausbau des

²⁸ Die Zentralbank führt die Summe von 25 Mio. US Dollar in ihrer Statistik an; zusammen mit den undokumentierten Überweisungen wird die Summe auf 30 – 50 Mio. US Dollar geschätzt (Saine 2003: 62).

Flughafens wurde unter Yahya Jammeh fertig gestellt. Trotz der vielen Verbesserungen im Infrastrukturbereich, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage des Staates in den 1990er Jahren insgesamt nicht und die Armut stieg weiter an (Saine 2003: 58). Zu Anfang des neuen Jahrtausends wuchsen die Wachstumsraten vorerst, brachen aber 2002 drastisch ein. Seit 2003 kam es wieder zu einem Wirtschaftswachstum. Die Inflationsrate, die 2003 noch 17 Prozent betrug, konnte bis 2006 auf 2.1 Prozent gesenkt werden (Weltbank: Country Brief 2009).

6.2.1 Entwicklungsplanung von innen und außen

Die PPP-Regierung hatte für das Jahr 1989-90 die größten Ausgaben mit 36 Prozent des Budgets für den Infrastruktursektor eingeplant. Dem Agrarsektor wurden 18 Prozent und den Bereich: Gesundheit, Umwelt, Arbeit und Sozialleistungen nur zehn Prozent zugewiesen. Im Budget von 1990-91 wurden die Mittel neu verteilt, so dass sich die Prozentsätze jeweils auf 22, 16,2 und 8,8 Prozent reduzierten. Der Großteil des Budgets sollte durch ausländische Kredite gedeckt werden (Sallah 1990: 645).

1990 folgte das „*Programme for Sustainable Development*“ (PSD) dem ERP. Weil sich das ERP nicht positive auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung ausgewirkt hatte, war das vorrangige Ziel des PSD, durch schnelles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern (Touray 2000: 141). Zum Teil wurden Reformen des ERPs im PSD weitergeführt oder neu belebt. Anfang der 90er Jahre kam es dann vorerst zu einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum, was vor allem mit den Gewinnen aus den Re-exporten und dem Schmuggel nach Senegal zu tun hatte. Ab 1993/94 entwertete Senegal seine Währung, den CFA Franc und vollzog restriktive Grenzkontrollen, was ein starkes Fallen der Einkünfte aus diesem Bereich zur Folge hatte. Die Inflation war in den ersten Jahren der 90er Jahre relativ gering und die Einnahmen aus dem Tourismus stiegen im Vergleich zu dem 80er Jahren wieder an. Trotz einiger Erfolge, konnte der Lebensstandard der Bevölkerung wiederum nicht verbessert werden, was zunehmend zu Unzufriedenheit führte (Hughes/Perfect 2006: 39-40; Wright 1997: 31-32).

Um weitere Mittel der bi- und multilateralen Geber zu mobilisieren, wurde 1992 eine Konferenz zum Thema „*Economic Management Capacity Building*“ abgehalten, gefolgt von einer weiteren Konferenz im Jahre 1994 über „*The Strategy for Poverty Alleviation*“. Die Konferenzen erwiesen sich als hilfreich um die Finanzierung der Programme zu sichern. Die größten Geber waren Anfang der 1990er Jahre die

Europäische Union²⁹, die USA³⁰, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Dänemark und Norwegen. Auch Japan, China und Kuwait waren wesentliche Unterstützerstaaten Gambias (Touray 2000: 136-141). „According to OECD sources, development assistance to The Gambia during the period between 1990 and 1994 amounted to over US\$ 470 million” (OECD 1998, in: Touray 2000: 141).

Nach dem Putsch verfolgte der AFPRC/die APRC dieselbe neoliberale Wirtschaftspolitik wie das zuvor gestürzte Regime. Das Regime präsentierte die so genannte „Vision 2020“, die das Ziel hatte, Gambia in ein Finanzzentrum und Tourismusparadies zu verwandeln. Die Vision konnte jedoch nicht umgesetzt werden, da keine Finanziere zur Verfügung standen. USA, Japan und europäische Staaten reduzierten oder strichen ihre finanzielle Unterstützung. Schweden, Dänemark und Großbritannien, jene Länder aus denen die meisten TouristInnen kamen, warnten ihre Länder vor Reisen nach Gambia (Edie 2000: 183).

Erst nach der Rückkehr zu einer zivilen Regierung setzten die Geberstaaten ihre Unterstützung wieder fort. Die Regierung akzeptierte zur Jahrtausendwende ein, vom IWF verschriebenes Strukturanpassungsprogramm, das „Enhanced Structural Facility“ (ESAF) Programme. Es war für die Jahre 1998 bis 2002 geplant und hatte ein jährliches Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent und eine Reduktion des Budgetdefizits zum Ziel. Insgesamt wurde eine Summe von 157 Millionen US Dollar aus verschiedenen Quellen³¹ zur Verfügung gestellt. Um sich für weitere Gelder zu qualifizieren, implementierte die Jammeh-Regierung die wirtschaftlichen Reformen ganz im Sinne der bi- und multilateralen Geber. Die ausländischen Kredite halfen zwar das Budgetdefizit zu reduzieren, vergrößerten aber den Schuldenberg des kleinen Staates (Edie 2000: 189-190).

Während sich die makroökonomischen Indikatoren zur Zufriedenheit der Bretton-Woods Institutionen entwickelten, musste die Bevölkerung den Preis dafür bezahlen. Neben der Verschuldung stieg auch die Armut an. So sollte sich das Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) nun auf die Reduktion der Armut konzentrieren.

²⁹ Die EU stellte allein im Rahmen des Lome III Abkommens fast 50 Mio. ECU zur Verfügung, wobei rund die Hälfte in Form von Krediten gewährt wurde. Lome III hatte eine Laufzeit von fünf Jahren und lief 1990 aus. Wie die ersten beiden Lome-Abkommen für Gambia lag der Fokus auf der ländlichen Entwicklung (Touray 2000: 137).

³⁰ Die enorme finanzielle Unterstützung der USA (1989: 10 Mio. US\$ und 1990: 12 Mio. US\$) lässt sich durch ein bilaterales Abkommen der beiden Staaten erklären, dass es den USA erlaubte, einen Notlandeplatz für die United States Space Agency (NASA) am Flughafen in Yundum zu bauen (Touray 2000:138).

³¹ Die Mittel für das Programm wurden von IWF, der Afrikanischen Entwicklungsbank, Weltbank, UNDP, UNICEF, WHO, WFP u. a. aufgebracht.

Die Vorläuferstrategie des PRSPs war die Strategy for Poverty Alleviation (SPA I). Sie wurde 1992 entwickelt und ab 1994 umgesetzt. Die Strategie wies jedoch deutliche Mängel auf und die Armut in Gambia stieg ab 1993 stark an. An die Verbesserung der Mängel wurde bei der Entwicklung des PRSPs, auch SPA II genannt, bedacht. Das PRSP war vorerst nur interimistisch und begann im Jahr 2000 in Form einer konsultativen Plattform für alle Akteure zu laufen. 2002 wurde das PRSP finalisiert und implementiert (IMF-PRSP 2002: 4-7).

Im November 2006 wurde das zweite PRSP (PRSPII) für den Zeitraum 2007-2011 festgelegt. Es übernahm zum Teil Interventionen des ersten PRSPs, die noch nicht zu Ende geführt worden waren. Besondere Priorität kam hierbei den Sektoren Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft zu. Die Kernelemente des PRSP II sind die Wachstumsförderung bei gleichzeitiger Armutsreduktion; die Ertrags- und Kapazitätssteigerung in den Sektoren Fischerei, Landwirtschaft, Handel und Tourismus; die Ausweitung der grundlegenden sozialen Leistungen, die Verbesserung des *governance*-Systems, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Fragen der Armutsbekämpfung und die Einbindung von Themen, die sich mit dem Thema Armut überschneiden oder mit ihm in enger Beziehung stehen (Weltbank- PRSP 2009).

Die Joint Assistance Strategy (JAS) für Gambia legte fest wie die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank den Staat bei der Implementierung des PRSPs unterstützen sollten. Der Beginn der JAS wurde für 2008 geplant. Sie soll einen Zeitraum von vier Jahren abdecken (Weltbank- JAS 2009).

Auch zur Implementierung des European Partnership Agreement (EPA) hat sich Gambia bereit erklärt. Nachdem 2004 mit Unterstützung des Commonwealth und der EU Studien über den Einfluss des EPA auf Gambia durchgeführt wurden, kam es zur Bildung eines Komitees, welches die Regierung bei der Implementierung beraten sollte (IMF 2006: 30).

Durch die Umsetzung der Vorgaben der Bretton-Woods Organisationen qualifizierte sich Gambia für die Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative³² und weitere Entschuldungsprogramme (Weltbank: Country Brief 2009).

³² HIPC = Highly Indebted Poor Countries

6.2.2 Landwirtschaft

Obwohl der Export auch Anfang der 90er Jahre noch den Großteil der Landeseinnahmen ausmachte, verringerte sich der Anteil der Erdnussexporte drastisch. Von 1990/91 bis 1994/95 fiel der Anteil von 63 auf 51 Prozent, wobei er Jahrzehnte lang bei etwa 90 Prozent lag (Hughes/Perfect 2006: 33). Vergleicht man die Anzahl der exportierten Tonnen so fällt das Ergebnis noch dramatischer aus: *„In that year [1990] Gambians exported 130,000 tons of peanuts; then the falling prices and lingering drought brought a dramatic drop in peanut production—to 75 tons in 1991 and 65 tons in 1994“* (Wright 1997: 231). Erdnüsse, die mehr als 150 Jahre lang die Wirtschaft Gambias dominierten, verloren Anfang der 1990er Jahre an Bedeutung (Wright 1997: 231).

Um den Verlusten aus der Erdnussbranche entgegenzuwirken ermutigte die Regierung die Bauern und Bäuerinnen zum Anbau von Reis und Baumwolle und zur Erweiterung ihrer Viehbestände. Die Privatisierung im Agrarsektor machte sich durch die privaten Anbieter von Saatgut und Düngemitteln bemerkbar (Sallah 1990: 645).

Auch nach dem Machtwechsel verbesserte sich die Situation nicht. Die Landbevölkerung litt unter dem Jammeh-Regime, da sie die Bezahlung für ihre abgelieferte Ernte oft verspätet erhielt und somit die Zahlungen für Schule, Medikamente etc. nicht leisten konnte. Dies hatte wiederum gravierende Auswirkungen auf ihr Leben (Saine 2003: 61).

Während die makroökonomische Situation in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Gambia stabilisiert wurde, vergrößerten sich die Schulden weiter. Trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums, verringerten sich die Erträge aus dem Agrarsektor (Edie 2000: 192).

Trotz der fallenden Einnahmen aus der Erdnussproduktion in den 90er Jahren blieben Erdnüsse auch nach 2000 wichtig für Gambias Wirtschaft. So sind bis heute etwa siebzig Prozent der ländlichen Haushalte in der Erdnussproduktion beschäftigt. Gleichzeitig sind Erdnussbauern- und Bäuerinnen unter den ärmsten der Bevölkerung (Weltbank: Country Brief 2009).

6.2.3 Tourismus

In dem von AusländerInnen dominierten Tourismussektor, setzten sich ab den 90er Jahren auch Gambier und Gambierinnen durch. Dies hatte anfangs einen positiven

Effekt auf die Einstellung lokaler ArbeitnehmerInnen. So kam es beispielsweise zur vermehrten Anstellung von Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen (Saine 2003: 59). Wegen des Coup d'État sprachen mehrere Länder Reisewarnungen für Gambia aus. Durch die Reisewarnungen der Staaten, aus denen die meisten TouristInnen nach Gambia kamen, fielen die Einnahmen aus dem Tourismussektor, in dem vor dem Putsch 6000 GambierInnen beschäftigt waren, um 75 Prozent (Wright 1997: 240). Im Vergleich zu den Jahren 1993 bis 1994 reduzierte sich die Zahl der TouristInnen in den Jahren 1994 bis 1995 um ein Drittel. Dadurch kam es zur Schließung einiger Hotels und die Arbeitslosigkeit stieg an (Edie 2000: 183). Nach dem Übergang zur Zivilregierung stieg die Zahl der Touristen wieder an und so steuerte der Tourismussektor 1998 etwa 18 Prozent zum Bruttoinlandprodukt bei (Edie 2000: 191-192). Zur Unterstützung des Tourismussektors als auch für die sozioökonomische Entwicklung wurde der Infrastruktursektor in Gambia in den 1990er Jahren kontinuierlich ausgebaut. Es wurden besonderes Augenmerk auf den weiteren Ausbau von Straßen, der Sanierung des Hafens und des Fährsystems als auch auf den Ausbau der Telekommunikation gelegt (Sallah 1990: 646; Touray 2000: 136). Ende der 1990er Jahre wurden vor allem Straßen und Brücken gebaut bzw. fertig gestellt, welche die Provinzen mit der Hauptstadt verbanden (Edie 2000: 191).

6.2.4 Bildung und Gesundheit

Der Zugang zu sauberen Wasser, Bildung, Kommunikations- und Gesundheitsdiensten wurde durch den Ausbau der Infrastruktur erheblich verbessert. Die Lebenshaltungskosten stiegen jedoch stetig an (Saine 2003: 58-59).

Im Bildungsbereich gab es besonders im Volksschulbereich Fortschritte. Der Zugang von Mädchen aus ländlichen Provinzen zur Volksschulbildung wurde verbessert. Im städtischen Raum wurde die *Junior - High school* gegründet und ältere SchülerInnen konnten am *Gambia Technical Training Institute* und am *Gambia Vocational Training Centre* praktische Fähigkeiten erlernen. Zudem bot das *Management Development Institute* weiterbildende Kurse in Buchhaltung und anderen wirtschaftsrelevanten Bereichen an. Eine neue Schule für Landwirtschaft wurde gebaut und mit dem *Yundum Teacher – College* und den *Schools of Public Health and Nursing/Midwifery* in Banjul zum Gambia College vereint (Sallah 1990: 645-646).

Im Jahre 1994/95 besuchten 113.000 SchülerInnen Volksschulen und 32.000 Schülerinnen Sekundärschulen. Im selben Jahr gab es insgesamt 257 Schulen und

3.370 LehrerInnen. Trotz der Fortschritte im schulischen Bereich lag die Alphabetisierungsrate der Erwachsenen 1992 bei nur 36 Prozent. Obwohl das Ungleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung verkleinert wurde, blieb es jedoch bis in die 90er Jahre weiter bestehen. So sind die Einschulungsraten in Banjul und Umgebung deutlich höher als in den Provinzen (Hughes/Perfect 2006: 28). Seit 1998 stiegen die Einschulungsraten von Mädchen aus den Provinzen nicht nur im Bereich der Primär-, sondern auch im Sekundärschulen stark an (IMF 2006: 33).

1995 haben 42 Prozent der SchülerInnen die Volksschule abgeschlossen; 2007 waren es schon 72 Prozent. Auch die Einschulungsrate ist von 65 Prozent im Jahr 2000 auf 76 Prozent im Jahr 2007 gestiegen (Weltbank: MDGs 2008).

Im Gesundheitsbereich kam es Anfang der 90er Jahre mit britischer Hilfe zum Ausbau des Royal Victoria Hospitals (Touray 2000:136). Um die Gesundheit der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, wurden die medizinischen Leistungen dezentralisiert und bis 1991 mehr als 400 Gesundheitsstationen in den Dörfern Gambias geschaffen. Auch im Gesundheitsbereich besteht jedoch weiter ein starkes Ungleichgewicht zwischen ländlichen und städtischen Raum. Trotz erheblicher Verbesserungen innerhalb der letzten Jahrzehnte, haben Studien gezeigt, dass die Armut in Gambia während der 1990er Jahre stark angestiegen ist. So wurden 1992/93 nur 15 Prozent, 1998 insgesamt 51 Prozent der Bevölkerung Gambias als „extrem arm“ eingestuft (Hughes/Perfect 2006: 29). Seit dem Jahr 2000 konnte der Zugang zu Gesundheitsdiensten jedoch weiter verbessert werden. Neben dem Bau neuer Gesundheitsstationen, wurden die bestehenden Krankenhäuser und Gesundheitszentren mit besserer Ausrüstung ausgestattet (IMF 2006: 39). Die Lebenserwartung, der 1990 aus einer Million Menschen bestehenden Bevölkerung, betrug im selben Jahr 51 Jahre und stieg bis 2007 auf 59 Jahre an. Die Bevölkerung umfasste 2007 etwa 1,7 Millionen Menschen. Die Säuglingssterblichkeitsrate sank von 1990 bis 2007 von 104 auf 82 pro Tausend Lebendgeburten. Schätzungen zufolge hatten zur Jahrtausendwende ca. 86 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser (Weltbank: MDGs 2008).

Der Human Development Report 2007/2008 platzierte Gambia durch den Human Development Index an 155³³ von insgesamt 177 Ländern. Somit zählt Gambia immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt (Human Development Report 2007/2008).

Aufgrund der hohen Lebensmittelpreise und der schlechten wirtschaftlichen Lage, die zu Aussichtslosigkeit und Frustration führte, verließen viele das Land.

„Consequently, it seems that almost every able-bodied person [...], is trying frantically to leave the country. The reasons on the part of those that wish to leave are multiple and complex. A combination of economic hardship and uncertainty about the future loom large” (Saine 2003: 63).

Saine meint, dass es dem Großteil der Bevölkerung Gambias nach 2000 schlechter geht als noch zu Zeiten Jawaras und dass Jammeh mit seiner APRC es nicht geschafft hat die Lebensbedingungen in Gambia zu verbessern. *“Today, the average Gambian is worse off economically than in 1994. [...] Therefore, it can be concluded that the AFPRC/APRC regimes under Jammeh have failed to improve the lives of common Gambians”* (Saine 2003: 64). Er skizziert für Gambia, falls sich die derzeitigen Gegebenheiten nicht wesentlich ändern, eine düstere Zukunft:

“Jammeh himself is a big disappointment in the eyes of many. He has become a consummate career politician, a career he abhorred. Consequently, without thoughtful changes, and personal amends by the regime, and Jammeh in particular, Gambians can expect more of the same thing: deepening poverty and economic decline” (Saine 2003: 64).

³³ 1995 erzielte Gambia durch den HDI, der vom niedrigsten Wert 0 bis zum höchsten Wert 1 geht, einen Wert von 0,436, 2000 einen Wert von 0.472 und 2005 einen Wert von 0.502

7. Demokratie und Entwicklung - Vergleich der untersuchten Zeiträume

“In fact, despite the Gambia’s material poverty, the country had an unrivalled distinction in Africa for having protected its citizens’ rights under Jawara” (Saine 2003: 62)

“The style of government in the country evinced increasing signs of dictatorial, one-man rule [...]. President Jammeh disregarded the rule of law as defined by the Constitution, and there was evidence that there was interference with the Judiciary” (Ceesay 2006: 203).

In diesem Kapitel werden schließlich die wesentlichen Ergebnisse der Analyse der beiden untersuchten Zeiträume zusammengefasst und in Vergleich zueinander gestellt. Das Kapitel gliedert sich in drei Teile, wobei zuerst auf Demokratie, dann Entwicklung und zuletzt erneut auf das Verhältnis der beiden im gambischen Kontext eingegangen wird.

7.1 Demokratie

Gambia hatte im ersten Vergleichszeitraum durchgehend den Ruf demokratisch und politisch stabil zu sein. Durch den verfassungskonformen und pluralistischen Führungsstil Jawaras konnte ein Abrutschen Gambias in eine autoritäre Herrschaft verhindert werden (Wiseman 1991: 83).

„The Gambia has been one of the least authoritarian states of post-independence Africa [...]. Indeed, the conciliatory and pluralistic style of Jawara’s approach to politics has been a major barrier to the development of more authoritarian trends in Gambian politics. Perhaps The Gambia could best be categorised as an example of semi-personal rule to express the importance of the individual leader, but at the same time retain the limitations and qualifications involved” (Wiseman 1991: 83).

Zwischen den beiden verglichenen zeitlichen Phasen kam es im Jahr 1981 nach langer, zwar von Korruptionsvorwürfen geprägter, aber friedlicher Entwicklung, zu einem Putschversuch. Dieser wurde mit Hilfe senegalesischer Truppen niedergeschlagen (Hughes 1991: 98). Bei dem Ereignis kamen fast 2000 Menschen ums Leben (Sall 1992: 447, in: Ibrahim 2003: 54). Nach dem Putschversuch, von 1981 wurde das politische Klima in Gambia zunehmend autoritärer (Edie 2000: 172).

Von 1982 bis 1989 bildeten Senegal und Gambia eine Wirtschaftskonföderation. Die ersten Wahlen nach der Auflösung der 'Senegambian Union', wurden 1992 abgehalten. Abermals gewann Jawara mit der PPP. Dies waren die letzten Wahlen, die vor dem Militärputsch abgehalten wurden (Wegemund 200: 77-78).

Ceesay beschrieb die demokratiepolitische Entwicklung Gambias wie folgt:

„There is a consensus among scholars that one of the key features of a functioning democracy is a multi-party political system which ensures free and fair elections. The Gambia had moved from this level of political development in 1994 back into a military dictatorship (1994) followed by a quasi-military period of authoritarian rule where political freedoms were limited (1996-2001)” (Ceesay 2006: 233).

Yahya Jammehs Verhältnis zur Demokratie schien recht ambivalent zu sein. Während der AFPRC-Herrschaft verkündete er, dass er und der AFPRC Demokratie nicht akzeptieren würden, da es ein westliches Konzept sei, welches den Entwicklungsländern aufoktroziert wurde (Yeebo 1995: 107). Das kurz vor den Präsidentschaftswahlen von 1996 erschienene APRC-Manifest namens *„Empowerment of the People“* sprach aber von einer freien Gesellschaft, die in den nationalen Entwicklungsprozess miteinbezogen werden sollte. Meinungs- und Pressefreiheit, Transparenz, gute Regierungsführung und Einhaltung und Verteidigung der Grund- und Menschenrechte wurden der Bevölkerung Gambias durch dieses Manifest zugesichert (APRC-Manifesto. Empowerment of the People. August 1996, in: Ceesay 2006 176-177). Alle Versprechen der APRC waren auch in der neuen Verfassung verankert, wurden jedoch von der Jammeh-Regierung nicht erfüllt (Ceesay 2006: 177).

Nach dem Übergang zur Zivilregierung, wurde zwar wieder das Multiparteiensystem eingeführt, mit wirklicher Redemokratisierung hatte dies jedoch nicht wirklich viel zu tun, da die großen Parteien der ersten Republik allesamt nicht zu den Wahlen zugelassen wurden (Edie 2000: 186). Dieser Zustand hielt bis ins Jahr 2001 an. Erst im Jahre 2001 trat das Dekret 89, das unter der AFPRC-Herrschaft erlassen wurde, ausser Kraft. Das Dekret 89 hatte es den Großteil der Parteien aus der ersten Republik verboten an Wahlen teilzunehmen. Doch auch mit der Wiedezulassung aller politischen Parteien wurde die Demokratisierung nicht ernsthaft vertieft (Ceesay 2006: 233). *„By lifting Decree 89 in 2001, president Jammeh gave the impression that the country was being returned to fully-functioning democratic state [...]. It would seem however, that although this impression was given, it was far from the truth”* (Ceesay 2006: 233). Ceesay beschrieb Jammeh sogar als einen Diktator und meinte,

dass sich die Situation nach 2001 nicht verbesserte: „*The Gambia in 2001 was typified by continued political restrictions, irregular campaign practices and a quasi-military dictator masquerading as a freely elected and democratic president*” (Ceesay 2006: 233).

Edie widersprach Ceesay, insofern sie behauptete, dass auch schon vor dem Machtwechsel von 1994 die Demokratie in Gambia eine reine Fassade gewesen sei:

„I have argued, contrary to most expressed views, that throughout the post-independence period – from Jawara’s three decades in power to the present (2000) Jammeh-led APRC government – The Gambia had a democratic façade anchored on one-party domination. One-party domination has been sustained by the incumbent using State resources and various control mechanisms to stay in power: suppressing the Opposition, rigging elections and altering the Constitution” (Edie 2000: 192-193).

Edie gelangte also im Gegensatz zu den meisten AutorInnen, welche die Jawara-Regierung als demokratisch einstufte, zu der Ansicht, dass auch schon Jawara und seine PPP-Regierung nur den Anschein erweckten demokratisch zu sein. In Wirklichkeit trachteten sie aber ebenso danach, ihre Stellung als dominante Partei zu verteidigen, wie das Jammeh-Regime (Edie 2000: 192-193).

Ceesay argumentiert, dass Gambia einst auf einem demokratischen Weg war, es nun aber noch nicht einmal begonnen hat sich wieder auf diesen zu begeben:

“There can be little doubt that The Gambia has in no way returned to democracy, or even commenced its journey on the return path to democracy, [...] the commitment of the government to the upholding of full civil rights in the country is questionable in the extreme and the context for a fully functioning democratic state is not in place” (Ceesay 2006: 235-236).

7.1.1 Politische Ebene: Präsident, Parteien und Wahlen

An dieser Stelle werden die Rolle des Präsidenten, die Wahlen und die Rolle Parteien beleuchtet. Abschließend wird auf die Korruption der Regierung in beiden untersuchten zeitlichen Phasen eingegangen.

Rolle des Präsidenten

Als es in Gambia 1970 aufgrund der Verfassungsänderung zur Ausrufung der Republik kam, wurde Jawara vom Premierminister zum Präsidenten. Die ersten Jahre danach wurde er vom Parlament gewählt. Ab 1982 wählte das Volk ihn direkt (Wiseman 1991: 82). Seit der Unabhängigkeit bis zu dem durch den Putsch erzwungenen Machtwechsel, zentralisierte sich die politische Macht um Präsident Jawara und seine Regierungspartei. Obwohl die Verfassung von 1970 theoretisch

ein Machtgleichgewicht zwischen Parlament und Präsident schuf, dominierte Jawara in der Praxis weiterhin das politische Geschehen. Die Exekutive wurde vom ihm bestimmt. Das Kabinett war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Alle durch das Parlament verabschiedeten Gesetze mussten vom Präsidenten gebilligt werden. Kam es zu der Ablehnung eines Gesetzes durch diesen, so musste es mit einer Zweidrittelmehrheit, innerhalb eines halben Jahres erneut präsentiert werden. Dann hatte der Präsident zwei Möglichkeiten: entweder er stimmte zu oder er löste das gesamte Parlament auf (Wegemund 2000: 76). Die Macht des Präsidenten in Bezug auf das Parlament war in Gambia durch Jawara relativ hoch, da er jederzeit die Möglichkeit hatte es einzuberufen, zu vertagen oder eben aufzulösen. Insofern war das Machtgleichgewicht, trotz der in der Verfassung festgeschriebenen Vorgaben asymmetrisch (Wegemund 2000: 76).

Nach dem von 1994 bis 1996 andauernden Militärregime, übernahm Yahya Jammeh als gewählter Präsident die Staatsgeschäfte. Die gesamte Staatsmacht wurde in seiner Person zentralisiert. Die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung wurde in der Praxis nicht umgesetzt (Ceesay 2006: 203). Das politische Leben in Gambia war stark von Jammehs autoritären Einstellungen geprägt (Hughes 2000: 49, in: Ceesay 2006: 272). *„The requirements for a minimal democratic political order are not now in place in the Gambia. [...] the country operates under an authoritarian one-man system of rule”* (Ceesay 2006: 171-172).

Präsident Jammehs überwältigende Wahlsiege resultierten nicht zuletzt aus den Vorteilen die er auf finanzieller Ebene hatte. Auch hinsichtlich des Zugangs zu Medien, Infrastruktur- und Transportmöglichkeiten war er im Vorteil (Ceesay 2006: 239). Um als Präsident kandidieren zu können, senkte Jammeh das Alter für Präsidentschaftskandidaten auf sein Alter, 30 Jahre. Außerdem verließ er das Militär, da es Soldaten nicht erlaubt war für das Amt des Präsidenten zu kandidieren (Edie 2000: 186). Präsident Jammeh war vor allem bei den Djolas, aber auch bei anderen ethnischen bzw. sozialen Gruppen und sowohl bei MuslimInnen als auch bei ChristInnen beliebt. Dieser Umstand wirkte sich auf das politische System des Landes stabilisierend aus. Seine Popularität wurde v. a. durch die Medien, die größtenteils im Besitz der Regierung waren, gesteigert (Saine 2003: 60). Darüberhinaus übte Jammeh auch Gewalt aus, um seine Herrschaft zu sichern. *„President Jammeh was prepared to go to any lengths in order to protract his period of office and to*

maintain the rule of the APRC [...]. The President used increasingly unrestrained state violence to hold on to power” (Ceesay 2006: 198).

Regierungspartei und Opposition

Wie schon oben erwähnt, gewann PPP zwischen 1966 und 1992 alle Wahlen mit einer Mehrheit von 55 bis 70 Prozent. Die anderen Parteien unterschieden sich nicht wesentlich von der Regierungspartei. Sie waren zum Teil Abspaltungen der PPP oder wurden von ehemaligen PPP-Mitgliedern gegründet und geleitet. Die People’s Democratic Organisation for Independence and Socialism (PDOIS) Partei war die Ausnahme. Sie vertrat als einzige Partei eine deutlich andere Ideologie. *“With PDOIS, there was for the first time a clear difference between the (capitalist) ruling party and the (socialist) Opposition”* (Edie 2000: 165-166). Erst bei den Wahlen von 1992 *„gab es freie Wahlen in dem Sinne, dass den Wählern die Möglichkeit gegeben wurde, zwischen mehreren Parteien und damit Alternativen zu unterscheiden“* (Wegemund 2000: 77). Oppositionelle hatten zumindest formal stets die Möglichkeit, bei Wahlen Sitze im Parlament zu gewinnen. Die parlamentarische Opposition war in den Jahren nach der Unabhängigkeit zwar klein, aber doch existent. Die regierende Partei war aber so dominant, dass der Opposition de facto kaum eine Bedeutung zukam. (Wiseman 1991: 81)

Zwischen dem Regierungsstil Jawaras und Jammehs gab es einige Ähnlichkeiten; die Repression und Intoleranz der Regierung gab es jedoch vor 1994 in Gambia so nicht (Ceesay 2006: 242). Die Rolle und Funktion der Opposition veränderte sich vom erstem zum zweiten Vergleichszeitraum nicht signifikant:

„The Opposition’s representation in the National Assembly remained stable from Jawara to Jammeh, indicating that the Opposition experienced little growth. Both leaders’ attitude towards the Opposition was similar. They were both unwilling to tolerate a strong Opposition. Gambian history showed that it has been extremely difficult to establish a major opposition party since the older political parties with a relatively long history were banned from participating in the transitional elections” (Edie 2000: 188).

Den Oppositionsparteien UDP, GPP, NRP, PDOIS etc. standen sehr geringe finanzielle Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung und ihre Mitglieder wurden von der APRC und APRC-AktivistInnen eingeschüchtert und attackiert (Ceesay 2006: 207; Wegemund 2000: 80). Neben den Oppositionsparteien litt auch die Zivilgesellschaft unter der neuen Regierung und Gambia hatte seinen Ruf als Demokratie verloren:

„Government remains intransparent and unaccountable, and the rule of law is often not upheld. Public opinion counts for little. Civil and political rights and freedoms are seriously curtailed and there is intimidation and harassment of the independent media. The reputation of The Gambia as a haven of peace, stability and democracy has suffered“ (Ceesay 2006: 272).

Die Staatsressourcen wurden von der Regierungspartei monopolisiert. Die Opposition bekam keine finanzielle Unterstützung. Dadurch verfestigte sich die starke Stellung der Regierungsparteien (Edie 2000: 189). Die stärkste Oppositionspartei UDP, wurde von dem ehemaligen Anwalt Ousainou Darboe geführt, der später die Oppositionskoalition anführte. Auch einige ehemalige PPP-Mitglieder gehörten der Partei an. Als 2001 alle Parteien wieder zugelassen wurden, kandidierte die PPP als eigenständige Partei bei den Präsidentschaftswahlen. Auch die NCP und die GPP formierten sich wieder als Parteien (Ceesay 2006: 229 und 240).

Wahlen

Die PPP kam 1962 als Regierungspartei an die Macht und blieb dort bis 1994. Es fand also kein Regierungswechsel durch Wahlen statt und die Regierung wurde stets durch Jawara angeführt (Edie 2000: 162). Lange Zeit galten die Wahlen als frei und fair (Ceesay 2006: 232). In den letzten Jahren der Jawara-Regierung wurden die Vorwürfe seitens der Opposition immer massiver. Wahlkarten wurden für Lebensmittel, Geld oder andere Ressourcen verkauft und die WählerInnenregistrierung wurde kritisiert, da WählerInnen, welche nicht zur Wahl legitimiert waren, daran teilnahmen. Zum Teil waren WählerInnen unter Adressen registriert, wo man unmöglich offiziell wohnen konnte, wie z.B. am Albert Market ³⁴ (Edie 2000: 170-171).

Auch Jammeh und seine Regierungspartei gewannen seit der Machtergreifung alle Wahlen. Von externen BeobachterInnen wurden die Wahlen von 2001 als Meilenstein bei der Rückkehr zu demokratischer Herrschaft bewertet, da erstmals wieder alle Parteien zugelassen waren. Trotz des relativ autoritären Führungsstils Jammehs, verschaffte er sich über die Abhaltung von Wahlen seine Legitimität (Ceesay 2006: 233-234). Nur durch die Abhaltung von Wahlen, die zudem von Vielen als nicht als fair beurteilt wurden, konnte und kann Gambia den Status eines demokratischen Staates aber nicht wieder erlangen: *„elections alone do not make*

³⁴ Der Albert Market ist eine große Markthalle in Banjul, in der sich keine Wohneinheiten befinden.

democracy“ (Edie 2000: 188). Der Prozess der Demokratisierung lässt sich nicht auf die Durchführung von Wahlen reduzieren.

„The Gambia has a long road to travel to get back to its multi-party-democratic state: the holding of elections is not as sure guarantee of ‘safe arrival’: it is the process of democratisation rather than the electoral end-result which is the crucial element“ (Ceesay 2006: 234-235).

Bei den Wahlen in Gambia wurde auch in der Zweiten Republik mit ungleichen Ressourcen gekämpft. Gegnerische Kandidaten und Parteien wurden mit unfairen Mitteln wie Belästigungen, Einschüchterungen, Verhaftungen etc. in die Schranken gewiesen (Adejumobi 1998: 53). Obwohl die BeobachterInnen des Commonwealth die Wahl von 2001 im Gegensatz zur der Wahl von 1996 als frei und fair erklärt hatten, kam es während der Wahl zu Gewalt und Gewaltandrohungen gegen Oppositionelle. Zudem gab es ein starkes Ungleichgewicht bei der Ressourcenverteilung im Wahlkampf zugunsten der Regierungspartei. Außerdem kam es zu ungesetzlichen WählerInnenregistrierungen. Die Wiederzulassung aller Parteien wurde von Jammeh aus taktischen Gründen getätigt, um die ohnehin schwache Opposition, die sich zu einer Koalition zusammengeschlossen hatte, weiter zu spalten. Die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl von 2001 führten unter anderem dazu, dass die UDP die Parlamentswahlen von 2002 boykottierte (Ceesay 2006: 233-247). *„[T]he October 2001 presidential election was flawed with irregularities and problems, ranging from a truncated campaign period which would give advantage to the incumbent candidate, to occurrences of violence and threats against the opposition“ (Ceesay 2006: 243).* Zudem nahmen mehrere zehntausende Nicht-GambierInnen widerrechtlich an der Wahl teil und der Leiter der Wahlkommission, der ein Jammeh-Unterstützer war, ließ weitere Manipulationen bei der Wahl zu (Saine 2003: 61). Die UDP beanstandete außerdem, dass Präsident Jammeh und APRC-Mitglieder Geld und andere Geschenke, wie Traktoren, an Individuen und Gemeinden verschenkten, um deren Stimmen zu gewinnen. Jammeh ging angeblich soweit, dass er Dörfern und Bezirken androhte, ihnen Gelder und Projekte aus der Entwicklungszusammenarbeit vorzuenthalten, sollten diese nicht für ihn stimmen (Ceesay 2006: 247-248). Die Nationalratswahlen im Jahr 2002 wurden von der UDP boykottiert. Die APRC erreichte insgesamt 63.4 Prozent der Stimmen und somit weit über 30 Sitze. Die NRP erlangte 21.6 Prozent der Stimmen aber nur einen Sitz und die PDOIS Partei erhielt 13.6 % der Stimmen und zog somit erstmal

mit zwei Sitzen in den Nationalrat ein. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,3% (Ceesay 2006: 236-239).

Korruption und Patronage

Die Korruption der PPP-Regierung stieg vor allem in den letzten Jahren ihrer Herrschaft stark an und untergrub ihre Legitimität (Edie 2000: 176). „*Corruption had become a serious problem in The Gambia, especially during the last two years of the PPP rule*“ (Edie 2000: 177). Die zentralisierte Machtposition der politischen Elite und die massive Korruption wurden später von den Beteiligten des Putsches als Gründe für den erzwungenen Machtwechsel genannt (Ibrahim 2003: 58). Yeebo meinte, dass das Thema Korruption von den Putschisten politisiert wurde und somit offene Diskussionen darüber verhindert wurden: „*Undoubtedly, corruption hinders sustainable development and affects the poor even more. Yet military governments, such as the AFPRC, have politicised the issue and therefore made it difficult to have an open minded debate about this issue*“ (Yeebo 1995: 78).

Auch Präsident Jammehs Regime wurde immer wieder Korruption und Patronage vorgeworfen (Saine 2003: 60). „*Like Jawara before him, Jammeh engages in patronage to strengthen and expand his support base*“ (Saine 2003: 60). Jammeh pflegte klientelistische Beziehungen besonders zu Mitgliedern seiner ethnischen Gruppe, den Djolas. Die Posten im Militär und im öffentlichen Sektor waren größtenteils durch Djolas besetzt (Ceesay 2006: 267). Projekte, die aus den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit finanziert wurden, setzte Jammeh in den Gebieten des Landes um, deren Bevölkerung ihm gegenüber loyal war. „*President Jammeh used his political position to allocate state patronage, particularly in development projects in pro-APRC localities*“ (Ceesay 2006: 186). Seine AnhängerInnen sahen ihn als eine Art großzügigen König. Jammeh war tatsächlich großzügig, was die Verteilung von Ressourcen betraf; nur dass diese Ressourcen meist Staatseigentum waren und er damit umging, als wären sie sein Privateigentum (Saine 2003: 60).

„*Under Jammeh, the allocation of government-owned cars, buses, tractors, and foreign aid is his purview, and not the machinery of government. In doing so, he has almost completely usurped the role of the Gambian state, and uses it for the purposes of clientelism and patronage*“ (Saine 2003: 60).

7.1.2 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit

1970 wurde Gambia zur Republik mit dem Präsidenten als Staatsoberhaupt. Der Präsident konnte das Parlament jederzeit auflösen oder vertagen. Er wählte sowohl das Kabinett als auch den Vizepräsidenten aus. Er konnte acht Mitglieder fürs Parlament nominieren und bestellte den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und andere Richter. Er war ebenfalls Oberbefehlshaber der Armee³⁵ bzw. der bewaffneten Streitkräfte. Somit kam dem Präsidenten laut Verfassung eine enorme Machtposition zu (Wiseman 1991: 82).

Auch in der Zweiten Republik wurde das politische System in Gambia, trotz formalen Multiparteiensystems wieder von einer Partei dominiert. Gambia wurde vorgeworfen nur eine demokratische Fassade zu haben. In der Praxis wurden Opposition und Zivilgesellschaft unterdrückt und immer wieder Versuche unternommen die Verfassung zu unterlaufen. Die Wahlen waren nicht fair und frei. Patronage und Korruption wurden nicht bekämpft und es kam immer wieder zum Verschwinden oder Verhaftungen von Journalisten und Oppositionspolitikern (Edie 2000: 192-193).

Verfassung

Gambia galt im Ausland aus mehreren Gründen lange Zeit als demokratisch. Einerseits wurde zur Unabhängigkeit das Multiparteiensystem eingeführt und blieb Jahrzehnte bestehen; andererseits hatte Gambia in der gesamten ersten Republik den Konstitutionalismus strikt eingehalten. Zwar gab es auch in Gambia Verfassungsänderungen und andere formale und institutionelle Veränderungen; diese wurden jedoch stets verfassungskonform vorgenommen, was beispielsweise die Abhaltung des zweiten Referendums über die Einführung einer republikanischen Staatsform von 1970 zeigte (Wiseman 1991: 81).

Die Verfassung der 2. Republik war im Wesentlichen ähnlich aufgebaut wie die Verfassung von 1970. Sie entsprach in der Theorie den demokratischen Prinzipien. Sie unterstützte jedoch die Machtposition Yahya Jammehs.

„Ungeachtet der demokratisch und rechtsstaatlich wirkenden und in den entsprechenden Artikeln sehr ausführlichen Verfassung spricht die politische Wirklichkeit eine andere Sprache: Die repressive Behandlung von politischer Opposition und Medien zeigen am deutlichsten die Gefahren, denen die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen in der Praxis durch die weiterhin an der Macht befindlichen Offiziere: Sie stehen ungeachtet ihrer von der Verfassung garantierten Rechte ständig unter starkem Druck, jegliche Kritik an der Regierung und besonders am Präsidenten wird verfolgt“ (Wegemund 2000: 79-80)

³⁵ Gambia besitzt bis Anfang der 1980er Jahre keine Armee.

Seit die neue Verfassung 1996 in Kraft trat, hatte Präsident Jammeh sie allein bis 2003 insgesamt vierzigmal verändert (Ceesay 2006: 269). Sie bestand ursprünglich aus 235 Artikeln. Obwohl sie gegenüber der alten Verfassung theoretisch Verbesserungen aufwies, war sie deutlich auf den Machterhalt der Mitglieder des Militärregimes zugeschnitten. Die Verfassung von 1996 ist noch heute in Kraft. Sie betont die Gewaltenteilung und regelt die Präsidentschafts- und Parlamentswahl. Die Amtsperioden der Präsidentschaft sind fünfjährig; die Wiederwahl ist unbegrenzt.³⁶ Laut Verfassung ist das Parlament für die Gesetzgebung verantwortlich. Die Abgeordneten werden größtenteils vom Volk gewählt, vier der Abgeordneten werden jedoch vom Präsidenten ernannt. Die Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich. Minister können vom Parlament für ihr Verhalten 'getadelt' werden. Die Verfassung garantiert sowohl die Unabhängigkeit der Gerichte, als auch grundlegende Rechte und Freiheiten; sie geht hier besonders auf die Rechte von behinderten Menschen, Frauen und Kindern ein. Sie basiert auf dem Common Law, den traditionellen Gesetzen Gambias, der Scharia, den vom Parlament erlassenen Gesetzen und einigen Dekreten, die noch vom AFPRC erlassen wurden. Sie diskutiert ausgiebig die gesetzlichen Einschränkungen, welche unter der Notstandsgesetzgebung gelten. Außerdem regelt sie das Wahlrecht und den Wahlvorgang. Die bewaffneten Streitkräfte sollen laut Verfassung der zivilen Kontrolle unterstellt werden. Die Freiheit und Unabhängigkeit von Medien wird garantiert. Weiters wird den Chiefs die Ausübung ihrer Funktionen zugesichert (Wegemund 2000: 78-79).

„Die Erarbeitung und Verabschiedung der neuen Verfassung sowie die Schaffung der politischen Institutionen der 2. Republik trugen trotz der weitreichenden Beteiligung der Bevölkerung an den Diskussionen die deutliche Handschrift der Militärregierung und sicherten trotz der ausführlichen Behandlung der Grundrechte und der Einschränkungen bei der Notstandsgesetzgebung die Macht der Offiziere für die Zukunft – wobei diese aber zwecks Sicherung der Legitimität gezwungen sind, sich auch an diese Verfassung zu halten. Dies zeigte sich z.B. [...] in der Frage des geforderten Alters für den Präsidenten“ (Wegemund 2000: 79).

Recht und Gerichte

³⁶ Wegemund führt an, dass die Amtsperioden der Präsidentschaft von Beginn der neuen Verfassung an nicht begrenzt waren. Ceesay (2006:272) hingegen weist darauf hin, dass die Amtsdauer des Präsidenten früher auf zwei fünfjährige Perioden begrenzt war und durch Jammeh auf eine unbegrenzte Amtszeit geändert wurde, um seinen Machterhalt zu garantieren.

Während der Kolonialzeit wurde in Gambia das englische Recht eingeführt. Kolonie und Protektorat hatten zwei separate Gerichtssysteme. Die Kolonie hatte den „Supreme court“ und das Protektorat den „High Court“. Die Gerichte unterstanden verschiedenen Verfahrensregeln, obwohl die Richter dieselben waren. Im Gerichtshof der Kolonie wurden die Verurteilungen durch eine Jury bestimmt, während im „High Court“ des Protektorats ein Richter über den Ausgang des Prozesses entschied. Zusätzlich zum englischen Recht wurde in einigen Lebensbereichen, wie Heirat, Schenkungen, Testamente etc. das islamische Recht angewandt und durch Kadis praktiziert. Nach der Unabhängigkeit wurde das Rechtssystem größtenteils weitergeführt und die Gerichte aufgestockt. In Gambia existierte in der ersten Republik lange die Todesstrafe. Sie wurde aber in der gesamten Ära Jawaras nur ein Mal, im Jahre 1981, ausgeübt. Erst in den 80er Jahren beschäftigte sich die Regierung mit dem Gedanken einer Rechtsreform. (Bridges 1991: 55-60). Über die Unabhängigkeit der Gerichte nach der Unabhängigkeit Gambias meinte Philip Bridges: *„I know of no cases, where any attempt was made to influence the courts improperly, though on occasions prosecutions have been dropped for no obvious good reason. There may possibly have been political reasons, secretarian or even tribal considerations“* (Bridges 1991: 62). Einerseits betonte der Autor, dass ihm keine Fälle von der Beeinflussung des Gerichts bekannt waren, andererseits ließ er aber Zweifel an der vollständigen Unabhängigkeit der Gerichte aufkommen.

In der neuen Verfassung von 1996 waren die höchsten Gerichte in Gambia der Oberste Gerichtshof, das Berufungsgericht, der Hohe Gerichtshof und das Sonderstrafgericht. Zusätzlich konnten auch untergeordnete Instanzen, wie beispielsweise ein Kadi-Gericht, zuständig für familienrechtliche Bereiche von MuslimInnen, geschaffen werden (Wegemund 2000: 79). Die APRC selbst betonte in ihrem 1996 herausgegebenen Manifest die Wichtigkeit der Unabhängigkeit der Gerichte, wie sie in der Verfassung vorgesehen war (Ceesay 2006: 177). Trotzdem wurde dieser Grundsatz später nicht eingehalten. So meinte beispielsweise Ceesay *„President Jammeh disregarded the rule of law as defined by the Constitution, and there was evidence that there was interference with the Judiciary“* (Ceesay 2006: 203). Jammeh manipulierte die Gerichte und verbreitete unter den Richter eine Athmosphäre der Einschüchterung:

"[I]n the Gambia the Independence of the Judiciary has been repeatedly compromised. Although the Consitution provides for an independent judiciary, in practice the President manipulated the court systems to his own advantage. Judges and magistrates who ruled against the State find themselves sacked by President Jammeh" (Ceesay 2006: 258).

Parlament

Das Parlament in Gambia setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: dem Parlamentspräsidenten, den gewählten Abgeordneten, ernannten Mitgliedern und den Vertretern der Seyfus und Alkalos. Die Chiefs und Abgeordneten wurden geheim gewählt.³⁷ Die ernannten Mitglieder kamen durch den Präsidenten zu ihren Posten. Der Parlamentspräsident, der kein Minister sein durfte, wurde durch die Abgeordneten des Parlaments gewählt (Wegemund 2000: 76). Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Parlament war die ausreichende Kompetenz der Verfahrenssprache Englisch. WählerInnen für die Parlamentswahlen mussten gambische StaatsbürgerInnen und über 21 Jahre alt sein. In den Wahlkreisen wurden die Sitze nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben. Die Zahl der gewählten Mitglieder stieg 32 im Jahr 1966 auf 34 im Jahr 1977. Es gab zusätzlich acht nominierte Mitglieder, bei deren Nominierung Präsident Jawara darauf achtete, dass die Gruppen der Frauen und der Christen durch entsprechende RepräsentantInnen vertreten waren. Zudem gab es fünf Repräsentanten der Chiefs (Wiseman 1991: 83-85; Sagnia 1991: 46).

Die Bevölkerung wuchs im Vergleich zur Anzahl der gewählten Repräsentanten überproportional. Wiseman argumentierte, dass einer der Gründe warum die Steigerung der Parlamentssitze nicht mit dem Bevölkerungswachstum einherging, ein Machtverlust der Regierungspartei gewesen wäre.

„One possible explanation for the failure to increase the number of constitutencies in line with population increase is that the greatest population increases have been in the urban coastal areas of the Kombos, Bakau and Serekunda, where the opposition tend to do well" (Wiseman 1991: 84).

Der Präsident durfte kein Parlamentsmitglied sein, konnte sich laut Verfassung aber jederzeit an dieses wenden oder es besuchen. Aufgrund der starken Position des Präsidenten und seiner Partei war die Rolle des Parlaments weniger bedeutend. Zur Rolle des Parlaments in der gambischen Politik meinte Wiseman: *„the House does*

³⁷ Die Seyfus wurden direkt von ihrer Gruppe; die Abgeordneten in einer allgemeinen Wahl mit einem Vertreter pro Wahlkreis gewählt.

not form the decision-making body within the state, but it does have important effects on the decisions which are made and how they are implemented" (Wiseman 1991: 86). Vor allem diene das Parlament zur Festigung der dominanten Position der politischen Elite.

„The operations of the House reinforce two seemingly opposed but ultimately connected facets of Gambian Politics. Firstly, it reinforces the dominance of the ruling political elite. It legalises and legitimises the position of this elite by conferring upon its actions significant constitutional support. It also acts as a mechanism for the incorporation of an opposition counter-elite into a system which they may be able to influence but which they do not control” (Wiseman in Hughes 1991: 91).

Diese Aussage verdeutlichte die schwache Position des Parlaments und der Opposition. Neben diesen Eigenschaften kam dem Parlament aber auch eine stabilisierende Rolle im politischen System Gambias zu. *„At the same time, it reinforces the pluralistic, competitive and relatively open nature of the Gambian political system. It has helped to produce a political system which has been [...] relatively tolerant and stable”* (Wiseman 1991: 91). Im Parlament gab es einige wenige weibliche Mitglieder. Obwohl die gambischen Frauen die Mehrheit der Wählerschaft ausmachten und eine entscheidende Rolle für die Wirtschaft des Landes spielten, fanden Gender-Fragen, insbesondere Themen, welche die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft betrafen, keinen Raum in der Politik (Wiseman 1991: 89).

Ab Mitte der 90er Jahre bestand das Parlament laut der Verfassung von 1996 aus insgesamt 41 gewählten und vier vom Präsidenten ernannten Abgeordneten. Theoretisch konnte das Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit einen Misstrauensantrag gegen den Präsidenten einbringen. Die Abgeordneten wählen einen Parlamentarier zum Parlamentspräsidenten und einen weiteren zu seinem Stellvertreter. Theoretisch war die Regierung dem Parlament gegenüber verantwortlich, praktisch hatte das Parlament jedoch kaum Macht gegenüber dem Präsidenten und den Regierungsmitgliedern (Wegemund 2000: 78-79).

Militär

Die britische Kolonialverwaltung hatte 1958 entschieden, dass Gambia neben der Polizei durch eine kleine paramilitärische Einheit, die *„Field Force“* gesichert werden sollte (Edie 2000: 180). Also besaß Gambia in den 1960er und 70er Jahren kein Militär. *„Militär existiert in Gambia nicht. Der oberste Polizeikommissar wird vom*

Präsidenten berufen. Seitens der Polizei, einer potentiellen Kraft, ist keinerlei politische Einflußnahme bekannt“ (Bernecker 1976: 276). Erst 1983 wurde eine eigene Armee gegründet, Gambia National Army (GNA) (Wiseman 1996, in: Edie 2000: 181). Durch die Bildung der GNA wurde das Militär in Gambia zu einer neuen Kraft im politischen System, deren Einfluss schnell wuchs. 1994 bestand die GNA aus 800 Soldaten (Edie 2000: 181).

Nach dem ECOMOG-Einsatz von 1990-1991 in Liberia, von dem viele Soldaten unzufrieden und unentschädigt zurückkehrten, entschied Präsident Jawara, seine Armee von der Nigerian Army Training Assistance Group trainieren zu lassen. Die Unzufriedenheit in der Armee stieg an und führte neben anderen Faktoren schließlich zu dem Putsch von 1994 (Yeebo 1995: 49-51).

Nach der Rückkehr zur zivilen Herrschaft weitete Präsident Jammeh die Aufgaben und Funktionen der bewaffneten Streitkräfte weiter aus anstatt sie unter zivile Kontrolle zu stellen, wie es die neue Verfassung verlangte (Edie 2000: 187-188).

„There was no evidence that APRC intended to put the military under civilian control. There is no external pressure on Jammeh to do so, although civilian control of the military is as vital to democratic governance in Africa as the holding of elections. Expanding the role and functions of the military is contradictory to keeping the military under civilian control, unless the objective is to keep Jammeh in power at the expense of the Opposition“ (Edie 2000: 188).

Unter Jammeh waren und sind fast alle Militärposten durch Djolas besetzt, was vor allem den Machterhalt Jammehs festigen soll. Die Auswirkungen einer solchen Politik können, wie die Geschichte Afrikas oft gezeigt hat, verheerend sein (Ceesay 2006: 167-268).

7.1.3 Menschenrechte, Zivilgesellschaft und andere wichtige Gruppen

Die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen nach der Unabhängigkeit entwickelten sich schon lange zuvor aus der gewerkschaftlichen Szene. So waren viele führende Politiker vor ihrer politischen Karriere in Gewerkschaften und Vereinen tätig. Die bedeutendste Gewerkschaft, die „*Gambia Workers Union*“ (GWU) wurde 1959 gegründet und hatte als einzige Gewerkschaft, durch einen 1960 organisierten Streik echten Einfluss auf die Verhandlungen mit der Regierung. Ihre Erfolge ließen jedoch in den 1970er Jahren nach. Andere bekannte Gewerkschaften waren die 1928 gegründete „*Gambia Labour Union*“ (GLU) und die „*Gambia Trades and Dealer's Union*“, deren beider Einfluss jedoch begrenzt war. Fast alle Gewerkschaften beschränkten ihre Aktivitäten auf den städtischen Raum. Andere wichtige gesellschaftliche Gruppen waren zum einen die Seyfos, also die traditionellen Kräfte,

welche durch ihre Repräsentanten im Abgeordnetenhaus ein parlamentarisches Mitspracherecht hatten. Ihre Macht nahm aber seit der Unabhängigkeit stetig ab.³⁸ Außerdem spielten bestimmte kirchliche Gruppen, vor allem im Bildungsbereich eine bedeutende Rolle. So ist es auch nicht verwunderlich, dass einige politische Parteien von Christen gegründet wurden, obwohl diese in Gambia eine Minderheit waren (Bernecker 1976: 275-276).

Insgesamt war die Zivilgesellschaft Gambias lange relativ schwach und inaktiv. Zu den Hauptakteuren der Zivilgesellschaft zählten Journalisten (Ibrahim 2003: 58). Sie konnten unter Jawara frei agieren: *“Under the Sir Dawda [Jawara] era [...], the press had a lot of room to operate freely and unhindered”* (Yeebo 1995: 94). Für Präsident Jawara war der Schutz der Menschenrechte ein Eckpfeiler seiner Politik, was ihm auch im Ausland Respekt verschuf (Yeebo 1995: 20). *„The human rights arena is one area where the Jawara government differed immensely from other governments in Africa, and where it won respectability”* (Yeebo 1995: 82).

Im Gegensatz dazu, litten Zivilgesellschaft und Menschenrechte ab Mitte der 1990er Jahre unter der Repression des Jammeh-Regimes *“Unlike the PPP, the APRC has resorted to all the classic methods of a dictatorial regime, imprisoning, arresting, and torturing its real or imaginary opponents because they are on a different side of the political divide”* (Yeebo 1995: 82). Besonders die Pressefreiheit wurde in Gambia unter der Jammeh-Regierung signifikant eingeschränkt (Yeebo 1995: 24).

Mehrere Menschenrechtsorganisationen berichteten über die dramatische Verschlechterung der Menschenrechtsslage seit Jammehs Machtantritt (Ceesay 2006: 194). Es kam auch immer wieder zur Folterung von Journalisten und anderen Menschenrechtsverletzungen. Im Mai 2002 wurde mit den Stimmen der APRC ein Gesetzentwurf beschlossen, der es dem Regime erleichterte Journalisten zu verfolgen und sie zwingen konnte ihre Quellen preiszugeben. Trotz internationaler Proteste wurde das Gesetz erlassen und auch ausgeführt. Die Menschenrechtsverletzungen des Jammeh-Regimes beschränkten sich jedoch nicht nur auf Journalisten und Oppositionelle. So wurde unter anderem auch ein Mitarbeiter von Amnesty International³⁹ eingesperrt. Es wurde vermutet, dass der

³⁸ In der Verfassung von 1965 sind acht Sitze für die Seyfulo im Parlament verankert; die Verfassung von 1970 sieht nur mehr vier Sitze für sie vor.

³⁹ Amnesty International war eine von mehr als hundert in- und ausländischen NGO's, die zur Jahrtausendwende in Gambia registriert waren (Saine 2003: 63).

Tod des ehemaligen Finanzministers, der sich gegen Präsident Jammeh gestellt hatte zu den Verbrechen des Regimes gehört (Saine 2003: 61).

Am 10. April 2000 wurden bei Studentenprotesten mindestens vierzehn Menschen getötet. Die Demonstrationen wurden durch die Gambia Students Union organisiert und fanden auf Grund des Todes eines Studenten und der Vergewaltigung eines dreizehnjährigen Schulmädchens durch einen Polizisten, statt (Ceesay 2006: 190-191; Saine 2003: 58). Ceesay (2006: 198) verglich Gambia mit einem Polizeistaat:

„In 2001, The Gambia was apparently functioning in the manner of a police State: there was unrestrained and increasingly violent repression of oppositional voices. With economic hardship, signs of disintegration of society, allegations of massive official corruption, the detentions, disappearances and deaths of Gambian citizens and the flagrant disregard for fundamental human rights, The Gambia was in an apparently perilous state [...], there had been a return to the authoritarian and unchallenged practices of the military junta [...]. There was ample evidence of widespread corruption, brutality and abuse of civil and human rights“ (Ceesay 2006: 198).

Beziehungen zu externen Akteuren

Gambia unterhielt aufgrund seiner Kolonialgeschichte und seiner geographischen Lage intensive Außenbeziehungen mit Senegal und Großbritannien. Die Gesellschaft Gambias wurde von beiden genannten Staaten stark geprägt. Es bestanden neben den engen ökonomischen Kontakten zu Senegal über die künstlich gezogene Kolonialgrenze hinweg Verwandtschaftsbeziehungen. Seit der Unabhängigkeit bis in die 1970er Jahre hinein vertiefte D.K. Jawara die internationalen Beziehungen z.B. zu China, der damaligen UdSSR und Libyen (Bernecker 1976: 277-278). Nach der Unabhängigkeit war neben Senegal und England auch Frankreich ein wichtiges Exportland. Von England, Frankreich, Thailand, China und den Niederlanden importierte Gambia ab den 1970er Jahren vermehrt Lebensmittel, vor allem Reis, und Luxusartikel (Sallah 1990: 628). Jawara besuchte in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit Sierra Leone, Liberia, Guinea, Mali, Libyen und viele andere Staaten. Gambia hatte für die vorwiegend muslimischen Staaten, einen Botschafter in Saudi Arabien, der auch für Ägypten, den Libanon, Libyen, die Vereinten Arabischen Emirate und den Iran zuständig war. Das kleine Land war darum bemüht, sich weltweit Freunde zu machen und erhielt u. a. finanzielle Unterstützung von Großbritannien, der damaligen BRD, Holland und diversen internationalen Organisationen (Hutchison 1975: 14).

Externe Akteure, die ein wirtschaftliches Interesse verfolgten, kamen ab den 1960er Jahren aus Skandinavien. Investoren, insbesondere aus Schweden suchten günstige Anlagemöglichkeiten im Tourismusbereich. Ab den 70er Jahren waren auch Investoren aus Dänemark und Großbritannien dabei (Harrell-Bond/Harrell-Bond 1979: 79).

Während der Militärherrschaft setzten die meisten Industriestaaten ihre finanzielle Unterstützung an Gambia aus. Daraufhin wandte sich Präsident Jammeh vermehrt den islamischen Staaten zu, um Unterstützung zu erhalten. Nach den Wahlen von 1996 begannen die traditionellen Geberstaaten mit der Wiedereinsetzung ihrer Zahlungen an Gambia wieder. Seither hat der kleine Staat mehrere Millionen Dollar an Geldern u.a. aus den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit erhalten (Edie 2000: 183-185 und 189-191).

Gambia hatte zudem u.a. Kontakte und Kooperationen im Rahmen der Vereinten Nationen und der Economic Community of West African States (ECOWAS).

7.2 Entwicklung

Die Entwicklung in Gambia hatte in den untersuchten Zeitabschnitten immer wieder Fort- und Rückschritte gemacht. In einigen Bereichen kam es zu deutlichen Verbesserungen. Die Lage der Bevölkerung verschlechterte sich aber signifikant. Die Entwicklungsplanung wurde nach der Unabhängigkeit durch drei, eher grobe dreijährige Entwicklungsprogramme⁴⁰ und einen etwas genaueren fünfjährigen Entwicklungsplan⁴¹ vorgezeichnet. In der zweiten Vergleichsperiode, 1990-2007, war die Entwicklungsplanung stark von den Vorgaben der Bretton-Woods-Institutionen geprägt und erfolgte vor allem in Form von Strukturanpassungs- und ähnlichen Programmen. Diese Entwicklung begann jedoch schon mehrere Jahre vorher, als Gambia aufgrund seiner wirtschaftlichen Krise, den zweiten Entwicklungsplan von 1980 vorzeitig abbrechen musste. Sowohl die früheren Entwicklungsprogramme und der Entwicklungsplan, als auch die Strukturanpassungsprogramme konzentrierten sich vorwiegend auf die makroökonomische Entwicklung. Besondere Bedeutung und ein Großteil des Budgets kam stets dem Infrastrukturausbau zu. Die soziale

⁴⁰ Die drei Entwicklungsprogramme waren für die Jahre 1964-1967, 1967/68-1970/71 und 1971/72-1973/74 geplant. Für detailliertere Informationen zu den Entwicklungsprogrammen und den Entwicklungsplan siehe Kapitel 4.4.

⁴¹ Der Entwicklungsplan wurde ab 1975 umgesetzt.

Entwicklung wurde lange Zeit vernachlässigt und rückte erst in den 1990er Jahren stärker ins Zentrum. (The Gambia 1964; The Gambia 1967; Burisch 1976: 60-65; Sallah 1990: 627; Hughes/Perfect 2006: 39-40; Edie 2000: 174-175 und 189-190; Saine 2003: 64).

7.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung: Infrastruktur, Landwirtschaft, Tourismus

Die drei Entwicklungsprogramme im Zeitabschnitt von 1964-1974 und der fünfjährige Entwicklungsplan ab 1975 konzentrierten sich vor allem auf den Ausbau der Infrastruktur. Zum Teil waren mehr als fünfzig Prozent des Budgets für Projekte in diesem Bereich eingeplant (The Gambia 1964; The Gambia 1967; Burisch 1976: 60-65).

Die landwirtschaftliche Konzentration auf die Erdnuss, der primären Einnahmequellen Gambias, führte zu einer starken Abhängigkeit des Staates vom Weltmarkt. Erst ab den 1970er Jahren motivierte man die bäuerliche Bevölkerung zur Diversifikation in der Landwirtschaft. Die zusätzlich angebauten Saaten dienten jedoch primär der Versorgung der Bevölkerung und nicht dem Export. Da sich das Stadt-Land-Gefälle in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit noch verstärkte, wurde der Fokus des ab 1975 beginnenden Entwicklungsplans auf die ländliche Entwicklung gelegt. (The Gambia 1964; The Gambia 1967; Burisch 1976: 60-65).

Obwohl es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit durch die erfolgreichen Erdnussernten zu einem Wirtschaftswachstum von mehr als 4,5 Prozent kam, entwickelte sich die Wirtschaft Gambias zu Beginn der 1970er Jahre im Vergleich zum Bevölkerungswachstum ungenügend (Burisch 1976: 64-65).

Anfang der 1990er Jahre, hatte sich Gambia aus makroökonomischer Perspektive wieder von der Krise in den 1980er Jahren erholt und das Economic Recovery Programme galt somit in den Augen von Regierung und Weltbank als erfolgreich. Die Armut stieg jedoch in den 1990er Jahren stark an und die Lebensbedingungen verschlechterten sich zunehmend. Dieser Abschwung erfolgte trotz diverser Programme, deren Ziel es war, die Lebensbedingungen zu verbessern (Touray 2000: 141; Sallah 1990: 647). Die Erdnussexporte brachen Anfang der 1990er Jahre drastisch ein. Das hatte enorme Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bevölkerung, da der Großteil der Bevölkerung in der Erdnußproduktion tätig war. Zusätzlich kam es zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums, beeinflusst durch die Grenz- und Finanzpolitik Senegals. Bis 1993 wurde ein lukrativer Anteil des

Wirtschaftswachstums durch den Schmuggel diverser Waren nach Senegal erreicht. Als dieses jedoch 1993/94 einerseits seine Währung entwertete und andererseits seine Grenzen stärker kontrollierte, um den Schmuggel entgegenzuwirken, fiel diese Einnahmequelle größtenteils weg (Hughes/Perfect 2006: 33-40; Wright 1997: 31-32 und 231)

In beiden Vergleichszeiträumen war es der Tourismus, der einen Stillstand des Wirtschaftswachstums verhinderte. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre fiel das Wirtschaftswachstum zwar auf 1,5 Prozent, dass es nicht noch weiter absank, war den Einnahmen aus dem Tourismussektor zu verdanken. Zwischen 1965 und 1975 stieg die Zahl der UrlauberInnen die nach Gambia kamen und somit auch die Erträge aus diesem Sektor stark an. Der Großteil der Gewinne ging jedoch an ausländischen Hotelbesitzer und Investoren. Soziale Probleme wie Prostitution, Diebstahl etc. wurden verschärft (Harrel-Bond/Harrel-Bond 1979: 78-89; Sallah 1990: 624-625; Yeebo 1995: 11-13).

Durch den Putsch von 1994 wurde der Tourismussektor stark in Mitleidenschaft gezogen. Es kam zu einem Einbruch der Einnahmen bis zu 75 Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg enorm an (Wright 1997: 240; Edie 2000: 183). Schon während des Militärregimes, aber auch danach investierte der neue Machthaber Jammeh große Summen in den Infrastrukturbereich und setzte tatsächlich viele Projekte um. Der Ausbau der Infrastruktur kam sowohl der Bevölkerung als auch der Tourismusindustrie zugute, die sich kurz nach der Rückkehr zur zivilen Regierungsform wieder erholte. So stieg das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark an, obwohl die Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Produktion fielen (Edie 2000: 192).

Das starke Wirtschaftswachstum wurde auch durch die ausländischen Kredite unterstützt. Präsident Jammeh knüpfte an die neoliberalen Wirtschaftsstrategien der vorigen Regierung an und implementierte die von den internationalen Organisationen geforderten Programmen und Abkommen. *„APRC seemed to be committed to economic liberalisation more than to political liberalisation”* (Edie 2000: 189). Durch die ökonomische Liberalisierung verbesserte sich die wirtschaftliche Situation zwar auf den ersten Blick, bei genauer Betrachtung musste jedoch festgestellt werden, dass die Schulden des Landes und die Armut der Bevölkerung stark stiegen. Also wurden neue Programme beschlossen, die sich nun wiederum auf die Bekämpfung der Armut konzentrieren sollten. Durch die Umsetzung dieser Programmen der

Bretton-Woods-Institutionen qualifizierte sich der Staat für Programme wie HIPC, welche die Entschuldung verarmter Länder vorantreiben sollte (Edie 2000: 183-190; Weltbank-PRSP 2009; Weltbank Country Brief 2009).

Auch nach 2000 kam es in Gambia bis auf das Jahr 2002 zu einem Wirtschaftswachstum. Die steigenden Preise und die starke Inflation⁴² führten aber dazu, dass die Bevölkerung davon nicht profitierte sondern im Gegenteil unter der Situation zu leiden hatte (Saine 2003: 58; Edie 2000: 176).

Jammeh warf der Jawara-Regierung vor, die Entwicklung des Landes nicht vorangetrieben zu haben und Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit falsch eingesetzt zu haben. Bisher bewies Jammeh jedoch nicht, dass er und seine Partei ihre Aufgabe besser erfüllt hätten als die vorige Regierung (Yeebo 1995: 89).

„Captain Yahya Jammeh has accused the PPP government of not bringing about any real development in The Gambia for thirty years. He has also accused the PPP administration of mismanaging foreign aid brought to the country. Yet, his regime has not shown that it has a programme which can help correct some of the structural causes of poverty in The Gambia” (Yeebo 1995:89).

Ein nicht zu unterschätzender Entwicklungsmotor für Gambia sind die Überweisungen von GambierInnen, die im Ausland leben. Sie bringen dem Staat Devisen und verbessern den Lebensstandard vieler Familien. Gleichzeitig haben sie neben den rein ökonomischen und sozioökonomischen Effekten eine stabilisierende Wirkung auf die politische Lage des Landes, da die Unzufriedenheit großer Bevölkerungsteile durch die Zahlungen abgefangen wird (Saine 2003: 62).

Nach wie vor ist Gambia von der Unterstützung externer Akteure abhängig: *„The continued dependence on foreign funding showed no movement of the economy away from the characteristics of the Jawara era”* (Edie 2000: 191).

7.2.2 Soziale Entwicklung: Bildung und Gesundheit

Wie in Kapitel 4 und 6 beschrieben, waren die Ausgaben für den Bildungs- und Gesundheitsbereich in den beiden Vergleichszeiträumen knapp budgetiert. In beiden Bereichen bestand ein starkes Gefälle zwischen städtischem und ländlichem Raum. Im Bildungsbereich konnte von 1960 bis 1975 vor allem der Volksschulbereich starke Zuwächse verzeichnen. Die Anzahl der Schulen und der SchülerInnen stieg stark an. Trotz einiger Verbesserungen im Sekundärschulbereich zwischen 1960 und 1975,

⁴² 2003 lag die Inflation bei 17 Prozent, konnte allerdings bis 2006 auf 2,1 Prozent gesenkt werden.

standen auch Mitte der 70er Jahre insgesamt sehr wenige weiterbildende Schulen zur Verfügung (Harrel-Bond/Harrel-Bond1979: 79).

Bildung

Im Jahr 1966/67 hatte Gambia 315.486 EinwohnerInnen. Im Jahr 1963/64 gab es 69 Volksschulen, die von etwa 10.500 SchülerInnen besucht wurden. Davon waren 3.172 Mädchen. Sekundarschulen gab es in diesem Jahr nur zwölf. Von den insgesamt 2690 SekundärschülerInnen waren 802 weiblich. 1966/67 war die Anzahl der Volksschulen auf 90 und die Anzahl der Sekundarschulen auf 16 gewachsen. Es wurden 14.218 eingeschriebene VolksschülerInnen gezählt, davon 4.137 Mädchen. Im Sekundärschulbereich waren 1204 von insgesamt 3.689 SchülerInnen Mädchen (The Gambia 1966/67: 1 und 16-17).

Auch zwischen 1990 und 2007 stieg die Zahl der SchülerInnen an. Seit 1998 wurden deutlich höhere Einschulungsraten von Mädchen aus den ländlichen Gebieten verzeichnet. Auch das Angebot weiterbildender Einrichtungen wurde erweitert und Gambia bekam seine erste Universität. Trotz dieser Fortschritte waren 1992 mehr als 60 Prozent der erwachsenen Bevölkerung AnalphabetInnen. Die Zahl der VolksschulabsolventInnen konnte zwischen 1995 und 2007 um dreißig Prozent erhöht werden. Auch zur Jahrtausendwende gab es im Bildungsbereich noch immer ein Ungleichgewicht zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten (Sallah 1990: 645-646; Saine 2003: 58; Weltbank: MDGs 2008; IMF 2006: 33; Ceesay 2006: 265).

Insgesamt war der Bildungssektor von einem lange anhaltenden Mangel ausgebildeter Fachkräfte und Materialien geprägt. Die Schulgebühren und andere Ausgaben für Bücher, Uniformen etc. waren für viele Familien eine große Belastung. Familien mit mehreren Kindern konnten sich die Ausbildung ihrer Kinder zum Teil gar nicht mehr leisten (Ceesay 2006: 265): *„for families trying to educate a number of children, the situation is hopeless“* (Ceesay 2006: 265).

Gesundheit

Auch im Gesundheitsbereich kam es in beiden Phasen⁴³ zu kleinen Fortschritten. Den größten Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitssituation der Bevölkerung hat sicherlich die Verbesserung der Wasserversorgung und Infrastruktur geleistet. In die

⁴³ 1960 bis 1975 und 1990 bis 2007

Wasserversorgung wurde seit Mitte der 60er Jahre investiert. Um der ländlichen Bevölkerung eine bessere Gesundheitsversorgung zu garantieren wurden in den Provinzen neue Gesundheitsstationen gebaut (The Gambia 1967). Seitdem Jammeh an die Macht kam, investierte er vor allem in den Ausbau der Straßennetze. Dadurch wurde der Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung ab Mitte der 90er Jahre weiter verbessert. Durch zusätzliche Investitionen im Gesundheitssektor könnte es zu einer weiteren Verbesserung der Situation kommen (Saine 2003: 58-59). So führte Saine (2003: 58) an: *„Yet the Farafenni and Bwiam hospitals, good roads, and well-trained doctors from the University of the Gambia’s medical and nursing schools could greatly enhance the health status of many Gambians”*. Der Autor betonte den Handlungsbedarf in weiteren Bereichen des Gesundheitswesens. So war z.B. die Gesundheitsversorgung in einigen städtischen Gebieten nicht gewährleistet (Saine 2003: 62). *„Also, the fact that Serrekunda, a major urban centre with a population of approximately 200 000, is served by one government-owned health-clinic, is both dangerous and troubling”* (Saine 2003: 62).

Ceesay meinte, dass die beiden Krankenhäuser signifikante Mängel aufgewiesen hätten. Das Farafenni Krankenhaus verfügte über zu wenig Personal und mangelhafte medizinische Ausrüstung. Das Bwiam Krankenhaus hätte eigentlich bis 2001 fertig gebaut werden sollen; die Fertigstellung verzögerte sich aber um Jahre (Ceesay 2006: 266). Weiterhin stellt er fest, dass die Gesundheitsversorgung in Gambia auch Anfang des 21. Jahrhunderts völlig unzureichend war:

„[T]o acquire health care even at the most basic levels is not easy: patients must pay an attendance fee as well as drug and treatment fees, and for much of the time, many necessary drugs are not available in the country. The hospitals in Banjul and Bansang lack modern equipment [...] and are overcrowded and understaffed” (Ceesay 2006: 266).

Einige AutorInnen sind der Ansicht, dass es den meisten GambierInnen heute insgesamt schlechter geht als zu Zeiten Jawaras. Es wurde zunehmend schwieriger die großen Familien zu versorgen, da die Preise für Grundnahrungsmittel enorm anstiegen.

„The daily struggle to feed and shelter the family is growing harder by the week: as inflation bites, ordinary Gambians have a hard time to provide much more than a very basic diet (often lacking minerals, vitamins and protein). The price of a bag of rice has escalated from 180 Dalasis in 2000 to almost 400 dalasis in 2003” (Ceesay 2006: 266)

Auch Saine (2003: 64) kam zu dem Schluß: *“Today, the average Gambian is worse off economically than in 1994”*. Edie resümierte, dass Gambia von den enormen

Mitteln, die internationale Geber zwischen 1970 und 2000 bereitgestellt hatten, insgesamt nicht profitiert hat: *“The country has not benefited from the millions of dollars in development funds contributed by international donors over the last thirty years”* (Edie 2000: 196).

7.3 Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung in Gambia

Die Entwicklung Gambias gestaltete sich sowohl zwischen 1960 und 1975 als auch zwischen 1990 und 2007 unterschiedlich. Da Entwicklung kein linearer Prozess ist, so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Entwicklung in Gambia nicht gleichmäßig erfolgte. Es herrscht unter vielen AutorInnen eine gewisse Einigkeit, dass Entwicklung zumindest die zwei Komponenten Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung umfasst. Die einzelnen Definitionen, Indikatoren und Komponenten sind wesentlich differenzierter und abhängig vom jeweiligen theoretischen Kontext.⁴⁴ Reduziert man Entwicklung auf Industrialisierung und Wirtschaftswachstum, wie dies viele modernisierungstheoretischen Ansätze tun (Fischer et al. 2003: 19), so könnte man behaupten, dass sich Gambia in beiden Vergleichszeiträumen bezüglich seines Wirtschaftswachstums über lange Strecken positiv entwickelt hat. Es kam zwar zu keiner weitreichenden Industrialisierung und die wirtschaftliche Entwicklung hatte immer wieder mit Rückschlägen zu kämpfen, betrachtet man jedoch die makroökonomischen Daten allein, so zeichneten sich kleine Erfolge ab (Touray 2000: 135).

Zieht man jedoch die Fünf Komponenten⁴⁵ des magischen Fünfecks (Nohlen 2002: 228) von Nuscheler und Nohlen zur Analyse der Situation heran, so kann im Fall von Gambia bei weitem nicht von einer gelungenen Entwicklung gesprochen werden. Betrachtet man den Bereich der Arbeit in Gambia, so stellt man fest, dass der Großteil der Bevölkerung auch heute noch im Agrarsektor beschäftigt ist. Die bäuerliche Bevölkerung ist nach wie vor in die nicht sehr gewinnbringende Erdnussproduktion eingebunden. (Weltbank: Country Brief 2009). In den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre waren viele GambierInnen im öffentlichen Sektor angestellt. Als sich die Wirtschaftslage in den 70er Jahren verschlechterte und erste

⁴⁴ Siehe Kapitel 1.1, welches sich mit den Definitionen und Theorien zu Entwicklung beschäftigt hat.

⁴⁵ Arbeit/Beschäftigung; wirtschaftliches Wachstum; soziale Gerechtigkeit/Strukturwandel; Partizipation und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Maßnahmen zur Strukturanpassung eingeleitet wurden, verloren hunderte Menschen aufgrund der Budgetkürzungen ihren Arbeitsplatz (Edie 2000: 175-177).

In den 1990er Jahren verstärkte besonders der Coup d'État von 1994 die Arbeitslosigkeit. Das Ausbleiben der TouristInnen führte zur Schließung mehrerer Hotelbetriebe. Daraufhin verloren viele ArbeitnehmerInnen aus dem Tourismusbereich ihren Arbeitsplatz (Edie 2000: 183).

Im Bereich des Wirtschaftswachstums gab es, wie oben erwähnt, Höhen und Tiefen. Bezüglich der sozialen Gerechtigkeit muss festgestellt werden, dass Gambia von extremer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit geprägt war und ist. Eine kleine Elite bereicherte sich während der letzten Dekaden auf Kosten der Gesamtbevölkerung, deren Lebensstandard stetig sank (Saine 2003: 57; Edie 2000: 176-177). Vor allem während der 1990er Jahre konnte ein starker Anstieg der Armut beobachtet werden (Hughes/Perfect 2006: 29). Lediglich der Ausbau der Infrastruktur kam großen Teilen der Bevölkerung zugute, da der Zugang zu Wasser, Bildung medizinischen Diensten und Information etc. dadurch erleichtert wurde (Saine 2003: 58-59).

Die Partizipation der Bevölkerung war in beiden Vergleichszeiträumen durch die dominanten Regierungsstil der Führerpersönlichkeiten und den de facto Einparteienstaat enorm eingeschränkt. Vergleicht man die Amtszeiten von Präsident Jawara und Präsident Jammeh, so wurden diejenigen, die sich politisch einbringen wollten, zu Zeiten Jawaras mit weniger repressiven Mitteln behandelt. (Ceesay 2006: 242).

Gambia kann definitiv nicht als wirtschaftlich und politisch unabhängig beschrieben werden, wie es der letzte Punkt des magischen Fünfecks vorsieht. Wirtschaftlich war Gambia durchgängig abhängig von ausländischer Unterstützung. Die Unterstützung externer Geber wurde meist an politische und wirtschaftliche Konditionalitäten geknüpft. Gambia ist bis heute Rohstoffproduzent. Die jahrzehntelange Monokultur machte das Land extrem abhängig und anfällig für die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt (Sallah 1990:624-627). Politisch war Gambia vor allem während der Jawara-Regierung von Großbritannien und Senegal beeinflusst (Bernecker 1976: 278). Die politische Ebene wirkte sich insofern auf die Wirtschaft aus, als dass die politische Stabilität eine wichtige Voraussetzung für einen florierenden Tourismussektor war (Harrel-Bomd/Harrel-Bond 1979: 78-79).

Auch auf demokratischer Ebene kommt es auf die definitorische Herangehensweise der AutorInnen an, ob Gambia als demokratisch beschrieben wurde bzw. wird oder nicht.

Auf Beethams vier Hauptdimensionen⁴⁶ von Demokratie zurückgreifend, war Gambia die ersten zehn Jahre nach der Unabhängigkeit auf dem „richtigen“ demokratischen Weg, war aber in einigen Bereichen noch weit vom Ziel der Konsolidierung der Demokratie entfernt. Nach der Analyse der verglichenen zeitlichen Phasen kann bezüglich Beethams erster Dimension – freie und faire Wahlen – festgestellt werden, dass die Wahlen zwischen 1965 und 1975 allgemein als frei und fair galten. Die Opposition warf der Regierung allerdings vor, WählerInnen mit diversen Mitteln beeinflusst zu haben. Erst bei den letzten Wahlen von 1992 während Jawaras Amtszeit hatten die WählerInnen eine tatsächliche Auswahl an Parteien mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung (Wegemund 2000: 77). Von der Opposition kamen Vorwürfe wegen Unregelmäßigkeiten und Manipulationen bei der Wählerinnenregistrierung (Edie 2000: 170-171). Im Gegensatz dazu, konnten die Wahlen unter Yahya Jammeh besonders zwischen 1996 und 2001 weder als frei noch als fair bezeichnet werden. Der Großteil der Parteien war in dieser Zeit von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen. Ab 2001 waren wieder alle Parteien zugelassen und internationale BeobachterInnen bewerteten die Wahlen ab 2001 als frei und fair. Oppositionelle und VertreterInnen der Zivilgesellschaft berichteten jedoch von massiver Repression und Wahlmanipulation seitens der APRC und ihrer AnhängerInnen. (Adejumobi 1998: 53; Ceesay 2006: 233-248; Saine 2003:61).

Die Rechenschaftspflicht und Aufrichtigkeit der Regierung war im zweiten Vergleichszeitraum weniger gegeben als in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit. Die Korruption wurde erst gegen Ende der Regierungszeit der PPP zu einem Problem (Edie 2000: 177). Bezüglich der Gewaltenteilung konnte der PPP-Regierung keine eindeutige Beeinflussung der Gerichte nachgewiesen werden. Bridges (1991: 62) lässt jedoch Zweifel über die tatsächliche Unabhängigkeit der Gerichte aufkommen. Jammehs Regierung konnte mehrmals Korruption nachgewiesen werden. Schon während der Transition zur Zivilregierung legte Jammeh vor niemanden Rechenschaft ab (Edie 2000: 184-185). Die Judikatur war während der bisherigen Amtszeit Jammehs nicht unabhängig (Ceesay 2006: 203 und

⁴⁶ 1. freie und faire Wahlen, 2.eine rechenschaftspflichtige und aufrichtige Regierung, welche die Gewaltenteilung sicherstellt, 3. die Garantierung ziviler und politischer Rechte und Freiheiten, 4. eine aktive demokratische Zivilgesellschaft (Beetham 1994: 36-39).

258). Die Gewaltenteilung war dementsprechend zwischen 1965 und 1975 in einem weitaus größeren Ausmaß gegeben als zwischen 1996 und 2007. Wesentliches Merkmal in beiden Vergleichszeiträumen war die enorme Macht, die beide Präsidenten auf politischer Ebene hatten.

Zu Beethams drittem Punkt – Garantie ziviler und politischer Rechte und Freiheiten – ist anzumerken, dass Jawara national und international den Ruf hatte, die Menschenrechte zu wahren und zu verteidigen. Zwischen 1960 und 1975 kam es weder zu Folterungen noch zu Gewalt gegen Oppositionelle (Saine 2003: 62; Yeebo 1995: 20 und 82). Jawara bediente sich anderer taktischer Mittel um seinen Machterhalt zu sichern (Edie 2000: 192-193).

Unter Jammeh hingegen kam es zu Folterungen und nicht begründeten Verhaftungen. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt, die Pressefreiheit stark eingeschränkt und es kam zu mysteriösem Verschwinden Andersdenkender. Jammeh kann demnach nicht als Demokrat bezeichnet werden (Saine 2003: 61; Ceesay 2006: 198).

Die Zivilgesellschaft in Gambia war zu keiner Zeit so aktiv, dass die politische Entwicklung des Landes mitbestimmte. Es bestand jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Vergleichszeiträumen: Während die Zivilgesellschaft nach der Unabhängigkeit unter Jawara frei operieren konnte und von niemanden gewalttätig unterdrückt wurde, konnte sie unter der Jammeh-Regierung nie wirklich frei ihre Funktionen ausüben. Die Marginalisierung der Zivilgesellschaft fand in beiden Vergleichszeiträumen statt, unter Jammeh wurde jedoch Zwang und Gewalt dafür eingesetzt. (Ceesay 2006: 242).

Die vier Dimensionen Beethams werden also in beiden Vergleichszeiträumen nicht vollständig erfüllt. In der ersten Phase von 1960 bis 1975⁴⁷ wurden aber deutlich bessere Ergebnisse erzielt als in dem Zeitraum zwischen 1990 und 2007.

Das Jammeh-Regime regiert bis heute, trotz einiger demokratischer und rechtstaatlicher Formalitäten autoritär (Ceesay 2006: 198).

Selbst wenn man sich auf minimalistische prozedurale Demokratiedefinitionen wie von Lipset (1959), Dahl (1956), Diamond (1997) u.a. bezieht, kann in beiden Phasen des Vergleichs nicht von einer vollständig funktionierenden Demokratie gesprochen werden. Prozedurale Demokratiedefinitionen stellen die Abhaltung von Wahlen ins

⁴⁷ Die Analyse beschränkt sich hier auf die Jahre 1965 bis 1975, da die Jahre unter der Kolonialherrschaft nicht mit demokratischen Maßstäben gemessen werden können.

Zentrum. Wesentliche Elemente sind oft auch die Dimensionen Gleichheit, Freiheit und Kontrolle. Lauth⁴⁸ würde Gambia, in den Jahren zwischen 1965 und 1975, vermutlich als 'defizitäre Demokratie' bezeichnen, da es zwar in die Kategorie demokratischer Staaten eingeordnet werden kann, die demokratischen Prinzipien aber noch nicht vollständig funktionieren (Lauth 2004: 108-118).

Die Phase von 1990 bis 2007 hatte v. a. zwischen 1994 und 2001 starke autoritäre Wesenszüge. In den letzten Jahren wurden einige demokratiepolitische Richtlinien, die von den Geberinstitutionen gefordert wurden umgesetzt. Es sind jedoch noch immer dieselben Militärs an der Macht. Es stellt sich die Frage ob es unter den ehemaligen Soldaten zu einer weiteren Demokratisierung in Gambia kommen kann? Verschiede AutorInnen haben unterschiedliche Auffassungen⁴⁹ über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung.

Lipset (1962) meinte beispielsweise, dass ökonomische Entwicklung zu sozioökonomischer Entwicklung führen würde. Beide zusammen würden zu Demokratie führen (Lipset 1962, in: Muno 2001: 6). Im Gegensatz dazu war Löwenthal (1963) der Ansicht, dass Entwicklung und Demokratisierung sich gegenseitig negativ beeinflussen würden (Löwenthal 1963, in: Muno 2001: 8). Diamond schloss den Kausalzusammenhang, dass Entwicklung zu Demokratie führen würde. (Diamond 1992: 125, in: Muno 2001: 22). Siegle, Weinstein und Halperin (2004 und 2005, in: Chen 2007: 23) argumentierten, dass Demokratie als Vorraussetzung für Entwicklung angesehen werden sollte.

Durch die Analyse der beiden Zeitspannen wurde im Fall von Gambia einerseits deutlich, dass der anfangs relativ hohe Grad an Demokratisierung nicht automatisch zu Entwicklung geführt hat. Andererseits haben sich die Phasen des vermehrten Wirtschaftswachstums nicht positiv auf die sozioökonomische Entwicklung ausgewirkt.

Die ersten zehn Jahre und darüber hinaus galt Gambia als Vorbild für Demokratie in Afrika. Trotzdem entwickelte sich der Staat nicht signifikant (Burisch 1976: 64-64) und musste bald um externe Unterstützung bitten.

Der in den 60er Jahren gängige Slogan 'Democracy first, Development second' traf in Gambia zwischen 1960 und 1975 also ebenso wenig zu, wie die Aussage

⁴⁸ In den Kapiteln 1.2.1 und 1.2.2 wird genauer auf die Analysen von Hans-Joachim Lauth eingegangen.

⁴⁹ Die unterschiedlichen Auffassungen diverser AutorInnen wurden in Kapitel 1.3. diskutiert.

‘Democracy first, Development second, die ab den 90er Jahren immer üblicher wurde. Auch für die Jahre 1990 bis 2007 wird festgestellt, dass zwischen Demokratie und Entwicklung keine kausale Beziehung belegt werden kann.

Zwischen 1990 und 1994 stabilisierte sich die makroökonomische Situation nach der Krise der 80er Jahre wieder (Hughes/Perfect 2006: 39-40). Gleichzeitig uferte die Korruption der Regierung immer mehr aus (Edie 2000: 177).

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation führte in dieser Phase also zu keiner Verbesserung der demokratierelevanten Probleme. Im Gegenteil, es kam 1994 durch den Militärputsch zu einer Unterbrechung der demokratischen Entwicklung, die sich fast über drei Dekaden erstreckt hatte.

In den Jahren 1994 bis 1996 in der die Militärregierung in Gambia an der Macht war, blieb die finanzielle Unterstützung der meisten bisherigen Geber aus. Dieser Umstand führte zu einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (Edie 2000: 183).

Es wurde also deutlich, dass sich zumindest beim Länderbeispiel Gambia Ent-Demokratisierung negativ auf Entwicklung auswirkte. Der Wechsel weg von einem relativ hohen Demokratieniveau hin zu einem autoritären Regime hat sich auf die wirtschaftliche Entwicklung Gambias negativ ausgewirkt. Gambia war seit der Unabhängigkeit extrem abhängig von ausländischer Unterstützung. Die Ursache für die negative Entwicklung der Wirtschaft in den Jahren des Militärregimes war daher vor allem durch das Ausbleiben der finanziellen Leistungen aus dem Ausland, aber auch durch den Einbruch im Tourismus bedingt.

Nach den Wahlen von 1996 stand die internationale Gebergemeinschaft Gambia wieder mit finanzieller und technischer Unterstützung zur Seite. Zwischen 1996 und 2007 erklärte sich die APRC-Regierung bereit, die verschiedenen Programme von Weltbank, IWF, EU und anderen entworfenen Programme zu implementieren (Edie 2000: 183-190). Das Wirtschaftswachstum stieg wieder an (Weltbank: Country Brief 2009). Gleichzeitig stieg auch die Armut bis Ende der 90er Jahre stark an. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbesserten sich also trotz einiger positiver Veränderungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich nicht signifikant (Hughes/Perfect 2006: 29).

Auch nach 2001, dem Jahr, das von vielen Außenstehenden als das Jahr, in dem Gambia zur Demokratie zurückkehrte, bewertet wurde, verbesserte sich der Lebensstandard der Bevölkerung nicht wesentlich. Die hohe Inflation und der stetige

Anstieg der Lebenserhaltungskosten seit der Jahrhundertwende machte es für den Großteil der Bevölkerung schwierig, ihre Familien zu versorgen. Schulgebühren und Rechnungen für medizinische Versorgung konnten kaum mehr bezahlt werden. Die Abhängigkeit von den Überweisungen der im Ausland lebenden Familienmitglieder stieg (Saine 2003: 60-62).

Kurz nach der offiziellen Re-Demokratisierung von 2001 kam es 2002 zu einem massiven Einbruch des Wirtschaftswachstums, der glücklicherweise nur kurz anhielt (Weltbank: Country Brief 2009). Obwohl der Human Development Index zwischen 1995 und 2005 von 0,436 auf 0.502 gestiegen ist (Human Development Report 2007/2008), sind sich viele AutorInnen (Hughes/Perfect 2006: 39-40; Saine 2003: 63-64; Ceesay 2006: 265; u.a.) einig, dass die Situation der Bevölkerung in den letzten Jahren insgesamt schlechter wurde.

So kann auch in der zweiten Phase des Vergleichs, den Jahren von 1990 bis 2007, keine zuverlässige Aussage über den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung getroffen werden. Bei genauer Betrachtung hat sich die Demokratisierung in Gambia trotz des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre, neben der Einführung einiger Formalitäten nicht signifikant weiterentwickelt. Zweifellos kann ein negativer Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und den militärischen Interventionen bzw. der Etablierung eines autoritären Regimes konstatiert werden. Das Wirtschaftswachstum nahm stark ab, als die politische Stabilität nach so langer Zeit demokratischer Entwicklung jäh unterbrochen wurde. Die Tatsache, dass sich das Wirtschaftswachstum in Gambia in Zeiten politischer Stabilität vergleichsweise besser entwickelt hat als zur Zeit der Militärregierung, hängt u.a. stark mit externen Faktoren zusammen. So ist die wirtschaftliche Entwicklung Gambias von seinen internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen abhängig. Die Konditionalitäten, welche die Geber zum Teil forderten, führten zu Verschuldung und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Conclusio

Ausgangspunkt der Arbeit waren einerseits Fragestellungen auf theoretischer Ebene zum Entwicklungs- und Demokratisierungsdiskurs – was ist Demokratie, was Entwicklung? Welche Denkrichtungen stehen hinter den diversen Konzepten? – und andererseits die Frage nach dem Entwicklungs- und Demokratisierungsprozess in Gambia, einem kleinen afrikanischen Land, das als Länderbeispiel herangezogen wurde. Besonderes Interesse galt der Frage, wie sich das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung zwischen den zwei zeitlichen Perioden rund um die Dekolonisierung (1960-1975) im Vergleich zur Jahrtausendwende (1990-2007) verändert hat; und wie Gambia in diesem Diskurs dargestellt wurde? Diese Fragestellungen mündeten schließlich in der eingangs formulierten Hypothese, die hier zur Erinnerung wiederholt wird:

„Der Diskurs über das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung hat sich in den letzten 15 Jahren im Vergleich zu den 1960er Jahren in die konträre Richtung verändert (zu Zeiten der Entkolonialisierung wurde die Formel „Development first, Democracy second“ propagiert, während es heute so scheint als ob die „Gebergemeinschaft“ Demokratie als Bedingung für Entwicklung voraussetzt und diese daher auch als Konditionalität für diverse Unterstützungen aufstellt). Trotz der Veränderung des Diskurses bestehen und bestanden auf politischer Ebene in Gambia Kontinuitäten.“

Der erste Teil der Arbeit konzentrierte sich auf Theorien, Konzepte und Definitionen von Demokratie und Entwicklung und untersuchte das Verhältnis der beiden Phänomene im Diskursverlauf. Die Diskurse, die sich mit Demokratie und Entwicklung beschäftigten, wurden dann im afrikanischen Kontext analysiert. Es wurde den Fragen nachgegangen, zu welchen Demokratisierungs- und Entwicklungsprozessen in den beiden Zeiträumen am afrikanischen Kontinent kam, und welche Hindernisse es zu überwinden galt. Schließlich wurde untersucht, wie die Theorien in Afrika aufgenommen wurden und die teils radikale Kritik einiger AutorInnen an den Konzepten und deren Umsetzungsversuchen dargelegt.

Bezüglich der theoretischen Ebene konnte dargestellt werden, wie unterschiedlich die Herangehensweisen verschiedener AutorInnen, je nach ihrem ideologischen Hintergrund, sind. So besteht prinzipiell keine grundlegende Einigkeit über das Verständnis der beiden Phänomene Demokratie und Entwicklung.

Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung hat sich im vorherrschenden Diskurs erheblich verändert. In den 1960er und 1970er Jahren vertraten viele AutorInnen die Ansicht, Entwicklung sei eine Voraussetzung für Demokratie. Es gab auch

gegenteilige Meinungen und diejenigen, die in diesem Feld forschten, kamen aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweisen zu völlig gegensätzlichen Ergebnissen. In den letzten Dekaden, spätestens jedoch seit den 1990er Jahren, scheint es, als hätte sich diese Vorstellung umgekehrt. Eine Reihe an Autoren und AutorInnen, sowie anderer beteiligter Akteure sind davon überzeugt, dass Demokratie bzw. Demokratisierung und die damit verbundenen Werte eine Vorbedingung für Entwicklung sind.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigte sich mit der heutigen Republik Gambia. Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse zwischen 1960-1975 und 1990-2007 wurden anhand des Länderbeispiels untersucht. Es wurde dabei auf die theoretischen Erkenntnisse des ersten Teils zurückgegriffen. Zentrale Elemente der Analyse waren somit auf der Demokratieebene die Abhaltung von Wahlen, politische Parteien, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und der Schutz der Grund- und Menschenrechte. Auf der Ebene der Entwicklung wurden vor allem die Bereiche Entwicklungsplanung, Landwirtschaft, Tourismus, Infrastruktur und im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung der Gesundheits- und der Bildungssektor für die Analyse herangezogen. Auch die Prozesse, die in Gambia zur Unabhängigkeit führten, und die wirtschaftliche und politische Situation rund um die Dekolonisierung wurden dargestellt. Obwohl die Analysen sich vorwiegend auf die beiden verglichenen Zeitabschnitte beziehen, wurden aus Gründen der Verständlichkeit der historischen Prozesse die wichtigsten Ereignisse zwischen den beiden zeitlichen Phasen knapp beschrieben. Am Ende der Arbeit wurden in der vergleichenden Analyse die wesentlichsten Ergebnisse zusammengefasst und das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung in Bezug auf Gambia noch mal reflektiert.

In der Geschichte Gambias gab es seit der Unabhängigkeit keinen Machtwechsel auf der Basis von Wahlen. Die Wahlen können, vor allem seit Jammeh an die Macht kam, weder als komplett frei noch als fair bezeichnet werden. Sowohl in der ersten, als auch in der Zweiten Republik kam es zu Patronage und Korruption. Die Mittel für Wahlkampf und Parteiwerbung waren ungleich verteilt. Andere politische Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft wurden stetig marginalisiert. Dies waren nur einige der Mittel, die die jeweilige Regierungspartei zum Machterhalt einsetzte. Es scheint, als setzte das Regime der Zweiten Republik diese Mittel mit gewaltvollerem Nachdruck ein. Somit wurden in Gambia vor allem in der Phase der Zweiten Republik

demokratische Grundprinzipien verletzt bzw. unterlaufen. Einerseits verhinderte die kontinuierlich starke Stellung bzw. Machtzentralisation Jawaras die Konsolidierung der Demokratie in Gambia. Andererseits schaffte diese Situation jene Stabilität, die Bürgerkriege und andere Konflikte vermeiden ließ.

Die derzeitige Monopolstellung der APRC und Yahya Jammehs ist bedenklich. Vor allem die Mittel mit denen diese erhalten wird, sind in jeglicher Hinsicht undemokratisch. Wesentlich erscheint mir die Tatsache, dass die beiden Vorsitzenden der dominanten Regierungsparteien (PPP und APRC) als zentrale Figuren im politischen Geschehen agieren. Diese, gleichzeitig Parteispitze und Präsident, also „Machtmonopolträger“ scheinen eine wichtigere Rolle zu spielen als politisch-ideologische Hintergründe und Parteipolitik.

Aus wirtschaftlicher Perspektive gab es in Gambia seit der Unabhängigkeit keine signifikanten Veränderungen. Die Erdnuss, die solange im Zentrum der gambischen Ökonomie gestanden war, verlor Anfang der 1990er Jahre an Bedeutung; auf die makroökonomische Situation wirkte sich aber vor allem der Coup d'État von 1994 aus.

Hinsichtlich der Frage, wie sich das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung in Gambia in den beiden verglichenen zeitlichen Perioden verändert hat, konnte folgendes festgestellt werden: Während Präsident Jawara weithin dafür bekannt war, sich für demokratische Werte einzusetzen, wurde schnell nach Präsident Jammehs Amtsantritt klar, dass er demokratiepolitische Maßnahmen höchstens als zu erfüllende Formalitäten ansah. Er behielt es sich vor, diese zu jeder ihm beliebigen Zeit zu untergraben oder zu verletzen. Die Einschränkung demokratischer Rechte bzw. die Behinderung einer demokratischen Entwicklung war also in Gambia im zweiten untersuchten Zeitabschnitt, von 1990 bis 2007, im Vergleich zu den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit in erheblich höherem Ausmaß gegeben. Dies galt nicht nur für die Jahre, an denen Jammeh an der Macht war. Auch Anfang der 1990er Jahre verlor die Demokratie aufgrund der massiven Korruption der PPP-Regierung an Legitimität. Die Interpretation des Entwicklungsprozess in Gambia hängt wesentlich von dem jeweiligen Verständnis des Entwicklungsbegriffs ab. Gambia zählte bzw. zählt damals wie heute zu den ärmsten Ländern der Erde. Bezieht man sich auf einen engen Entwicklungsbegriff, so kommt man zu dem Ergebnis, dass es in beiden Vergleichszeiträumen zu Phasen wirtschaftlichen Wachstums, als auch Zeiten wirtschaftlicher Stagnation gab, in denen das

Wirtschaftswachstum weit unter das Bevölkerungswachstum fiel. Es gab also weder zwischen 1960 und 1975, noch zwischen 1990 und 2007 ein kontinuierlich ansteigendes Wirtschaftswachstum und insofern auch keine längerfristige positive Entwicklung. In Bezug auf die soziale Entwicklung kam es zwischen dem ersten und dem zweiten Vergleichszeitraum zu Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, die aber von einigen AutorInnen als unzureichend bezeichnet wurden. Die Verbesserungen hingen hauptsächlich mit dem Ausbau der Infrastruktur zusammen, der den Zugang zu den beiden Sektoren erleichterte. Durch die Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung aber insgesamt. Nicht nur der Staat war und ist abhängig von ausländischer Unterstützung; auch die meisten Familien sind auf die Überweisungen, der im Ausland lebenden GambierInnen heute stärker denn je angewiesen. Bezieht man sich auf einen weit gefassten, menschen- und freiheitszentrierten Entwicklungsbegriff, muss festgestellt werden, dass die Bevölkerung Gambias in den Jahren nach der Unabhängigkeit (1965-1975) mehr Freiheiten und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten hatten als zwischen 1990 und 2007. Seit Mitte der 1990er Jahre ist sowohl die wirtschaftliche als auch politische Partizipation durch die repressive Politik Präsident Jammehs stark eingeschränkt.

In den 1960er Jahren, in denen der Diskurs Entwicklung als Vorbedingung für Demokratie sah, galt Gambia im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten als vorbildhafter demokratischer Staat. Gleichzeitig zählte es zu einem der ärmsten Länder weltweit. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage hielt sich das Multiparteiensystem und der demokratische Ruf des Landes über mehrere Jahrzehnte. Die These, dass Entwicklung Demokratie bedinge, konnte anhand des Länderbeispiels Gambias nicht belegt werden.

In den 1990er Jahren trat der Good Governance-Diskurs und mit ihm die Schlagworte „accountability“, „ownership“, „Partizipation“, „Transparenz“ etc. in den Vordergrund. Seither wurde die Annahme Demokratie stelle eine Voraussetzung für Entwicklung dar, etabliert. Die internationale Gebergemeinschaft erhob Demokratie zur Konditionalität für finanzielle Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit. In Gambia kam es in den 90er Jahren zum Zusammenbruch der demokratischen Strukturen. Trotz der Abhaltung von Wahlen, kann das Land, in dem noch immer die ehemaligen Militärmitglieder an der Macht sind, nicht als demokratisch bezeichnet werden. Zeugnis dafür sind nicht zuletzt die zahlreichen Menschenrechts-

verletzungen. Die wirtschaftliche Entwicklung verschlechterte sich während des Militärregimes enorm, hat sich aber seit der Rückkehr zur zivilen Regierungsform wieder erholt. Auch heute noch ist Gambia eines der ärmsten Länder der Erde. So kann auch die Annahme, Demokratie bedinge Entwicklung für Gambia nicht eindeutig belegt werden.

Einzig klares Fazit ist, dass der Zusammenbruch des demokratischen Regierungssystems in Gambia mit einer signifikanten Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation einherging. Der Verlust der Demokratie wirkte sich also in Gambia negativ auf die Entwicklung aus. Es scheint, als wäre der Entwicklungsprozess in einem politisch stabilen, demokratischen Umfeld selbst auch stabiler, während der Zerfall demokratischer Strukturen sich negativ auf die Entwicklung auswirkt.

Der zweite Teil der Hypothese, der sich auf Kontinuitäten im politischen Bereich bezieht, konnte bestätigt werden. Die jahrzehntelange Dominanz der beiden Präsidenten und ihrer Regierungsparteien ist das wesentlichste Merkmal für das Bestehen von Kontinuitäten auf politischer Ebene. Zwar kam es durch den Putsch und den damit verbundenen Machtwechsel zu einer Veränderung des politischen Klimas, da Präsident Jammeh im Vergleich zu Präsident Jawara Gewalt und Zwang für die Erhaltung seiner Machtposition einsetzte. Die kontinuierliche Marginalisierung der Opposition und die Zentralisierung der Macht in der Person des Präsidenten hatten sie jedoch als gemeinsames Merkmal.

Die derzeitige Situation in Gambia veranlasst große Teile der Bevölkerung dazu, das Land zu verlassen. Durch die Überweisungen der ausgewanderten GambierInnen die Lage im Land vorerst stabilisiert, die langfristigen Auswirkungen dieser Abwanderung sind jedoch noch nicht abzusehen. Wäre es das Ziel der Regierung Gambias, den Staat in Richtung Demokratie zu lenken, so hätte sie noch einen weiten Weg vor sich. Derzeit erscheint es aber eher so, als ob Demokratisierung gar nicht das Ziel der Regierung und vor allem des Präsidenten ist. Wahrscheinlich weil eine Demokratisierung seine dominante Machtposition gefährden könnte.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Abrahamsen, Rita (2000): Disciplining Democracy. Development Discourse and Good Governance in Africa. London/New York: Zed Books Ltd.

Adejumobi, Said A. (1998): Elections in Africa: A fading shadow of democracy? In: Africa Development, Vol.XXIII/1, Codesria.

Ake, Claude (1996): Democracy and Development in Africa. Washington D.C.: Brookings Institution.

Ansprenger, Franz (1996): Afrika – der verlorene Kontinent? Die Zukunft bleibt mit Unsicherheit behaftet. Archiv: IP-Ausgaben, 09.1996.

<http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang1996/september1996/afrika-----der-verlorene-kontinent--die-zukunft-bleibt-mit-unsicherheiten-behaftet.html> , [Zugriff: 13.03.2009].

Arendt, Hannah (2005): Vita activa. oder Vom tätigen Leben. 3. Aufl. München (u.a.): Piper.

Auswärtiges Amt: Gambia. Berlin 2006: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Gambia.html>, [Zugriff: 04.11.2007]

Ayoade, J.A.A. (1983): The Administration of Development Plans in Africa: A Comparative Perspective. In: Nigerian Journal of Economic and Social Studies, 25/1, 61-97.

Bauer, Peter T. (1958): Wirtschaftswachstum und die neue Orthodoxie. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 194-211.

Beetham, David (1994): Defining and Measuring Democracy. SAGE Modern Politics Series Vol. 36, London (u.a.): SAGE Publications.

Bennholdt-Thomsen, Veronika/**Mies**, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary: Die Subsistenzperspektive. In: In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 248-262.

Berg-Schlosser, Dirk (1997): Demokratie und Entwicklung in Afrika. In: Von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas (Hg): Demokratie und Entwicklung. Theorie und Praxis der Demokratisierung in der Dritten Welt. Opladen: Leske + Budrich, 77-95.

Bernecker, Kerstin (1976): Gambias politische Entwicklung: von der traditionellen Struktur der Seyfolu und der Kolonialzeit zum Mehrparteiensystem. In Internationales Afrikaforum, 12/3, 273-278.

Binns, Tony (1994). Tropical Africa. London/New York: Routledge.

Brown, Mark Malloch (o.J.): UNDP. Democratic Governance. Governance and the Millenium Development Goals (MDGs). <http://www.undp.org/governance/mdgs.htm>, [Zugriff: 29.01.2009].

Burisch, Michael (1976): Der Wirtschaftsraum Senegambien. Heft 9, Hamburg: Institut für Afrikakunde

Ceesay, Ebrima Jogomai (2006): The military and `democratisation´ in the Gambia: 1994-2003. Oxford: Trafford Publishing.

Chen, Liang-chih E. (2007): Development First, Democracy Later? Or Democracy First, Development Later? The Controversy over Development and Democracy. New Orleans, LA, 03.01.2007.
<http://www.democ.uci.edu/research/conferences/2007%20Democracy%20and%20Development%20papers/chen.pdf>, [Zugriff: 20.01.2009].

Diamond, Larry (1999): Introduction. In Diamond, Larry/ Plattner, Marc F. (Hg): Democratization in Africa. Baltimore/London: John Hopkins Univ. Press, IX-XXVII

Edie, Charlene J. (2000): Democracy in the Gambia: Past, Present and Prospects for the Future. In: Africa Development Afrique et Developpement, Vol. XXV/3 & 4 Dakar: Codesria, 161-199.

Election guide (o.J.)a: IFES Election Guide.

<http://www.electionguide.org/election.php?ID=1045>, [Zugriff: 23.06.2009].

Election guide (o.J.)b: IFES Election Guide.

<http://www.electionguide.org/election.php?ID=1075>, [Zugriff: 23.06.2009].

Escobar, Arturo (1992): Die Hegemonie der Entwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum Verlag, 263-277.

Europäische Kommission (2008): Programming Guide for Strategy Papers.

Programming Fiche. Democracy and Human Rights.

http://ec.europa.eu/Development/icenter/repository/F20_human_rights_en.pdf,

[Zugriff: 29.01.2009].

Fischer, Karin/**Hödl**, Gerald/**Parnreiter**, Christof (2003): 50 Jahre „Entwicklung“: Ein uneingelöstes Versprechen. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof (Hg.) Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Wien 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel/Südwind, 16-41.

Fischer, Karin/**Hödl**, Gerald/**Parnreiter**, Christof (2004): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmtraut/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum Verlag.

Fischer, Karin/**Hödl**, Gerald/**Sievers**, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum Verlag.

Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (2008): Einleitung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 9-24.

Frank, Andre G. (1966): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 147-167.

Freedom House (2007): The Gambia 2007.

<http://www.freedomhouse.org/modules/publications/pfs/modDisplayCountryDetail2.cfm?country=7180&year=2007>, [Zugriff: 05.03.08]

Gitonga, Afrifa K. (1988): The Meaning and Foundations of Democracy. In: Oyugi, Walter O./Odhiambo, E.S. Atieno/Chege, Michael/Gitonga, Afrifa K. (Hg): Democratic Theory & Practice in Africa. Nairobi/London: Heinemann/James Currey Ltd., 4-23

Gray, J.M. (1966) (1940): A history of The Gambia. London: Cass & Co Ltd.

Hadenius, Axel (1994): The Duration of Democracy: Institutional vs Socio-economic Factors. In: Beetham, David (Hg): Defining and Measuring Democracy. SAGE Modern Politics Series Vol. 36, London/ Thousand Oaks/ New Delhi: SAGE Publications.

Harrel-Bond, B.E./Harrel-Bond D.L. (1979): Tourism in The Gambia. In: Review of African Political Economy, 14, 78-90.

Harris, John (2005): Great promise, hubris and recovery: a participant's history of development studies. In: Kothari, Uma (Hg): A radical History of development studies: individuals, institutions and ideologies. London/New York: Zed Books, 17-46.

Haswell, Margaret (1975): The nature of poverty. A Case-history of the First Quarter-century after World War II. London/ Basingstoke: The Macmillan Press Ltd.

Hughes, Arnold (Hg) (1991): The Gambia: Studies in Society and Politics. African Studies Series 3. Birmingham University: Centre of West African Studies

Hughes, Arnold / **Perfect**, David (1989): Trade Unionism in the Gambia. African Affairs, Vol. 88/353, 549-572.

Hughes, Arnold / **Perfect**, David (2006): A Political History of the Gambia, 1816-1994. United Kingdom: University Press.

Human Development Index (o.J.): Human Development Reports – United Nations Development Programme. <http://hdr.undp.org/en/statistics/indices/hdi/>, [Zugriff: 02.06.2009].

Human Development Report (2007/2008): Human Development Report 2007/2008 – Human development index (trends). <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/10.html>

Huntington, Samuel, P. (1991): The third wave. Democratization in the late twentieth century. Norman/Oklahoma: University of Oklahoma Press.

Hutchison, Alan (1975): The first ten years. In: Africa Report 20/4, 11-14.

Ibrahim, Jibrin (2003): Democratic Transition in Anglophone West Africa. Dakar: Codesria Monograph Series.
<http://www.codesria.org/Links/Publications/monographs/Ibrahim.pdf>, [Zugriff: 20.01.2009].

IMF (2006): The Gambia Poverty Reduction Strategy Paper - Second Annual Progress Report. 11.2006. IMF Country Report No. 06/396.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2006/cr06396.pdf>, [Zugriff: 23.06.2009].

IMF-PRSP (2002): The Gambia Poverty Reduction Strategy Paper. 04.2002.
<http://www.imf.org/External/NP/prsp/2002/gmb/01/index.htm>, [Zugriff: 23.06.2009].

Kaufmann, Daniel (2008): On Democracy and Development: Rejecting the

Extremes.

http://www.america.gov/st/democracy-english/2008/June/20080605094537_ebyessedo0.3466913.html , [Zugriff: 19.01.2009].

Kingsland, James L. (1981/82): Resource allocation decisions in Gambian local Councils. In: The Journal of Developing Areas, 16/2, 213-231.

Kolland, Franz (2003): Entwicklungstheorien bis in die 1980er Jahre und ihre politischen Implikationen. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof (Hg.): Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Wien 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel/Südwind, 56-70.

Kolland, Franz (2005): Entwicklung und sozialer Wandel im globalen Kontext. In: Kolland Franz/Gächter August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen. Wien: Mandelbaum.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2007): Länderberichte: Reaktionen aus Afrika zum AU-EU-Gipfel in Lissabon. http://www.kas.de/wf/doc/kas_12642-544-1-30.pdf, [Zugriff: 12.03.2009].

Kothari, Uma (2005)a: A radical History of development studies: individuals, institutions and ideologies. In: Kothari, Uma (Hg): A radical History of development studies: individuals, institutions and ideologies. London/New York: Zed Books, 1-13.

Kothari, Uma (2005)b: From colonial administration to development studies: a post-colonial critique of the history of development studies. In: Kothari, Uma (Hg): A radical History of development studies: individuals, institutions and ideologies. London/New York: Zed Books, 47-66.

Kpundeh, Sahr John (Hg)(1992): Democratization in Africa: African Views, African Voices. Summary of Three Workshops. Project on Democratization. Panel on Issues in Democratization Commission on Behavioral and Social Sciences and Education National Research Council. Washington D.C.: National Academy Press.

Krings, Thomas (1978): Strategien der Integrierten Ländlichen Entwicklung in den Sahelländern Westafrikas. In: Afrika Spectrum 1978, 13/2, 117-138.

Lal, Deepak (1994): Vom Plan zum Markt: Die Debatte über wirtschaftliche Transformation und Entwicklung nach 1945. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 212-229.

Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GW Fachverlage GmbH.

Ling, Martin (2008): Schatten über der Konferenz in Doha. UNO überprüft Entwicklungsfinanzierung.
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Entwicklungspolitik/doha.html>, [Zugriff: 13.03.2009].

Lipset, Seymour Martin (1962): Soziologie der Demokratie. Neuwied am Rhein: Hermann Luchterhand Verlag GmbH. Original 1960: Political Man. The Social Bases of Politics, New York.

Lumumba-Kasongo, Tukumbi (2005) a: The problematics of liberal democracy and democratic process: lessons for deconstructing and building African democracies. In: Lumumba-Kasongo, Tukumbi (Hg): Liberal democracy and its critics in Africa. Political Dysfunction and the struggle for Social Progress. London (u.a.): Zed Books in association with CODESRIA, 1-25.

Lumumba-Kasongo, Tukumbi (2005) b: Conclusion: beyond the current discourse on democracy and democratic process in Africa. In: Lumumba-Kasongo, Tukumbi (Hg): Liberal democracy and its critics in Africa. Political Dysfunction and the struggle for Social Progress. London (u.a.): Zed Books in association with CODESRIA, 196-203.

Mathews, Susan (2004): Poverty Reduction Strategies and Human Rights. A Position Paper. World Social Forum – 2004 Mumbai, India.
<http://www.wemos.nl/Documents/paper%20icco%20rights%20and%20prsp.pdf>,
[Zugriff: 13.03.2009].

Meyers. Meyers grosses Taschenlexikon (2003): 9. Aufl., Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG. Bd. 4.

Mugaju, J.B (1988): The Illusions of Democracy in Uganda, 1955-1966. In: Oyugi, Walter O./Odhiambo, E.S. Atieno/Chege, Michael/Gitonga, Afrifa K. (Hg): Democratic Theory & Practice in Africa. Nairobi/London: Heinemann/James Currey Ltd., 86-98

Mukandela, Rwekaza S. (2002): The State of African Democracy: Status, Prospects, Challenges. Occasional Paper. Centre for African Studies, University of Copenhagen.

Muno, Wolfgang (2001): Demokratie und Entwicklung. 04.2001. Mainz, Institut für Politikwissenschaften, Abteilung Politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik (Dokumente und Materialien Nr. 29) <http://www.politik.uni-mainz.de/cms/Dateien/dum29.pdf>, [Zugriff 29.11.2005].

Muygyenyi, Meddi (1988)_ Development First, Democracy Second. In: Oyugi, Walter O./Odhiambo, E.S. Atieno/Chege, Michael/Gitonga, Afrifa K. (Hg): Democratic Theory & Practice in Africa. Nairobi/London: Heinemann/James Currey Ltd., 178-190.

NEPAD (2005): NEPAD in Brief. <http://www.nepad.org/2005/files/inbrief.php>, [Zugriff: 12.03.2009].

Nölting, Benjamin (2003): Entwicklungsperspektiven für Afrika. Zwischen NEPAD und nachhaltiger Entwicklung. 09.2003.
www.solidarische-welt.de/sw183/nepad.shtml, Solidarische Welt, Ausgabe 183, Berlin: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, [Zugriff: 13.03.2009].

Nohlen, Dieter (Hg) (2002): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.

Nyang, Sulayman, S. (1974/75): The historical development of political parties in The Gambia. In: *Africana Research Bulletin*, 5/4, 3-38.

Nyang, Sulayman, S. (1976): Recent trends in Gambian politics. In: *L'Afrique et l'Asie modernes*, 109, 34-44.

Nyang, Sulayman, S. (1977): Ten years of Gambia's Independence: a political analysis. In: *Présence Africaine*, 104, 28-45.

Nzomo, Maria (1988): Women, Democracy and Development in Africa. In: Oyugi, Walter O./Odhiambo, E.S. Atieno/Chege, Michael/Gitonga, Afrifa K. (Hg): *Democratic Theory & Practice in Africa*. Nairobi/London: Heinemann/James Currey Ltd., 139-159.

Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen: Die EU-Afrika Strategie / von 2005 bis zum Lissaboner Gipfel im Dezember 2007. <http://www.eu-plattform.at/deutsch/detail.asp?b=841&sub=0&showmenu=yes&ID=9093> , [Zugriff: 12.03.2009].

Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen: Cotonou Abkommen. <http://www.eu-plattform.at/deutsch/detail.asp?b=836&sub=0&showmenu=yes&ID=2147> , [Zugriff: 12.03.2009].

Österreichisches Wörterbuch (1999). 38. Auflage, Wien: öbv & htp.

Palley, Thomas I. (2003): The IMF, Economic Development, and the Promotion of Democratic Open Society.

http://www.clubmadrid.org/cmadrid/fileadmin/Democracy_paper_Palley_2_revisited_Oct_19_2003.pdf, [Zugriff: 19.01.2009].

Pearson, Ruth (2005): The rise and rise of gender and development. In: Kothari, Uma (Hg): A radical History of development studies: individuals, institutions and ideologies. London/New York: Zed Books, 157-179.

Prebisch, Raúl (1964): Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 130-146.

Rice, Berkeley (1967): Enter Gambia. The birth of an Improbable Nation. London: Angus and Robertson.

Rostow, Walt W. (1960): Die fünf Wachstumsstadien – eine Zusammenfassung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 39-52.

Sagnia, Burama S. (1991): Historical Development of the Gambian Legislature. Lawrenceville: Brunswick Publishing Corporation.

Saine, Abdoulaye (2003): The Gambia's changing political, economic, and social landscape: a regime(s) performance evaluation, 1994-2002. In: Insight Africa, 33/4, 57-64

Sallah, Tijan M. (1990): Economics and Politics in The Gambia. In: The Journal of Modern African Studies, 28/ 4, 621-648.

Saward, Michael (1994): Democratic Theory and Indices of Democratization. In: Beetham, David (Hg): Defining and Measuring Democracy. SAGE Modern Politics Series Vol. 36, London/ Thousand Oaks/ New Delhi: SAGE Publications, 6-24.

Schicho, Walter (2001): Handbuch Afrika, Westafrika und die Inseln im Atlantik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag.

Schicho, Walter (2003): Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag. In: Fischer, Karin/Hanak, Imtraut/Parnreiter, Christof (Hg.): Internationale Entwicklung: Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel/Südwind, 6-15.

Schiller, Theo (1997): Demokratietheorie im Globalisierungsprozeß. In: Von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas (Hg.): Demokratie und Entwicklung. Theorie und Praxis der Demokratisierung in der Dritten Welt. Opladen: Leske + Budrich, 29-50.

Sen, Amartya (1999)a: Entwicklung als Freiheit. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 280-291.

Sen, Amartya (1999)b: The Value of Democracy.
<http://www1.worldbank.org/devoutreach/summer99/article.asp?id=3>, [Zugriff: 19.01.2009].

Sessional Paper No. 9 (1964): Address by his Excellency the Governor at the meeting of the House of representatives on Tuesday, 28th April 1964. Bathurst: Government Printer.

Siegle, Joseph/**Weinstein**, Michael, M./ **Halperin**, Morton, M. (2004): Why Democracies Excel. Foreign Affairs 83 (5): 57-71.
http://www.soros.org/initiatives/washington/articles_publications/articles/why_20041012/fa_whydemocracies.pdf, [Zugriff: 28.01.2009].

The Diagram Group (2003): African Nations and Leaders. New York: Facts On File.

The Gambia (1964): The Gambia government Development Programme, 1964-1967. Sessional Paper No. 10, Bathurst: Government Printer.

The Gambia (1966/67): Statistical Summary. Sessional Paper No. 9. Bathurst: Government Printer.

The Gambia (1967): The Gambia government Development Programme, 1967/68-1970/71. Sessional Paper No. 4, Bathurst: Government Printer.

Thiam, Papa Demba (2007): The Role of the Private Sector in Advancing Democratic Development: What works, what doesn't and why?
<http://www1.worldbank.org/devoutreach/article.asp?id=448>, [Zugriff: 19.01.2009].

Tiemcani, Rachid (2005): Reflections on the question of political transition in Africa: the political state. In: Lumumba-Kasongo, Tukumbi (Hg): Liberal democracy and its critics in Africa. Political Dysfunction and the struggle for Social Progress. London (u.a.): Zed Books in association with CODESRIA, 26-45.

Touray, Omar T. (2000): The Gambia and the World. A History of the Foreign Policy of Africa's Smallest State, 165 – 1995. Hamburg: Institut für Afrikakunde.

UNDEF: Situating the UN Democracy Fund in the Global Arena.
<http://www.un.org/democracyfund/XSituatingDemocracy.htm>, [Zugriff: 10.11.08]

Vanhanen, Tatu (2003): Democratization. A comparative analysis of 170 countries. London/ New York: Routledge.

Von Bredow, Wilfried/**Jäger**, Thomas/**Kümmel**, Gerhard (1997): Menschenwürdig, effizient und zukunftsorientiert? Die globale Politik im „magischen Dreieck“ von Demokratie, Entwicklung und Frieden. In: Von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas (Hg): Demokratie und Entwicklung. Theorie und Praxis der Demokratisierung in der Dritten Welt. Opladen: Leske + Budrich, 7-27.

Waller, Peter P. (1999): Demokratische Renaissance in Afrika? Internationale Politik, 1999/8, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.
<http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang1999/august99/demokratische-renaissance-in-afrika-.html>, [Zugriff: 19.01.2009].

Wallerstein, Immanuel (1988): Entwicklung: Leitstern oder Illusion? In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie.

Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 168-192.

Wegemund, Regina (2000): Die verfassungsrechtliche Geschichte Gambias. In: Internationales Afrikaforum 36/1, Bonn: Weltforum Verlag, 75-80.

Weltbank: Country Brief (2009): The Gambia – Country Brief. 03. 2009.

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/GAMBIAEXTN/0,,menuPK:351648~pagePK:141132~piPK:141107~theSitePK:351626,00.html>, [Zugriff 23.06.2009].

Weltbank – JAS (2009): The Gambia – Joint Assistance Strategy (JAS).

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/GAMBIAEXTN/0,,menuPK:351651~pagePK:141132~piPK:141105~theSitePK:351626,00.html>, [Zugriff: 23.06.2009].

Weltbank: MDGs (2008): Millenium Development Goals. http://ddp-ext.worldbank.org/ext/ddpreports/ViewSharedReport?&CF=&REPORT_ID=1305&REQUEST_TYPE=VIEWADVANCED, [Zugriff: 23.06.2009].

Weltbank – PRSP (2009): The Gambia Poverty Reduction Strategy Papar (PRSP).

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/GAMBIAEXTN/0,,menuPK:351652~pagePK:141132~piPK:141123~theSitePK:351626,00.html>, [Zugriff: 23.06.2009].

Wheeler, A.C.R./**van Dijk**, M.P. (1974): The impact of the development of tourism on employment in Gambia. Dakar: International Labour Organisation, obs and skills programme for Africa.

Wiseman, John A. (1990): Democracy in Black Africa. Survival and revival. New York: Paragon House Publishers.

Wiseman, John A. (1991): The Role of the House of Representatives in the Gambian Political System. In: Hughes, Arnold (Hg): The Gambia: Studies in Society and

Politics. African Studies Series 3. Birmingham University: Centre of West African Studies, 80-91.

Wiseman, John A. (1996): Military Rule in The Gambia: an interim assesement. In: Third World Quarterly, 17/5, 917-940.

Wiseman, John A. (1998): The Gambia: From Coup to Elections. In: Diamond, Larry/ Plattner, Marc F. (Hg)(1999): Democratization in Africa. A Journal of democracy book. Baltimore/London: John Hopkins University Press

World Leaders at the 2005 World Summit (2005): UNDP. Democratic Governance. About the Democratic Governance Practice.
<http://www.undp.org/governance/about.htm>, [Zugriff: 19.01.2009].

Wright, Donald R. (1997): The world and a very small place in Africa. Armonk: Sharpe.

Yeebo, Zaya (1995): State of fear in paradise. The military coup in the Gambia and its implications for democracy. London: Africa Research & Information Bureau (ARIB).

Weiterführende Literatur

Apter, D. E. (1987): Rethinking Development: Modernization, Dependency, and Postmodern Politics. Newbury Park, CA: Sage.

Bollen, Kenneth (1980): Issues in the Comparative Measurement of Political Democracy. In: American Sociological Review, 45, 370-390.

Boserup, Ester (1970): Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vom Modernisierung bis Post-Development. Wien: Madelbaum Verlag, 111-127.

Diamond, Larry (1992): Economic Development and Democracy Reconsidered; in Marks, Gary/Diamond, Larry (Hg): Reexamining Democracy: essays in honour of Seymour Martin Lipset. Newbury Park: 93-139. (erw. in Muno 2001).

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. New Heaven/London.

Gasiorowski, Mark (2000): Democracy and Macroeconomic Performance in Underdeveloped Countries. An Empirical Analysis; in: Comparative Political Studies 33/3, 319-349.

Inkeles, Alex (Hg) (1991): On Measuring Democracy. Its Consequences and Concomitants, New Brunswick.

Jagger, Keith/ Gurr Ted Robert (1995): Transitions to Democracy Tracking the Third wave with Polity III Indicators of Democracy and Autocracy. University of Maryland. In: Journal of Peace Research 11/1995, 469-482.

Leblang, David (1997): Political Democracy and Economic Growth: Pooled Cross-Sectional and Time-Series Evidence; in: British Journal of Political Science 27, 453-472.

Lijphart, Arend (2002): The Wave of Power-Sharing Democracy. In: Reynolds, Andrew (Hg): The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy. New York: Oxford University Press, 37-54.

Löwenthal, Richard (1963): Staatsfunktion und Staatsform in Entwicklungsländern. In: ders. (Hg.): Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft, Berlin, 164-192; abgedruckt in: Nuscheler, Franz (Hg): Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung, Darmstadt 1986: 241- 275.

Moore, Mick (1996): Is Democracy rooted in Material Prosperity? In Luckham, R./ White, G. (Hg): Democratization in the South: The Jagged Wave. Manchester: Manchester University Press.

Pennock, Roland, J. (1979): Democratic Political Theory. Princeton.

Przeworki, Adam/**Alvarez**, Michael/**Cheibub**, José Antonio/**Limongi**, Fernando (2000): Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge.

Randall, V./ **Theobald**, R. (1985): Political Change and Underdevelopment: A Critical Introduction to Third World Politics. London: Macmillan.

Reynolds, Andrew (Hg) (2002): The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy. New York: Oxford University Press.

Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie. Darmstadt.

Schumpeter, J.A. (1952): Capitalism, Socialism and Democracy (5.Edn.). London: Allen and Unwin.

Anhang

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Univ. Prof. Dr. Walter Schicho für die freundliche und kompetente Betreuung im Laufe der Entstehung dieser Diplomarbeit bedanken. Auch meinen Eltern und meinem Mann möchte ich für ihre Ermutigung, Geduld und Unterstützung von ganzem Herzen danken.

Zusammenfassung

Diese Diplomarbeit widmet sich der Frage, wie sich das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung im allgemeinen Diskurs zwischen den zwei zeitlichen Abschnitten 1960-1975 und 1990-2007 gewandelt hat. Die dazugehörige These lautet: *„Der Diskurs über das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung hat sich konträr verändert, nämlich vom anfänglichen ‚Development first, democracy second‘ zum späteren ‚Democracy first, development second‘“*. Zentrale Elemente der Analyse sind auf der Demokratieebene u.a. freie Wahlen, Parteien, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit und auf der Ebene der Entwicklung wirtschaftliche und sozioökonomische Aspekte. Am Länderbeispiel Gambia wird die Stichhaltigkeit des vorherrschenden Diskurses geprüft.

Der erste Teil der Arbeit konzentriert sich auf Theorien, Konzepte und Definitionen von Demokratie und Entwicklung auf allgemeiner Ebene und im afrikanischen Kontext. Das Verhältnis von Demokratie und Entwicklung hat sich im Diskurs erheblich verändert: im Sinne der These wurde in den 1960er und 1970er Jahren die Ansicht vertreten, Entwicklung sei eine Voraussetzung für Demokratie; ab den 1990er Jahren hat sich diese Vorstellung in der vorherrschenden Literatur umgekehrt. Es wird jedoch in diesem Zusammenhang hinterfragt, ob die Aufoktroierung der Vorstellungen des Nordens ohne hinreichende Berücksichtigung der afrikanischen Entwicklungsgeschichte und Standpunkte nicht ihrerseits demokratie- und entwicklungshemmend ist.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit Entwicklungs- und Demokratisierungsprozessen in der heutigen Republik Gambia in den untersuchten Zeitabschnitten. In der Geschichte Gambias gab es seit der Unabhängigkeit durch die Machtkonzentration auf die jeweiligen Präsidenten keinen Machtwechsel auf der Basis von freien Wahlen. Es wurden in Gambia, vor allem in der Phase der Zweiten Republik, demokratische Grundprinzipien verletzt bzw. untergraben. Aus wirtschaftlicher Perspektive gab es in Gambia seit der Unabhängigkeit keine signifikanten Veränderungen. Es konnte festgestellt werden, dass es weder zwischen 1960 und 1975 noch zwischen 1990 und 2007 ein kontinuierlich ansteigendes Wirtschaftswachstum und insofern auch keine längerfristige positive Entwicklung gab. In Bezug auf die soziale Entwicklung kam es zwischen dem ersten und dem zweiten Vergleichszeitraum zu Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, die aber als unzureichend bezeichnet werden müssen. Bezieht

man sich auf einen weit gefassten, menschen- und freiheitszentrierten Entwicklungsbegriff, muss festgestellt werden, dass die Bevölkerung Gambias in den Jahren nach der Unabhängigkeit (1965-1975) mehr Freiheiten und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten hatten als zwischen 1990 und 2007. Seit Mitte der 1990er Jahre ist sowohl die wirtschaftliche als auch politische Partizipation durch die repressive Politik stark eingeschränkt.

In den 1960er Jahren, in denen der Diskurs Entwicklung als Vorbedingung für Demokratie sah, galt Gambia im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten als vorbildhafter demokratischer Staat. Gleichzeitig zählte es zu einem der ärmsten Länder weltweit. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage hielt das Mehrparteiensystem und der demokratische Ruf des Landes über mehrere Jahrzehnte an. Die These, dass Entwicklung Demokratie bedinge, konnte also anhand des Länderbeispiels Gambias nicht belegt werden. Ebenso konnte aufgrund dieser Situation die Annahme des Diskurses der 1990er Jahre, Demokratie stelle eine Voraussetzung für Entwicklung dar, keine Bestätigung finden. Überdies kam es in Gambia nach dem Militärputsch 1994 zum Zusammenbruch der demokratischen Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung verschlechterte sich. Dies zeigt, dass der Verlust der Demokratie in Gambia mit einer signifikanten Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation einherging. Es scheint daher, dass der Entwicklungsprozess in einem politisch stabilen, demokratischen Umfeld selbst auch stabiler ist, während der Zerfall demokratischer Strukturen sich negativ auf die Entwicklung auswirkt.

Abstract

This study is devoted to the changes of the discourse on the relationship between development and democracy between the years 1960-1975 and 1990-2007. The respective hypothesis is as follows: *„The discourse on the relationship between democracy and development has changed into the contrary, namely from the initial ‚Development first, Democracy second‘ to the later ‚Democracy first, development second‘“*. Central elements of the analyses are with respect to democracy free elections, political parties and rule of law, and with regard to development economic and social aspects. The Gambia, a small country in West Africa, is taken as an example for the validity of the mainstream discourse.

The first part of this thesis focusses on theories, concepts and definitions of democracy and development in general and in the African context. The relationship between democracy and development has changed significantly in the discourse. In line with the hypothesis, development was seen as a prerequisite for democracy in the 1960s and 1970s. From the 1990s onward, this view has reversed. However, the question is raised if the imposition of the views of the North without taking adequate account of the African history and views might not have to be regarded as inhibiting democratisation and development.

The second part of this thesis deals with the democracy and development in the Republic The Gambia during the mentioned periods of time. In its history, due to the concentration of political power around its Presidents, The Gambia has not witnessed changes in power through free elections. Especially during the 2nd Republic democratic principles were undermined. From the economic perspective, there were no changes in The Gambia since its independence. Neither from 1960-1975 nor from 1990-2007 was there a significant or continuous economic growth and thus there was no long-term positive development. While there were some improvements in educational and health regards, these must be seen as insufficient. Focussing on human rights and freedom of the people of The Gambia, these evolved more positively after independence from 1965-1975 than from 1990-2007. Since the mid 1990s, the repressive politics restrict both economic and political participation.

In the 1960s, in which the discourse saw development as prerequisite for democracy, The Gambia was a positive example of democracy when compared with other African states. Nevertheless it was one of the poorest countries worldwide. Despite its difficult economic situation, The Gambia maintained its system of multiple political parties and its democratic character over decades. Thus, the hypothesis that development leads to democracy cannot be confirmed using The Gambia as example. Likewise, based on the mentioned situation in the Gambia, the discourse of the 1990s that democracy leads to development does not find support. Moreover, after the military coup in 1994 which led to the collapse of the democratic structures, the economic development deteriorated. This suggests that loss of democracy in The Gambia was associated with a significant impairment of the population's economic and social situation. It appears that the process of development stabilizes in a democratic surrounding, while the collapse of democratic structures impacts development negatively.

Curriculum Vitae

Name: Nina Smolen-Wilson

Address: Köstlergasse 11/18
A-1060 Vienna
Austria

E-mail: nina.smo@gmx.at

Telephone: + 43 699 1 145 31 39 (mobile)

Date of Birth: April 26, 1981 (Washington, DC)

Education and Qualifications

2004 – 2009	University Vienna - Development Studies (Internationale Entwicklung); Title of Diploma Thesis: "Democratisation and Development Processes in The Gambia"
2007 – 2008	Social worker in a mother-children-home (Mutter-Kind-Heim Kolping)
2001 – 2004	Academy for Social Work, Vienna - Diploma as a social worker (Average First in all classes and exams taken)
2000 – 2001	Künstlerische Volkshochschule (Art School), Vienna
1999 – 2000	Bundesrealgymnasium Anton Krieger-Gasse, Vienna - Baccalaureat
1987 – 1999	Rudolf Steiner School, Vienna

Internships

2003	Evangelischer Flüchtlingsdienst, Jugendwohngemeinschaft Karibu, Vienna - Work with young asylum seekers
2003	Kenya, Nairobi, working at three projects (M.A.C.; M.U.S.A.; G.A.P.) in the Mukuru slums with jobless youths and ex-street children for four months.
2002	Krisenzentrum 12/23, Vienna - Work with socially deprived children, who were taken away from their parents in custody
2002	Wiener Jugendgerichtshilfe, Vienna – Group work with convicted children